Montag, 5. August 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 179 - 32.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

UdSSR: Weil er sozialistisches Eigentum in großem Stil gestohlen hatte, ist der Betriebsleiter eines staatlichen Lebensmittelgeschäftes in Rostow zum Tode verurteilt worden. Nach einer Meldung der sowjetischen Zeitung „Sowjetskaja Rossija" war in diesem Geschäft Korruption an der Tagesordnung und ging vom Verkäufer bis zum Leiter des Betriebes.

Eklat: Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Heinemann (SPD) hat seine Rede über Völkerverständigung und Grenzsituation auf dem Heimattreffen von Hindenburgern in Essen wegen anhaltender Störungen durch die Zuhörer vorzeitig abgebrochen. Die Störungen begannen, als der Minister aus der viel beachteten Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai zitierte. (S. 4)

Flucht: Sechs Bürger aus der CSSR haben einen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zur Flucht genutzt. Wie die bayerische Grenzpolizei in Waidhaus berichtete, befanden sich die sechs Personen mit einer Reisegruppe auf einer Fahrt durch Deutschland.

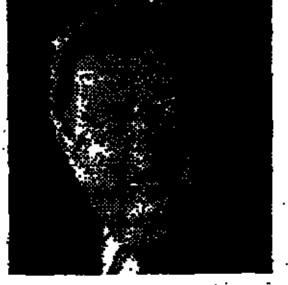
Chile: Als Nachfolger für den zurückgetretenen General Cesar Mendoza hat der chilenische Präsident Pinochet dessen bisherigen Stellvertreter, General Rodolfo Stange, zum neuen Polizeichef berufen. (S. 6)

Schuldenkonferenz: Ohne die Verabschiedung eines Schlußdokuments und auch ohne eine Abschlußerklärung ist in Havana eine Konferenz über die Schuldenkrise in Lateinamerika zu Ende gegangen. (S. 5)

Sudan: Der am 6. April gestürzte sudanesische Staatspräsident Numeiri darf in Kairo im Exil bleiben, solange er sich nicht politisch betätigt, erklärte Ägyptens Außenminister Meguid. In Khartum begann der erste Prozeß gegen ein früheres Mitglied der Regierung Numeiris, Ex-Minister Idris.

Uganda: Der neue Ministerpräsident Paulo Muwanga hat sich nach Angaben von Radio Kampala mit den Parteien des Landes auf eine All-Parteien-Regierung geeinigt. Auch die Rebellen der „Nationalen Widerstandsarmee" (NRA) sollen diesem Plan zugestimmt haben.

ZITAT DES TAGES



» Ich habe manchmal den Eindruck, daß die FDP lautstarke Schwüre auf Person und Politik des Kanzlers ablegt, aber in Wirklichkeit dann vieles tut, um seine Politik zu erschweren «

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in einem Fernseh-Interview (S. 6)
FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

EG: Die 1984 deutlich gewordene Zunahme der Investitionsneigung in Europa beschleunigt sich. Die Industrie in der EG plant in diesem Jahr um 16 Prozent höhere Investitionsausgaben als im Vorjahr. Die optimistischen Vorhersagen im Herbst 1984 wurden inzwischen noch um zwei Prozent nach oben korrigiert. (S. 7)

China: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben die chinesischen Zollbehörden illegal eingeführte Waren im Wert von 89 Millionen Dollar beschlagnahmt. Das ist die siebenfache Menge dessen, was im vergleichbaren Zeitraum 1984 zusammenkam, meldet die Pekinger Tageszeitung „China Daily".

Schlußverkauf: Eine positive Halbzeitbilanz hat der Einzelhandel gezogen. Das Umsatzplus im Vergleich zum Vorjahr wird nach der ersten Woche des Sommerschlußverkaufs auf bis zu fünf Prozent beziffert. Das kühle und regnerische Wetter in weiten Teilen der Bundesrepublik brachte auch am langen Samstag durchweg gute Umsatzergebnisse. (S. 7)

US-Arbeitsmarkt: In den Vereinigten Staaten suchen immer mehr Menschen einen Job. Die Zahl der Arbeitslosen nahm im Juli um 39 000 auf 8,45 Millionen zu. Wie schon in den vorausgegangenen fünf Monaten verharrte die Arbeitslosenrate bei 7,3 Prozent. (S. 7)

KULTUR

Schlesien: Über die Geschichte und Kultur dieser Gegend ist noch nie so emsig geforscht worden wie in den vier Jahrzehnten seit Kriegsende, als die Schlesier aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Zeugnis dieser Bemühung um Schlesien war auch die 27. „Wissenschaftliche Studientagung" der Würzburger Stiftung „Kulturwerk Schlesien". (S. 13)

Film: Qualitätvolle Publikumsfilme für den europäischen Markt will das deutsch-französische Verleih- und Filmförderungsabkommen begünstigen. Der erste Versuch, „Die Dame vom Palast Hotel" unter der Regie des 57jährigen Franzosen Edouard Molinaro und mit Gudrun Landgrebe in der Hauptrolle ist allerdings danebengegangen. (S. 13)

SPORT

Motorsport: Der Italiener Michele Alboreto gewann auf Ferrari den Großen Preis von Deutschland auf dem Nürburgring. Er führt auch in der WM-Gesamtwertung der Formel 1 vor dem Franzosen Alain Prost. (S. 10)

Leichtathletik: Bei den deutschen Meisterschaften in Stuttgart verteidigte Ralf Lübke gestern seinen Titel über 200 Meter in europäischer Jahresbestzeit. Er erreichte sehr gute 20,37 Sekunden. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Wein: Als Konsequenz aus dem Skandal um die mit Diethylenglykol gepanschten Weine fordert der Deutsche Weinbauverband schärfere Importkontrollen für ausländische Weine. Eine Neufassung des deutschen Weingesetzes und die von Verbraucherverbänden geforderte Angabe der Inhaltsstoffe auf den Etiketten lehnt er jedoch ab. (S. 3 u. 14)

Festnahme: Nach dem schweren Zugunglück in Südfrankreich, das bei Flaujac mindestens 35 Tote und viele Verletzte gefordert hatte, ist gestern der für die Unglücksstrecke verantwortliche Stationsvorsteher vorläufig festgenommen worden. (S. 14)

Wetter: Bewölkt, zeitweise Regen. 15 bis 22 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Strauß und Genscher uneins über die Außenpolitik

CSU-Chef fragt nach Voraussetzungen für „konstruktive Entspannungspolitik"

PETER PHILIPPS, Bonn

Franz Josef Strauß und Hans-Dietrich Genscher haben die grundsätzlichen Differenzen innerhalb der Bonner Koalition in wichtigen außenpolitischen Fragen am Wochenende prononciert herausgestellt. Dabei nahmen sowohl der CSU-Vorsitzende als auch der Bundesaußenminister jeweils den Bundeskanzler als Kronzeugen für sich in Anspruch.

Im Mittelpunkt der Strauß-Kritik steht Genschers Wort von einer „neuen Phase realistischer Entspannungspolitik". In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" sagte der Ministerpräsident gestern dazu: „Entspannung ist gut, aber es müssen dafür reale Voraussetzungen vorliegen. Ich habe beim letzten Gespräch den Bundeskanzler gefragt, ob er weiß, was eine neue Phase konstruktiver Entspannungspolitik wäre. Er sagte, man solle das nicht so ernst nehmen, er könne sich darunter ebenfalls nichts vorstellen."

Auch Genscher nahm zu diesem Punkt den Kanzler ins Obligo. Gegenüber dem „Spiegel" sagte er: „In den Grundlinien unserer Außenpolitik sind die Einlassungen des Kanzlers und des Außenministers übereinstimmend" – und als Seitenhieb in Richtung München: „Auf die kommt es an." Der Außenminister fuhr fort: „Der Bundeskanzler sprach im März in Moskau gemeinsam mit SED-Generalsekretär Erich Honecker von einer neuen Phase der West-Ost-Beziehungen." Da befinde er, Genscher, sich mit Kohl „in der guten Gesellschaft von Realpolitikern aus West und Ost". Genschers Nachfolger an der FDP-Spitze, Martin Bangemann, rieb gestern noch Salz in die Wunde und sprach beim Gedenken an Hiroshima ebenfalls davon, es gehe „um die Möglichkeit einer neuen Phase realistischer Entspannungspolitik".

LEITARTIKEL SEITE 2:
Perestrojka
Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Strauß kündigte an, daß beim Treffen der drei Koalitions-Parteichefs nach der Sommerpause auch auf der Tagesordnung stehen werde, „diese Ankündigungen von einer neuen Phase konstruktiver Entspannungspolitik zu klären. Bis jetzt handelt es sich ja nur um Worthülsen." Es gehe darum, „was steckt in diesen Worthülsen? Was ist damit konkret gemeint?" Schließlich habe man ja „nie aufgehört, eine Entspannung zu wünschen. Aber Entspannung darf nicht zu Lasten des Bündnisses gehen, nicht zu Lasten des deutsch-amerikanischen Verhältnisses."

Für den CSU-Chef liegen offensichtlich die notwendigen „realen Voraussetzungen" für Entspannung nicht vor: „Wer zur Zeit in Moskau Blumen haben will, der muß sich von den Amerikanern distanzieren und die Politik Reagans verurteilen. Gerade das wird aber die Bundesregierung nicht tun wollen und auch nicht tun können." Es „ist und bleibt" Moskaus Interesse, „im Gespräch mit dem Westen", auch in „wirtschaftlicher Verbindung zu bleiben. Nicht zuletzt auch mit der Bundesrepublik Deutschland. Aber zunächst werden die furchtbarsten Dinge angedroht. Hat's Wirkung, ist das Ziel erreicht, hat's keine Wirkung, dann geht man darüber hinweg zur Tagesordnung."

● Fortsetzung Seite 6

Sowjets erneuern den Berlin-Eklat

Komsomolchef wiederholt provozierende Formel / Deutsche Teilnehmer dennoch „zufrieden"

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Der von sowjetischer Seite als „technische Panne" heruntergespielte Berlin-Eklat beim Moskauer Jugendfestival ist am Ende der Festspiele von offizieller Seite noch einmal demonstrativ erneuert worden: Der Vorsitzende des staatlichen sowjetischen Jugendverbandes Komsomol und des sowjetischen Festivalkomitees, Viktor Mischin, äußerte in seiner Abschlußansprache im Lenin-Stadion seine Freude darüber, daß an diesem XII. Jugendfestival „157 Länder sowie eine Delegation West-Berlins" teilgenommen haben.

Im sowjetischen Protokoll gibt es nun einmal absolut keine Zufälligkeiten. Es geschah mit voller Absicht, daß beim Einzug der Delegationen ins Lenin-Stadion zu Beginn der Festspiele Abgesandte aus West-Berlin als eigene Formation mit der Bärenflagge einmarschierten, während auf der elektronischen Anzeigetafel die Worte „Delegation West-Berlins" aufleuchteten. Zuvor hatten die Sowjets den Teilnehmern aus der Bundesrepublik zugesagt, die gesondert auftretenden Westberliner nicht als offizielle Delegation zu behandeln. Auch Egon Bahr, der den SPD-Vorsitzenden Brandt bei dessen jüngstem Moskau-Besuch begleitet hatte, soll diese Zusicherung erhalten haben.

Wegen dieses Zwischenfalls hatten sich die Delegierten aus der Bundesrepublik zeitweilig aus dem Arbeitsprogramm des Festivals zurückgezogen. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler, hatte den nach Moskau reisenden Delegierten Geld aus dem Bundesjugendfonds gerade aus berlinpolitischen Gründen verweigert. Dafür waren SPD-geführte Bundesländer mit Zuschüssen eingesprungen.

Am Vorabend der Abschlußfeier beschloß das Organisationskomitee des Festivals, die Delegationen sollten dieses Mal „ohne Flaggen und Schilder" ins Stadion marschieren – was auch geschah. In das bunte Gewimmel von Artisten, Ballett-Tänzerinnen, Turnern und Zirkusartisten mischten sich die Delegationen im Stadionrund. Auf der elektronischen Anzeigetafel tauchten nur die „Friedenstaube" und die Symbolfigur „Katjuscha" auf.

Die Schlußfeier gestaltete sich zu einem circensischen und Folklore-Festival. An ihr nahm dieses Mal nicht KP-Chef Michail Gorbatschow teil. Auch das Staatsoberhaupt Andrej Gromyko fehlte. Dafür war Außenminister Eduard Schewardnadse aus Helsinki herbeigeeilt. Erschienen waren auch KGB-Chef Viktor Tschebrikow und Moskaus Parteichef Viktor Grischin.

Ein perfekt eingespieltes Monumentalspektakel rollte ab, ein in allen Farben blitzendes Präzisionsspiel. Menschen wurden zu Ornamenten ständig wechselnder Bilder. Dies zeigte wieder einmal deutlich, daß der einzelne nichts, gar nichts ist, sondern nur die Masse etwas bedeutet. Ein riesiges Feuerwerk erhellte den Nachthimmel Moskaus, als die Festivalfahne unter den feierlichen Klän-

■ Fortsetzung Seite 6

Breit: Die Gegensätze bleiben

DGB-Chef sieht keine Verbesserung des Gesprächsklimas zwischen Bonn und Gewerkschaften

DW. Bonn

Vier Wochen vor dem für den 5. September geplanten Gespräch zwischen Bundesregierung, Deutschem Gewerkschaftsbund und Arbeitgeberverbänden hat der DGB-Vorsitzende Ernst Breit scharfe Kritik an der Bonner Beschäftigungspolitik geübt. In einem Interview des Deutschlandfunks sagte Breit, es komme jetzt darauf an, „etwas Konkretes zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in einer nennenswerten Größenordnung" zu tun. In diesem Zusammenhang plädierte der Gewerkschaftschef dafür, die Hälfte der 20 Milliarden Mark, die für die Steuerreform vorgesehen sind, in beschäftigungswirksame öffentliche Investitionen umzusetzen.

Breit trat der Auffassung entgegen, das Gespräch der DGB-Spitze beim Bundeskanzler am 23. Juli habe zu einer deutlichen Verbesserung des Klimas zwischen Regierung und Gewerkschaften geführt. Eine neue Qualität des Umgangs habe das Gespräch nicht gebracht. Die Übereinstimmung in einer Reihe von Fragen könne nicht verdecken, daß es auch alte Gegensätze gegeben habe, die bis heute nicht ausgeräumt seien.

Aus der Regierungskoalition wurde unterdessen erneut der Vorschlag geäußert, die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) an dem Dreier-Gespräch teilnehmen zu lassen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, wies darauf hin, daß die DAG zu ähnlichen Treffen von der sozialliberalen Koalition immer eingeladen worden sei. Damit trat der Freidemokrat der Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl entgegen, der erklärt hatte, an der Frage der Teilnahme der DAG an den Konsultationen mit dem DGB werde er diese Gespräche nicht scheitern lassen. Auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hatte der DAG in einem Gespräch angeboten, sich bei Kohl für deren Teilnahme an dem Dreiergespräch einzusetzen.

Vorwürfe an die Adresse Bonns richtete auch die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies. Sie warf der Bundesregierung vor, durch die beabsichtigte Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte einschränken zu wollen. Die Absicht Bonns, das Mitbestimmungsrecht von Minderheiten in den Betrieben zu stärken, wertete die ÖTV-Chefin als Versuch, „Splittergruppen im Betriebsrat zu stärken".

Als Voraussetzung einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Regierung und Gewerkschaften nannte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Anke Fuchs, den Verzicht auf die geplante Korrektur des Mitbestimmungsgesetzes.

Sowohl Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) als auch Lambsdorff sprachen sich für eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes aus. Danach soll es künftig ausgeschlossen werden, daß Arbeitnehmer, die durch die indirekten Folgen eines Streiks von der Arbeit fernbleiben müssen, Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld bekommen.

Jäger 90 – kein „Segelflugzeug"

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

In maßgeblichen NATO-Kreisen ist die klare Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens und Italiens für den Bau eines neuen Jägers als Beweis für die Solidarität der Allianz begrüßt worden. Die drei Staaten, die bereits gemeinsam mit dem Panavia-Konsortium das Kampfflugzeug Tornado erfolgreich entwickelt hatten, seien sich bewußt gewesen, daß die Entwicklung der neuen Maschine unverzichtbar gewesen sei.

Zugleich wurde in Brüssel darauf verwiesen, daß französische Sonderinteressen, an denen eine gemeinsame Entwicklung eines neuen Flugzeugs mit Frankreich gescheitert sei, erklärlich seien. Niemand dürfe sich darüber verwundert zeigen. Frankreich sei nicht Mitglied des militärischen Teils der NATO, es definiere seine nationalen Interessen anders als die Bündnismitglieder. Die Atlantische Allianz diene der Abschreckung. Davon profitiere auch Frankreich. Ein Eingehen auf die französischen Vorstellungen hätte zu einem einschneidenden militärischen Substanzverlust für die NATO geführt.

Die Interessen Frankreichs seien am Export orientiert und daran, der eigenen Luftwaffe ein leichteres Flugzeug für die Unterstützung der Erdtruppe zu geben. Bisher habe es noch kein Beispiel dafür gegeben, daß Frankreich seine Interessen zugunsten der Allianz zurückgestellt habe. Auch Spanien sei nicht Mitglied der militärischen NATO-Organisation und habe sich daher nicht der Mehrheit der Allianz-Staaten angeschlossen.

Die drei Staaten, die jetzt den neuen Jäger entwickeln wollen, beabsichtigen mit einem schweren Flugzeug einen Technologiesprung nach vorne zu machen. Es soll bei seinem Erscheinen in den NATO-Luftstreitkräften nach britischen Angaben den Sowjets um wenigstens zehn Jahre voraus sein. An dieses Ziel hatte vermutlich auch der deutsche Luftwaffeninspekteur, Generalleutnant Eberhard Eimler, gedacht, als er auf dem Pariser Luftfahrtsalon vor wenigen Wochen nach Ohrenzeugenberichten mit dem Rücktritt drohte, falls ihm ein leichteres Flugzeug aufgezwungen werden sollte: „Wenn ich ein Segelflugzeug bekomme, nehme ich den Hut."

Unter NATO-Diplomaten wird nach dem Scheitern der Zusammenarbeit mit Frankreich heftiger als zuvor die Zukunft des von Paris ins Leben gerufenen Eureka-Projekts diskutiert. Viele sind der Ansicht, daß Frankreich damit ebenfalls nationale Interessen verfolge, um seine Stellung als Nuklearwaffenstaat zu festigen. Da die Bundesrepublik kein Nuklearwaffenstaat sei und ihr Schutz auf der amerikanischen Abschreckung beruhe, ergäben sich auch auf diesem Feld ganz unterschiedliche Interessen. Einige Diplomaten brachten ihre Verwunderung zum Ausdruck, daß diese Problematik in der Bundesrepublik offenbar noch nicht klar erkannt worden sei. (SAD)

Seite 2: London erleichtert

DER KOMMENTAR

Zweiter Reinfall

HEINZ BARTH

Das circensische Spektakel des XII. Jugendfestivals der 157 Staaten und einer „Delegation West-Berlins" ging in Moskau nach dem Eklat der Eröffnungsfeier mit einer neuen Enttäuschung für die westdeutschen Teilnehmer zu Ende. Die asortierten Vertreter der SPD-regierten Bundesländer und geistesverwandter Gruppen glaubten, sich mit ihrem lauwarmen Boykott der Veranstaltung als Sieger fühlen zu dürfen, nachdem die Sowjets beim Einmarsch zur Schlußkundgebung auf den Auftritt nationaler Delegationen mit Namensschildern und Flaggen verzichtet hatten.

Der Flaggenzwischenfall vor einer Woche, als die handverlesene Westberliner Vertretung mit der Bärenfahne einmarschierte, so hatten sich die Veranstalter „entschuldigt", sei nur eine „Panne" gewesen, die sich nicht wiederholen sollte. Klar doch: Sie wiederholte sich. Bei der Abschiedsfeier im Lenin-Stadion, das besonders pannenanfällig zu sein scheint, „freute" sich Viktor Mischkin, Sprecher des Sowjet-Komitees, die vorwiegend aus SED-Genossen bestehende „Delegation" West-Berlins verabschieden zu können. Für die Delegierten aus der Bundesrepublik, denen Bonn in weiser Voraussicht die Finanzierung dieser Blamage verweigert hatte, muß es ein spezieller Genuß gewesen sein, zum zweiten Mal von dem Kakao zu trinken, durch den sie schon vorher gezogen worden waren. Im Gegensatz zu den neutralen Österreichern und Schweden, die es sich nicht gefallen ließen, daß bei der Übersetzung von Kritik an der Sowjetunion immer wieder „Pannen" auftraten, fanden es manche Vertreter der westdeutschen Jugend prima, daß sie „lebendiger" diskutieren durften als beim vorigen Festival in Kuba.

Soviel über den Geist dieses Jugendtreffens, das die Sowjets unter das Motto des „Anti-Imperialismus" gestellt hatten. Das Land, das in Afghanistan seit Jahren Völkermord verübt, besaß die Unverfrorenheit, durch einen Delegierten Nicaraguas zum „Kampf gegen Militarismus und Aggression" aufzurufen. Der Stil, nicht die Substanz der Sowjetpolitik, meinen die Zuversichtlichen, habe sich geändert. Nicht einmal der Stil – das haben die XII. Jugendfestspiele gezeigt.

Steuerprivileg im Wohnungsbau in der Diskussion

HANS BAUMANN, Essen

Nach zweijährigen Untersuchungen ist die „Stoltenberg-Kommission" zu der Überzeugung gelangt, daß die Steuerbefreiung für gemeinnützige Wohnungsbau-Unternehmen nicht mehr der Situation am Wohnungsmarkt entspricht und daher aufgehoben werden sollte. Von einer solchen Maßnahme wären rund 3,4 Millionen Wohnungen betroffen. Ein entsprechender Beschluß der Bundesregierung führte nach Meinung des Vorstandsvorsitzenden des in Köln ansässigen Verbandes der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, Helmut Tepper, „unausweichlich" zu einer Erhöhung der Mieten im sozialen Wohnungsbau.

Die Kommission, die ihr Gutachten am Dienstag vorlegen wird, wertet das Steuerprivileg als Wettbewerbsvorteil gegenüber steuerpflichtigen Bauträgern und damit als Verstoß gegen das Prinzip der Marktwirtschaft.

Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft kritisierte das Gutachten in ersten Stellungnahmen als Verstoß gegen den Gemeinnutzgedanken. Die Gutachter dagegen sagten, daß – abgesehen vom Luxusbau – jedermann Steuerprivilegien wahrnehmen könne, gleichgültig welches Einkommen oder Vermögen er habe. Daher sprachen sich die Gutachter dafür aus, Baugenossenschaften, die ausschließlich ihren Mitgliedern kostengünstigeres Wohnen anbieten, von der Steuer zu befreien. Der Gesamtverband der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen ist sicher, daß das Steuerprivileg im Wohnungsbau nicht fallen wird.

Seite 4: Werden Mieten angehoben?

Delegation des Bundestages nach Südafrika?

DW. Bonn/Pretoria

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hornhues hat in einem Interview des Norddeutschen Rundfunks angeregt, eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages solle nach Südafrika reisen und dort dafür eintreten, „daß die Südafrikaner miteinander reden und nicht mehr aufeinander schießen". Eine solche Delegation solle keine Lösungsvorschläge vorlegen, sondern lediglich die Haltung der Bundesrepublik zur Apartheid vortragen. Nicht die Isolation Südafrikas durch Boykotte, sondern die Fortsetzung des „kritisch-konstruktiven Dialogs" sei jetzt geboten.

In Zwide bei Port Elizabeth in der östlichen Kap-Provinz nahmen am Samstag trotz des Ausnahmezustandes rund 2000 Schwarze an der Beisetzung von elf erschossenen Jugendlichen teil. Zu Beginn der Trauerfeier brach ein 16jähriger Jugendlicher zusammen und starb kurz danach in der Praxis eines schwarzen Arztes. Der Junge hatte bei Zusammenstößen mit der Polizei einen Schuß in den Unterleib erhalten, sich aber aus Furcht nicht in einem staatlichen Krankenhaus behandeln lassen. Insgesamt sind in den letzten zehn Monaten in Südafrika 500 Menschen bei Unruhen ums Leben gekommen, davon 24 seit Verhängung des Ausnahmezustandes am 21. Juli.

230 000 schwarze Bergarbeiter Südafrikas sind von ihrer Gewerkschaft aufgerufen worden, am 25. August in den 29 Goldminen und Kohlebergwerken des Landes einen landesweiten Streik zu beginnen, um Lohnerhöhungen durchzusetzen.

Warschau fürchtet um die Wahlbeteiligung

Neuer Abstimmungsmodus schreibt Vorherrschaft der KP fest

DW. Warschau

Das Jaruzelski-Regime ist offenbar besorgt über die Aufrufe, die Parlamentswahlen in Polen am 13. Oktober zu boykottieren. Der Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Arbeiterpartei, Tadeusz Porebski, appellierte daher an die Bevölkerung, diese Aufrufe zu ignorieren. Bei einer von Partei- und Regierungschef General Jaruzelski geleiteten ZK-Tagung zu den Sejm-Wahlen sagte Porebski, die Feinde der Volksrepublik strebten eine Schwächung des Staates an und wollten der Welt beweisen, daß Polen schwach und zerstritten sei. Wegen der politischen Krise waren die Wahlen um ein Jahr verschoben worden.

Die Untergrundorganisation der Gewerkschaft „Solidarität" hat – ähnlich wie vor einem Jahr bei den Regionalwahlen – zu einem Boykott aufgerufen und kündigte eigene Zählungen der Wahlbeteiligung an. Arbeiterführer Lech Walesa schloß sich dem Aufruf nicht direkt an, erklärte jedoch, er werde nicht wählen. Nach der Verschärfung des Hochschulgesetzes durch das Parlament hatten im vergangenen Monat auch Studentenführer aus neun großen polnischen Hochschulen einen Wahlboykott angekündigt.

Auch nach einer Änderung der Wahlordnung gibt es bei den Wahlen für die 460 Abgeordnetensitze im Sejm keine Alternative zwischen den Parteien. Die Vorherrschaft der Kommunistischen Partei bleibt garantiert. Neu ist, daß auf einer regionalen Liste, von der 390 Abgeordnete zu wählen sind, doppelt soviele Kandidaten wie Abgeordnetensitze stehen sollen. Falls der Wähler keinen der beiden Kandidaten streicht, so wird die Stimme dem angerechnet, der in der Aufstellung auf dem ersten Platz steht. Auf einer Landesliste, von der 50 Personen gewählt werden sollen, gibt es keine Gegenkandidaten.

An den Regionalwahlen vom Juni 1984 hatten sich nach offiziellen Angaben etwa 75 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt. Zählungen von Anhängern der „Solidarität" ergaben weitaus geringere Zahlen.

Seite 2: Wer ist der Feind?

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wer ist der Feind?

Von Astaf Domberg

Polens Regime fürchtet, daß bei den bevorstehenden „Wahlen" zum Sejm, dem polnischen Parlament, die Boykottaufforderung der Gewerkschaft „Solidarität" aus dem Untergrund befolgt werden könnte. Auch Vertreter der Studentenschaft haben aus Protest gegen das neue totalitäre Hochschulgesetz einen Boykott der Wahlen angekündigt. Bei den jüngsten Kommunalwahlen lag die Beteiligung um 75 Prozent – was für kommunistische Systeme mit ihrem sonst 99prozentigen Auftrieb ganz ungewöhnlich ist.

Das polnische ZK hat nun alle Polen daran erinnert, daß es ihre „patriotische Pflicht" sei, sich dem Boykottaufruf zu widersetzen, der von den „Gegnern Polens" erlassen worden sei. Wer aber sind diese Gegner? Das Regime spricht immer wieder von westlichen Zentren, die nach der altbekannten Verschwörungstheorie die Drähte ziehen, mit deren Hilfe die polnische Opposition ferngesteuert werde. In Wirklichkeit gehen die Aufrufe zum Boykott weder von Präsident Reagan noch von sonstigen westlichen „Reaktionären", sondern von der polnischen Opposition und von der „Solidarität" aus.

Die Jaruzelski-Führung nennt also die Organisation, die einst mehr als zehn Millionen Polen als freiwillige Mitglieder besaß, polenfeindlich. Muß man nicht umgekehrt ein Regime als antipolnisch bezeichnen, das die größte unabhängige Gewerkschaftsbewegung der osteuropäischen Geschichte durch einen militärischen Gewaltakt in den Untergrund trieb?

Und wie steht es überhaupt mit einem Parlament, das sich wie der Warschauer Sejm die eigene Legislaturperiode selbst um ein Jahr verlängert hat? In einem westlich-parlamentarischen Staat würde sich das Problem der Verfassungswidrigkeit einer solchen Handlung stellen; Willy Brandt allerdings stellt sie sich nicht, er will vor dieser Einrichtung reden.

Die Feinde der Volksrepublik, so hört man aus Warschau, wollten eine Schwächung des polnischen Staates erreichen und Polen als „zerstritten und uneins" präsentieren. Ist nicht das Regime Jaruzelski sein eigener größter Feind?

London erleichtert

Von Reiner Gatermann

Der Seufzer der Erleichterung war nicht zu überhören, als Großbritanniens Verteidigungsminister Michael Heseltine die Dreierlösung für den „Jäger 90" bekanntgab. Zwar bedauerte er den Fehlschlag, fünf Länder für dieses Projekt unter einen Hut zu bringen. Letztlich überwog jedoch die Genugtuung, daß ein zweijähriges Gerangel zu Ende ist und – das wiegt am schwersten – daß die Deutschen „nicht umgefallen" sind.

Seit Anfang Juni wuchsen in London die Bedenken, daß Bonn um der deutsch-französischen Freundschaft und der Eureka-Idee willen bereit sein könnte, eigene Positionen aufzugeben und auf die Pariser Forderungen einzugehen. Die Briten wären dann in eine prekäre Situation geraten. Entweder hätten sie ihre eigenen Vorstellungen vom künftigen „European Fighter Aircraft" (EFA) im Zeichen westeuropäischer Einigkeit aufgeben oder – wie jetzt Frankreich – einen teuren Alleingang machen müssen. Daß Paris sich dem Projekt doch noch anschließen könnte, daran glaubt in London niemand so recht. Mehr Hoffnungen gibt es auf einen spanischen Beitritt.

Die Briten sind auch aus anderen Gründen froh mit dem Dreierkonzept. Nicht nur, daß es bei dem Kampfflugzeug „Tornado" inzwischen erprobt worden ist. Sie rechnen vor allem damit, daß ihre Industrie, vor allem British Aerospace und Rolls Royce, in erheblich größerem Umfang von dem Unternehmen profitieren wird als bei einer Kooperation mit den „eifersüchtig auf nationale Vorteile bedachten Franzosen" (The Times). Nicht von ungefähr nutzte Aerospace-Chef Sir Raymond Lygo vor der Presse die Chance, dem Minister für seinen großen Einsatz und gute Zusammenarbeit zu danken. Immerhin gibt das Projekt auch rund 30 000 Personen über Jahre hinaus eine Arbeitsplatzgarantie.

Auch wenn in London jede Auswirkung der Dreierkooperation auf Eureka bestritten wird und die Vorstellungen der Franzosen nicht als völlig abwegig abgewiesen werden, ist der Eindruck zu spüren, daß nach Londoner Auffassung Paris seine Karte überreizt hat. Michael Heseltine: „Bei solch einem Projekt kann es keine Verlierer oder Gewinner geben." Für ihn ist klar, wer die Gewinnerrolle spielen wollte.

Privatfernsehen Ost

Von Reginald Rudorf

Während über dem freien Westen Berlins die IFA '85 aufleuchtet, meißeln ringsum unzählige Schlitzohren kleine Sehschlitze in den Kommunikationskäfig „DDR". Längst sind die Zeiten vorbei, als Ulbricht die FDJ-Gangs ausschickte, nach Westen gedrehte (vom Volksmund Adenauer-Fahnen getaufte) Dachantennen wieder auf Ostkurs zu stellen. Heute verfügen sogar führende Genossen über Rotorantennen, die sie tagsüber parteitreu nach Osten und nächtens, wenn auch im real existierenden Sozialismus alle Katzen grau sind, nach Westen schwenken lassen.

Sowjetische Fernseher gibt es für 3000 DM. Mit eingebautem Pal-Decoder kann man Westfarbe sehen, die den verschmierten Bonbonfarben des Ost-Secam allemal vorgezogen wird. Die Funktionäre erkannten diese Marktlücke und ließen Pal-Decoder aus dem Westen importieren und im thüringischen Staßfurt nachbauen. Für etwas mehr als tausend Mark sind sie in den Intershop-Läden zu haben. Man kann sich so einen klassenfeindlichen Pal-Fremdkörper in die volkseigen produzierte Glotze einbauen lassen gegen Geld und das Alibi: „Ich will mein Gerät verkaufen, aber ohne Pal krieg ich's nicht los." Damit können selbst Apparatschiki den verfaulenden Spätkapitalismus in seinen Original-Untergangsfarben sehen.

Neuerdings werden in Staßfurt sogar Pal-Geräte gebaut. Kostenpunkt: 6200 Mark. Für einen Werktätigen sind das acht Monatslöhne. Aber alle NSW-Geräte (aus „nicht-sozialistischen Werkstücken") finden Abnehmer.

Sauer ergeht es den Be- und Umwohnern von Dresden im „Tal der Ahnungslosen" – so genannt, weil dieses elektronische Loch Ness der „DDR" durch das Erzgebirge vom West-TV abgeschnitten ist. Dort gilt es beim Funktionärsadel als schick, ein westliches Videogerät für zehntausend Ostmark auf dem roten Schwarzmarkt zu besorgen. Man bezieht die Feindfilme von Mitschneidern in günstiger gelegenen Gegenden.

In Erfurt hatte gar ein findiger Ingenieur mit einer Superantenne Westfernsehen hereingeholt und einen ganzen Stadtteil klammheimlich verkabelt. Da die mitverkabelten Parteileute dankbar still hielten, duldeten die Behörden lange Zeit die erste Privat-Verkabelung im Ostblock – bis sie schließlich doch aufflog.



„Meine Jüngste. Ist sie nicht süß? Ihr Name ist SS 25."
ZEICHNUNG: BENSON/THE ARIZONA REPUBLIC

Perestrojka

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Immer wenn Genscher von der Kontinuität der deutschen Außenpolitik oder von einer neuen Phase der Entspannungspolitik (mal mit dem Beiwort „realistischer", mal ohne) spricht, beginnt das große Rätselraten: Was meint er konkret? Strauß sprach gestern von „Worthülsen". An Genschers Rede in Helsinki war die Formelhaftigkeit aufgefallen. Da mag es hilfreich sein, daß der Außenminister einen Zipfel seines Denkens gelupft hat – kennzeichnenderweise im „Spiegel".

Er erinnert an das Gipfeltreffen im Mai 1972 zwischen Nixon und Breschnew in Moskau, das Euphorie ausgelöst hatte. Die beiden Weltmächte gaben eine Erklärung über die Grundlagen ihrer Beziehungen ab, bekannten sich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung, den Frieden im Atomzeitalter zu erhalten, und setzten Vereinbarungen auf die Tagesordnung, die in der Folge von der Begrenzung der Offensivwaffen und der Raketenabwehr bis zum Wohnungsbau und dem künstlichen Herzen reichen sollten.

Dazu sagt Genscher jetzt, es sei nicht alles verwirklicht worden, was vorgesehen war. Zum Beispiel habe man sich verpflichtet, „nicht nach Überlegenheit zu streben und Mäßigung zu üben". In Afghanistan sei die Sowjetunion dem Gebot der Mäßigung nicht nachgekommen. Das ist eine mehr als zurückhaltende Betrachtungsweise.

In Wirklichkeit war diese Detente-Phase zwischen den USA und der Sowjetunion so kurz wie stürmisch. Im Grunde endete sie schon mit dem Yom-Kippur-Krieg im Herbst 1973. Erst dieser Tage berichtete Nixon, daß er damals zwar nicht im Ernst, aber doch an den Einsatz von Atomwaffen gedacht habe; denn Breschnew hatte „mit einem einseitigen Eingreifen im Nahen Osten gedroht", und die USA hätten es nicht zulassen können, daß Israel „vor die Hunde geht". Dies ist eine öffentliche Bestätigung, daß die Welt damals – wie mehrfach in dieser Zeitung dargelegt – an den Rand eines Atomkriegs geraten war.

Nixon hat sich allerdings nicht von seiner Gipfel-Diplomatie mit Breschnew abbringen lassen. Er war ein genialer Außenpolitiker, und seine Haltung gegenüber Moskau wird erst dann richtig verstanden, wenn man die Bedeutung der Tatsache würdigt, daß er die chinesische Karte ins Spiel der Weltmächte gebracht hat. Nach seinem erzwungenen Rücktritt 1974 waren weder Ford noch Carter zu solcher Virtuosität einer globalen Politik mit drei Bällen fähig. 1975 praktizierte Moskau seine expansionistische Machtpolitik in Angola, und im März 1976 zog Ford die Konsequenz: „Das Wort Detente gebrauche ich nicht mehr".

Willy Brandt hatte die stürmische Phase der Vorbereitung und des Höhepunkts dessen, was Detente genannt worden ist, für seine Vertragspolitik mit dem politischen Osten genutzt. Dabei ist von Bedeutung, daß 1971 der XXIV. Parteitag der KPdSU ein „Friedensprogramm" beschlossen hatte, das eine „perestrojka" – Umwandlung der internationalen Beziehungen – in sechs Punkten verkündete. These zwei forderte die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa mit dem Ziel einer dauerhaften Zone des Friedens. Heute wissen wir, daß ein Frieden im Wald der SS-20-Raketen gemeint war. Doch das hält die Apostel einer neuen Phase der Entspannungspolitik nicht davon ab, daran zu glauben, die Sowjetunion werde, wenn nicht heute, so doch schon bald auf das verzichten, was aller Inhalt ihrer Politik ist: Ausdehnung ihrer Macht, nicht zuletzt mit den Mitteln überlegener Rüstung.

Der Bundesaußenminister hält es für angemessen, ein Wort neu aufzugreifen, das 1977 die Distanz der Europäer zum Amerika des Präsidenten Carter umschrieb: Verhaltenskodex. Der Ursprung dieses Begriffs liegt in der Detente von 1972, als die USA und die Sowjetunion den Versuch unternahmen, sich gegenseitig auf einen Kodex vernünftigen Verhaltens einzuschwören, auf daß der Atomkrieg vermieden werden könne. Die guten Vorsätze haben nur bis Oktober 1973 gehalten. Als später Carter aus Enttäuschung über die Detente nicht zögerte, von der Sowjetunion die Menschenrechte einzuklagen, verwies ihn Giscard als Präsident Frankreichs auf den „Verhaltenskodex", und er interpretierte das Wort im Sinne Moskaus als Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Mit anderen Worten: Von Moskau die Einhaltung der Menschenrechte zu fordern verträgt sich nicht mit der Entspannungspolitik.



Kontinuität nach rückwärts: Genscher FOTO: POLY-PRESS

Einmal mehr hat Genscher eine Worthülse, eine Formel, in die Diskussion eingeführt. Das legt den Verdacht nahe, unser Außenminister denke in den Begriffen der frühen siebziger Jahre. Wäre das so, dann müßte gefolgert werden, das Auswärtige Amt betrachte die SS-20-Aufrüstung in Europa als eine Episode, die man vernachlässigen könne. Die Wahrheit aber ist doch: Die NATO-Verbündeten haben die Nachrüstung als Antwort auf den SS-20-Aufmarsch nur deshalb beschlossen und gegen starke Widerstände durchgesetzt, weil sie es dem Kreml zutrauen, er werde von seiner Rüstungsüberlegenheit in Europa so oder so Gebrauch machen. Wer redet da von Entspannung?

Von der Entspannung der siebziger Jahre ist nicht viel mehr übriggeblieben als die KSZE-Fassade, der Raketenabwehr-Vertrag (ABM) und die Ostverträge Brandts. Dabei wissen wir, daß Moskau auf den ABM-Vertrag nur deshalb einging, weil die Sowjets technologisch im Rückstand waren, und die Ostverträge schloß Moskau ab, weil sie in der offensiv-operativen Linie dem Streben des Kreml nach völkerrechtlicher Anerkennung seiner Okkupationen in Europa entgegenkommen.

Über den Inhalt der sowjetischen Politik sagen die Stationen Moçambique, Angola, Südjemen, Äthiopien und Afghanistan mehr aus als das Wort „Entspannung". Vielleicht kann man sich mit dem Außenminister darüber verständigen, daß aussichtsreiche Ost-West-Politik, ob in Europa oder global, nicht mit dem Schrott der siebziger Jahre bestritten werden kann.

IM GESPRÄCH Boris Meissner

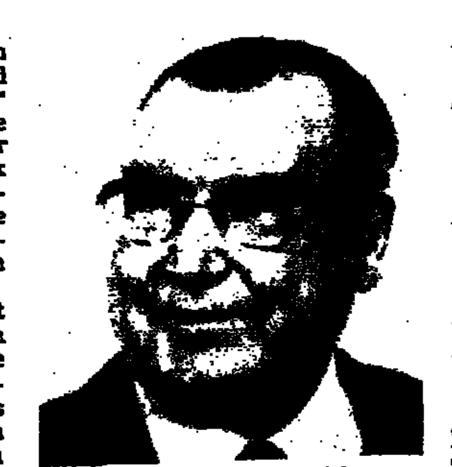
Ein Kenner der Sowjets

Von Carl Gustaf Ströhm

Ostexperten werden nicht nur in der Bundesrepublik manchmal abschätzig als „Kreml-Astrologen" charakterisiert. Das hat seine Gründe nicht nur in der Abschottung und der bewußten Desinformationspolitik der Sowjetführung. Oft erliegen Beobachter der sowjetischen Szene auch den Versuchungen der Sensationshascherei oder der ideologisch präfabrizierten Betrachtungsweise.

Boris Meissner, der gelernte Jurist und Volkswirt, hat sich von solchen Extremen stets ferngehalten. Gerade deshalb hat der in Köln lebende emeritierte Professor für Ostrecht als wirklicher Kenner des sowjetischen Systems das deutsche Rußlandbild in der Nachkriegszeit entscheidend mitgeprägt und dabei den Beweis erbracht, daß man durch eine Kombination von Einfühlungsvermögen, solidem Wissen (nicht zuletzt auch genauer Geschichtskenntnis) und großem Fleiß die künstlich hochgezogene Mauer des Schweigens überwinden und zu interessanten Erkenntnissen gelangen kann. Meissners Analysen waren niemals im vordergründigen Sinne „sensationell". Manches, was er über die politisch-soziologische Entwicklung in der Sowjetunion darbot, las sich eher trocken. Dafür aber zeigt sich im Rückblick, daß die meisten seiner Analysen und Prognosen richtig waren.

Bei seiner Beobachtung der sowjetischen Szene kam Meissner, der am 10. August 70 Jahre alt wird, seine Herkunft zustatten. Er wurde in Pleskau (Pskow) in Nordwestrußland geboren und begann seinen Weg noch vor dem Zweiten Weltkrieg an der Universität Dorpat in Estland. Im Krieg war er Soldat, und nach der „Heimkehr", die ja für ihn strenggenommen keine Heimkehr sein konnte, begann er an der Universität Hamburg mit Ostrecht sowie mit der wissenschaftlichen Analyse des stalinistischen Rußland. Seine erste große Veröffentlichung erschien 1951 unter dem Titel „Rußland im Umbruch". Seither hat er viel über das sowjetische Thema publiziert. Auch mit dem Schicksal der baltischen Republiken setzte er sich wissenschaftlich auseinander. In der Adenauer-Ära war er mehrere Jahre an der deutschen Botschaft in Moskau tätig.



Gesellschaft am Scheideweg: Meissner FOTO: DIE WELT

Meissner bezeichnet das heutige sowjetische System als „Alleinherrschaft der Hochbürokratie". Doch sieht er auch andere soziale Gruppen in der Sowjetunion auftauchen – vor allem die kulturell-wissenschaftliche Intelligenz, die eine „freiheitliche Entwicklung" anstreben könnte. Meissner erkennt den Wandel im Moskauer System, verfällt aber nicht in Optimismus. Man wisse nicht, in welcher Richtung dieser Wandel vor sich gehe. Er könne statt in eine Liberalisierung auch in einen „russischen Nationalkommunismus" mit faschistischen Zügen einmünden. Auch sei die von Meissner diagnostizierte „Stärke des russischen Nationalismus" ein Unsicherheitsfaktor bei einem etwaigen Ausgleich zwischen Ost und West. Diese Thesen stammen aus dem Jahre 1966 – und haben nichts von ihrer Aktualität verloren.

Auch bei Gorbatschow sieht Meissner eine Art Januskopf: der neue sowjetische Parteichef wisse vorläufig selber nicht, welche Richtung er einschlagen müsse. Meissners soeben erschienenes Buch „Sowjetgesellschaft am Scheideweg" dürfte leider kein populärer Bestseller werden. Aber es ist ein Geheimtip für alle, die gründlicher informiert werden wollen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Die Massenzeitung meint zum Arbeitsmarkt:

Die meisten Firmen machen Betriebsferien, neue Leute werden deshalb erst im September eingestellt. Folge: Vorübergehend haben wir wieder mehr Arbeitslose. Das ist die eine (schlechte) Seite der Medaille. Die andere (gute) Seite: Der Aufschwung ist allen Miesmachern zum Trotz nicht zu Ende. Er fängt erst richtig an: In fast allen Branchen volle Auftragsbücher – sogar bis zu 30 Prozent mehr im Maschinenbau.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt beschäftigt sich mit dem Paragraphen 218:

Neue medizinische Erkenntnisse, nach denen ein Fötus sehr viel früher menschliche Reaktionen zeigt als bisher angenommen, verlangen mehr als die Diskussion darüber, ob die Abtreibung auf Krankenschein dem Grundgesetz entspricht oder nicht. Wenn tatsächlich im dritten Monat ein in seinen Sinnen erwachender schmerzempfindender Mensch getötet wird – was schon immer katholische Überzeugung war – dann muß die Frage nach der Zulässigkeit der Abtreibung aufgrund einer sogenannten sozialen Indikation von neuem gestellt werden ... Allein die enormen Abtreibungszahlen in der Bundesrepublik hätte die Verantwortlichen längst zu einem Überdenken der Abtreibungspraxis veranlassen müssen. Wenn 83 Prozent dieser Abtreibungen aufgrund einer Notlagenindikation vorgenommen werden, ist auch die Frage aufgeworfen, ob die Not wirklich so groß ist, oder ob die „Ausführungsbestimmungen" zu großzügig gehandhabt werden.

BERLINER MORGENPOST

Sie fragt, warum ausgerechnet Luise Rinser die Festwochen eröffnen soll:

Ach, Luise ... Da sie gern öffentlich Stellung nimmt – gegen die Nachrüstung und für Homosexuelle, für Nordkorea und gegen die Amis, für dies und gegen das –, wird ihr auch zum Thema einiges einfallen. Sicherlich ist die Sorge unbegründet, die kulturpolitische Allzweckwaffe könnte in der Philharmonie plötzlich aus ihrer literarischen NS-Jugendsünde zitieren („Wir, des großen Führers gezeichnet Verschworene ..."). Aber fragen darf man doch wohl, ob Senator Hassemer und Festwochenchef Eckhardt bei der Wahl gerade dieser Festrednerin für Berlin sehr gut beraten waren.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung kommentiert den Streit um das europäische Jagdflugzeug:

Die Uneinigkeit kommt zu einem ungelegenen Zeitpunkt, zu dem Mitterand sich mit dem Mantel des europäischen Glaubenseiferers umhüllt: Taugt die mit Eureka versprochene Zusammenarbeit nur dazu, zu zeigen, wozu wir nicht fähig sind, nicht aber dazu, was wir können?

Ferien in Washington – die Haushaltskrise bleibt

Die Beschlüsse sind optimistisch, aber noch nicht einmal endgültig / Von Horst-Alexander Siebert

Die Haushaltskrise, die Amerika und die Weltwirtschaft plagt, weil sie die Realzinsen hochhält, läßt sich auch nach den jüngsten Sparbeschlüssen des Kongresses nicht wegdisputieren. Sie reichen einfach nicht aus. Im Wettrennen mit der Zeit – die Senatoren und Abgeordneten wollten am Freitag nicht den Flug in die Sommerferien verpassen – ist die erhoffte Radikalkur auf später verschoben worden, wann immer das sein mag.

Enttäuschung herrscht vor allem bei den Republikanern, die im November 1986 fast zwei Dutzend Senatoren in die Zwischenwahlen schicken müssen. Da an der Heimatfront die Defizitangst wächst, können sie durchaus ihre dünne Mehrheit verlieren. Der republikanische Abgeordnete John Edward Porter meinte: „Wir haben den Krieg verloren, erklären uns aber zum Sieger und gehen nach Hause."

Selbst die Zahlen, die in einer Nachtsitzung vom Vermittlungsausschuß aus dem Dickicht herausgeschlagen wurden, sind mit so zittriger Hand geschrieben, daß sie kaum Bestand haben. So wurden beispielsweise auf den ersten Blick eindrucksvolle Kürzungen durch Umbuchungen und zweifellos überhöhte Schätzungen erreicht. Das führt dazu, daß im Finanzjahr 1986, das am 1. Oktober beginnt, nicht 55,5, sondern vermutlich nur 39 Milliarden Dollar eingespart werden. Noch weniger zuverlässig sind unter diesen Umständen natürlich die auf drei Jahre hochgerechneten Sparbeträge – in diesem Fall 276,2 Milliarden Dollar.

Aber selbst wenn die Zahlen halten, was sie versprechen, wird das Ziel, das Haushaltsdefizit bis 1988 auf hundert Milliarden Dollar zu drücken, auch aus der Sicht des Kongresses nicht erreicht. Nach einem neuen Rekordminus von 210 Milliarden Dollar im laufenden Finanzjahr wird die Etatlücke 1986 immer noch 172 und 1988 rund 113 Milliarden Dollar ausmachen.

Indes, die Wirklichkeit sieht noch viel düsterer aus. Denn der müde Kongreß hat es sich sehr einfach gemacht, indem er einen überaus munteren Konjunkturverlauf unterstellte. Ein Wirtschaftswachstum um real vier Prozent ist im kommenden Jahr jedoch höchst unwahrscheinlich, und bei nur drei Prozent wird das Defizit wegen schrumpfender Einnahmen um 25 Milliarden Dollar in die Höhe schnellen. Das unparteiische Haushaltsbüro der Legislative geht denn auch davon aus, daß die USA und die übrige Welt fortan mit einem amerikanischen Haushaltsdefizit zwischen 150 und 160 Milliarden Dollar jährlich leben müssen.

Bemerkenswert ist, wie Senat und Repräsentantenhaus die fiskalischen Eckdaten im Eilverfahren festlegten, nachdem der Präsident von einer Ölimportsteuer und leichten Schnitten bei den Renten und der Indexierung der Einkommensteuer – die Inflationsanpassung sollte nur jedes zweite Jahr vorgenommen werden – nichts wissen wollte. So werden die Ausgaben 1986 praktisch eingefroren. Sie steigen nominal um weniger als ein Prozent auf 968 Milliarden Dollar. Die Hälfte der Einsparungen oder 137 Milliarden Dollar über drei Jahre stammt aus dem Verteidigungsetat, während die Axt in zivilen Programmen 93 Milliarden kappte.

Zusammengestrichen hat das Kapitol die Bundeshilfen für Farmer, die strategische Ölreserve, die Kleinunternehmen und das Medicare-System der Rentner. Nicht mehr geben soll es den vertikalen Finanzausgleich. Revisionen zeichnen sich ab, etwa zugunsten der Landwirte, von denen 214 000 von der Pleite bedroht sind und deren Realeinkommen in diesem Jahr weiter sinkt. US-Verteidigungsminister Weinberger ist der große Verlierer im Ringen um eine gesündere Fiskalpolitik.

Sogar für Amerikaner kaum zu verstehen sind die Regeln, nach denen der in Geldsachen allmächtige Kongreß den Haushalt aufstellt. Die Budget-Resolution legt nur die Einnahmen- und Ausgabenlimits sowie die Umrisse der übergeordneten Einzeletats fest. Sie ist ebensowenig endgültig wie der Beschluß des Vermittlungsausschusses, daß das Pentagon im nächsten Finanzjahr 302,5 Milliarden Dollar erhalten soll.

Am wichtigsten ist die Mitte September geplante Bewilligung durch die zuständigen Ausschüsse, die Appropriation Committees. Sie haben in beiden Häusern das letzte Ausgabenwort, und fällig ist ein erneutes Gerangel im Vermittlungsausschuß. Dabei wechseln die Personen. Es gilt als sicher, daß das Repräsentantenhaus, in dem die Widerstände gegen chemische Waffen, vor allem Nervengas, schwer zu überbrücken sind, den Juli-Beschluß nicht mittragen wird.

Wenn Weinberger Glück hat, kann er letztlich über 298 Milliarden Dollar verfügen – 16 Milliarden Dollar weniger als ursprünglich beantragt. Das heißt aber, daß der US-Verteidigungshaushalt 1986 zum erstenmal wieder auch real, also preisbereinigt, schrumpft. Das Budget-Debakel zeigt zweierlei: Ohne höhere Einnahmen und Opfer der Rentner ist Amerikas Defizitproblem nicht zu lösen. Die westliche Führungsmacht ist nicht fähig zu fiskalpolitischer Disziplin.

„Jetzt kann man endlich die Spreu vom Weizen trennen“

Der Weinskandal hat einen Beinamen: österreichisch. Wie werden nun nicht betroffene österreichische Winzer mit diesem Verdacht fertig? – Zum Beispiel mit überfüllten Auftragsbüchern, wie ein Besuch in der Wachau zeigt.

Von CARL G. STRÖHM

Herr Ober, glauben Sie, daß man bei dieser Hitze ein Frostschutzmittel vertragen kann?“ Der Kellner im Trachtenanzug nimmt die Frage des Urlaubsgastes aus Norddeutschland mit steinerner Miene auf und versucht dann umständlich zu erklären, daß die hier ausgeschenkten Weine einwandfrei und nicht mit Glykol versetzt seien. Ort der Handlung: Dürnstein in der Wachau, einer der berühmtesten, traditionsreichsten Weinorte Österreichs.

Unterhalb des Städtchens mit seiner malerischen Kulisse von barokkem Stift, Klostermauern und engen Gassen fließt die Donau dahin. Sowjetische, bulgarische, jugoslawische Schleppzüge ziehen vorbei, ab und zu auch ein österreichisches oder deutsches Schiff. Der vielbesungene Donaustrom, die Weinberge ringsum, unterbrochen von Aprikosenbäumen, die man hier „Marillen“ nennt – alles das ist so eindrucksvoll, daß Dürnstein sich seit vielen Jahrzehnten als Motiv auf österreichischen Briefmarken wiederfindet.

Raimund Thiery, einer der renommiertesten Hoteliers dieser Gegend, wiegt bedenklich den Kopf, wenn die Rede auf den Weinskandal und das Glykol kommt. Noch sei sein Hotel, das sich selber als „fein bürgerlich“ klassifiziert und am Portal nach alter Tradition als „Gasthof“ firmiert, so gut wie ausgebucht. Auch die Donauterrasse ist gefüllt mit einheimischen und ausländischen, vor allem deutschen Gästen. Der einzige Unterschied zu den Zeiten vor dem Skandal liege darin, daß jetzt mehr Bier getrunken werde als früher – aber das möge, so meint der Hotelier, der zugleich ein eigenes Weingut besitzt, auch an der Hitze liegen.

Im Oktober kommt die Stunde der Wahrheit

Die Nagelprobe aber kommmt im Oktober. Dann kämen nämlich aus Deutschland die Weinliebhaber in die Wachau, um die Lese mitzuerleben und in den Kellern den edlen Rebensaft dieser Gegend zu verkosten. Werden diese Gäste dem Haus, nach allem, was inzwischen über den österreichischen Wein zu hören und zu lesen war, die Treue halten? „Das Schlimme ist“, so meint Thiery, „daß wir Österreicher jetzt in aller Welt als Volk von Gaunern dastehen – und daß dabei im Ausland zwischen Schuldigen und Unschuldigen zunächst kein Unterschied gemacht wird.“ Große Sorgen mache er sich um die Gäste aus den USA, denn dort scherten die Medien alles, was mit Österreich und dem österreichischen Wein zusammenhänge, über einen Kamm.

Die Wachau ist – bis zur Stunde jedenfalls – vom Weinskandal nicht betroffen. Aber der Blitz hat ganz in der Nähe eingeschlagen: In der wenige Kilometer außerhalb der Grenzen des Wachauer Weinbaugebietes gelegenen Bezirksstadt Krems sind einige Weinhändler, zwei Chemiker und ein Drogist verhaftet worden. „Ich hoffe nur, daß sich nicht irgendein naiver Weinbauer bei uns etwas Glykol hat aufschwätzen lassen“, meint ein Einheimischer. Die renommierten Winzer dieser Gegend, die entlang der Donau von Melk bis kurz vor Krems reicht, sind sich einig, daß der Weinskandal – so bitter er auch für viele sein mag – auch etwas Positives für sich habe. „Es ist ein reinigendes Gewitter“, sagen sie. Jetzt könne man endlich die Spreu vom Weizen trennen und jene gesetzlichen Regelungen durchsetzen, die bisher von mächtigen Interessengruppen blokkiert wurden.

Auch die angesehensten Wachauer Winzer haben in den letzten Wochen demütigende Erfahrungen machen müssen: Da gab es Hunderte von Telefonanrufen aus dem Ausland mit der Frage, ob der Wein, den der Anrufer mitgenommen oder bestellt habe, nicht vergiftet sei. Einer der angesehensten Weinbauern Österreichs, dessen Rebensaft bei Staatsbanketten und Galadiners in der Wiener Hofburg serviert wird, wurde zu mitternächtlicher Stunde aus dem Bett geholt und mußte gegenüber einem großen Hotelkonzern eine eidesstattliche Versicherung abgeben, daß der gelieferte Wein einwandfrei sei.

Es sei zwar jetzt die Stunde Null gekommen, sagt der Weingutsbesitzer Franz Prager aus Weißenkirchen – aber die kleinen Familienbetriebe, wie sie für die Wachau typisch seien, hätten jetzt auch die große Chance, durch persönlichen Kontakt mit dem Kunden Vertrauen aufzubauen. Die Wachauer produzieren zwei Prozent des österreichischen Weines auf 2,5 Prozent der Weinanbaufläche des Landes. Entlang der Hänge an der Donau muß großenteils auf Terrassen angebaut werden. Das erfordert mehr Handarbeit, weil ein Einsatz von Maschinen oft nicht möglich ist, und bringt geringere Erträge.

Es sei für die Wachauer ein großes Glück gewesen, daß weitblickende Winzer und Gemeindepolitiker in den 60er Jahren die Ausweitung der Herkunftsbezeichnung „Wachau“ verhindert hätten, heißt es in Dürnstein. Die Politik des „klein, aber fein“, die hier durchgesetzt wurde, hat die Wachauer Winzer vor dem Schicksal ihrer Berufskollegen aus Rust am Neusiedlersee bewahrt: daß nämlich andere mit ihrer guten Ortsbezeichnung Schindluder treiben konnten.

Die Wachauer Weinbauern sehen die Wurzeln des Weinskandals aber nicht nur in mangelnder Kontrolle und in der Raffgier einiger Neureicher, „die den Hals nicht schnell genug vollkriegen konnten“. „Wir hier keltern nur trockene, meist leichte Weine“, sagt Weingutsbesitzer Josef Jamek. Aber, so fügt er hinzu, in den letzten Jahren sei auf den internationalen Weinmessen immer nur das „süße Zeug“ prämiert worden. Die feinen, trockenen Weine seien wie Stiefkinder behandelt worden. Die Forderung nach süßem, schwerem Wein schaffe erst die Voraussetzung für alle möglichen Panschereien.

Wehmütige Erinnerung an „Doktor Schiwago“

„Auch das Übel ist eine Realität in dieser Welt“, meint Winzer Jamek philosophisch. Dann erinnert er an Pasternaks „Doktor Schiwago“: Dort sei in einer Szene von einem „spritzigen, leichten Mosel“ die Rede. Pasternak habe in Rußland sicher nicht den heutigen Moselwein getrunken, sondern sich an jenen erinnert, den er als Student vor dem Ersten Weltkrieg kennengelernt habe. „Warum hat sich der Geschmack so geändert?“ fragt Jamek, dessen Weine wegen ihres trockenen Charakters berühmt wurden.

Die Wachauer Winzer – jedenfalls jene, die sich bereits lange vor dem Skandal in einer Selbstkontroll-Organisation zusammengeschlossen und sich verpflichtet haben, nur Wein aus Wachauer Weingärten zu keltern und nichts aus anderen Gegenden dazuzukaufen – wollen, daß nicht nur der Export österreichischer Weine in Tankzügen, sondern ebenso auch der Import in Tanks gesetzlich verboten wird. Wenn der Wein erst einmal in der Flasche sei, könne er praktisch nicht mehr verschnitten und nur schwer noch gefälscht werden. Ob sie allerdings mit dem Tank-Import-Verbot durchkommen werden, ist fraglich. Falls etwa ein Ostblock-Staat österreichische Industrie-Produkte nur auf dem Kompensationsweg abnimmt und dafür einige Tankzüge mit Wein anbietet, wird der Druck auf die Wiener Regierung sehr stark, einem solchen Geschäft zuzustimmen.

Von einer seltsamen Trendwende weiß in diesen Tagen die Dürnsteiner Winzergenossenschaft zu berichten: Seit einige Wein-Großlieferanten mehr oder weniger tief in den Glykolskandal verwickelt sind und deren Weine aus den Regalen der Supermärkte in Österreich herausgenommen werden mußten, werde die Genossenschaft – die gleichfalls gegenüber ähnlichen Organisationen aus anderen Gebieten als „klein, fein und nicht billig“ gilt – mit Bestellungen geradezu überschüttet. Die gleichen Handelsketten, die den Wachauern früher vorgehalten hätten, sie seien „zu teuer“ und sollten sich an den billigeren Burgenländern ein Beispiel nehmen, wollen jetzt am liebsten Zehntausende von Flaschen bestellen. Dieser Wunsch könne aber nicht erfüllt werden. In der Wachau gebe es zu wenig Wein – und „vermehren“ wolle und könne man ihn nicht.

Im übrigen baut man auf die Treue der Stammkunden, die sich überraschenderweise auch in diesen Tagen bewährt habe. Von 10 000 Kunden, die von der Genossenschaft Dürnstein ihren Wein beziehen, hätten nur fünf ihre vollen Flaschen wieder zurückgeschickt. Der Direktor der Genossenschaft führt dies nicht zuletzt darauf zurück, daß man sich in den letzten Jahren strikt geweigert habe zu expandieren. Die Genossenschaft habe immer noch den gleichen Umfang wie zur Zeit ihrer Gründung. Und neue Mitglieder würden nicht mehr aufgenommen.

„Wir sind auch keine Weinproduzenten“, sagt uns ein Winzer. „Wenn ich dieses Wort schon höre, sträuben sich mir die Haare. Zum Wein muß man eine innere Beziehung haben, das ist etwas anders, als wenn man irgendeine Massenware herstellt.“ Überhaupt sei in Österreich viel zuviel Wein angebaut worden – und am Schluß des Gesprächs zitiert einer der Wachauer Gastgeber ein Wort, das der großen Kaiserin Maria Theresia zugeschrieben wird: „Wo der Pflug kann gehen, soll kein Weinstock stehen.“ Auf den Terrassen der Wachau aber kann man nicht pflügen.



Die Regale lichten sich: In einem Wiener Supermarkt werden die mit Glykol versetzten Weine entfernt FOTO: AP

Der neue Aufbruch der Bagger ins Erdinger Moos

Am 10. April 1991 soll die erste Maschine vom neuen Flughafen München II starten. Nachdem die wesentlichen juristischen Hürden genommen wurden, beginnen jetzt die Erdarbeiten im Erdinger Moos. Ein Projekt, das Arbeitsplätze, aber auch Ärger schafft.

Von PETER SCHMALZ

In diesen Tagen, da Bayern in die Sommerferien geht, rücken gut zwanzig Kilometer nördlich von München tonnenschwere Bagger und Bulldozer an und wühlen sich in den Grund des Erdinger Mooses. 3,5 Millionen Kubikmeter Erde müssen aufgeschüttet, beiseitegeschoben und gewalzt werden, damit dort eine ebene Fläche entsteht, auf der sich zwei je 4000 Meter lange Betonbahnen gießen lassen, die vom 10. April 1991 an Münchens neues Tor zur Welt sein werden: An diesem Tag, so jedenfalls hat der Münchner Flughafenchef Hermann Reichart in seinem Terminkalender festgehalten, soll die erste Maschine auf dem neuen Flughafen München II starten.

Der Airport-Boß rechnet mit zügigem Fortschritt des Projekts, das nach heutigem Preisstand 3,4 Milliarden Mark kosten wird. Wohl haben die Naturschützer noch immer nicht ihren Frieden mit dem Vorhaben geschlossen, doch die öffentliche Aufmerksamkeit hat sich längst vom Flughafen weg und zur geplanten Wiederaufarbeitungsanlage in die Oberpfalz hingewendet. Auch die juristischen Hürden sind weitgehend genommen, seit der Bayerische Verwaltungsgerichtshof im März dieses Jahres den Baustopp aufgehoben und die Rechtmäßigkeit der Planungen bestätigt hat.

Doch nun wird Reichart plötzlich von einer Seite attackiert, von der er eigentlich Beifall und Zustimmung erwartet hätte. Die ersten Bauvergaben seien „eine Ohrfeige für die mittelständische Wirtschaft“, die heimischen Betriebe fühlen sich „verladen“, schimpft ein Münchner Bauunternehmer. Der Anlaß: Für die 21 Millionen Mark teuren Erdbauarbeiten wurde die Hamburger Firma Möbius engagiert. „Das ist mir total unverständlich. Wir hätten alle Männer und Maschinen hier in München stehen“, wettert der ortsansässige Unternehmer, der es allerdings vorzieht, nicht mit seinem Namen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Die Enttäuschung darüber, daß nun sogar „Nordlichter“ den Bayern die saftigen Bau-Millionen wegschnappen, hat gewiß auch ihre Ursache in den schönen Erwartungen, die Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann nach dem Richterspruch im März weckte. Damals hatte der Minister verkündet, die Gerichtsentscheidung markiere für das Land einen goldenen Tag im Kalender und bedeute einen Hoffnungsschimmer für die bayerische Bauwirtschaft.

Der Vorfreude aber folgt nun die bittere Erkenntnis, daß vor dem Griff nach den Millionen, die vor den Stadttoren liegen, der Wettbewerb steht, der sich hinter dem Kürzel VOB verbirgt, was in Langschrift „Verdingungsordnung für Bauleistungen“ heißt und dem Planungsleiter des Flughafens ein gutes Gewissen verschafft. „Wir haben“, sagt Manfred Steffen, „den Auftrag ordnungsgemäß ausgeschrieben und mußten uns an die VOB halten.“ Und dabei zeigte sich: Das Angebot aus dem Norden war das billigste.

Außerdem, so gibt Flughafen-Sprecherin Ingeborg Ergenzinger zu bedenken, bleibt der Löwenanteil auch dieses Auftrags im Freistaat, denn zum einen wickelt die Hamburger Firma die Arbeiten über ihre Regensburger Tochter ab und zum anderen ist daran noch ein Betrieb aus dem ostbayerischen Grenzland beteiligt, wo Arbeit ohnehin größere Mangelware ist als in der Landeshauptstadt: „Lediglich acht von 55 Mitarbeitern dieser Bietergemeinschaft müssen aus Norddeutschland importiert werden.“

Die Attacken aus der Münchner Bauwirtschaft empfinden die Flughafen-Verantwortlichen ohnehin als ungerechtfertigt. Gerade um schon während der Bauzeit dort, wo die unabwendbaren Nachteile des Flughafens spürbar werden, auch die Vorteile wirksam werden zu lassen, sind die Bauaufträge in einem aufwendigen Verfahren in 10 000 Haupt- und Einzelaufträge gesplittet, um auch mittlere und kleinere Betriebe aus der Umgebung einzubeziehen. Auf diese Weise werden 2,4 Milliarden Mark vergeben, weitere 400 Millionen muß die Flughafen-Gesellschaft der Bundesbahn als Bauzuschuß für die S-Bahn, die direkt unter das Abfertigungsgebäude führt, überweisen, der Rest wurde zum Grundstückskauf benötigt.

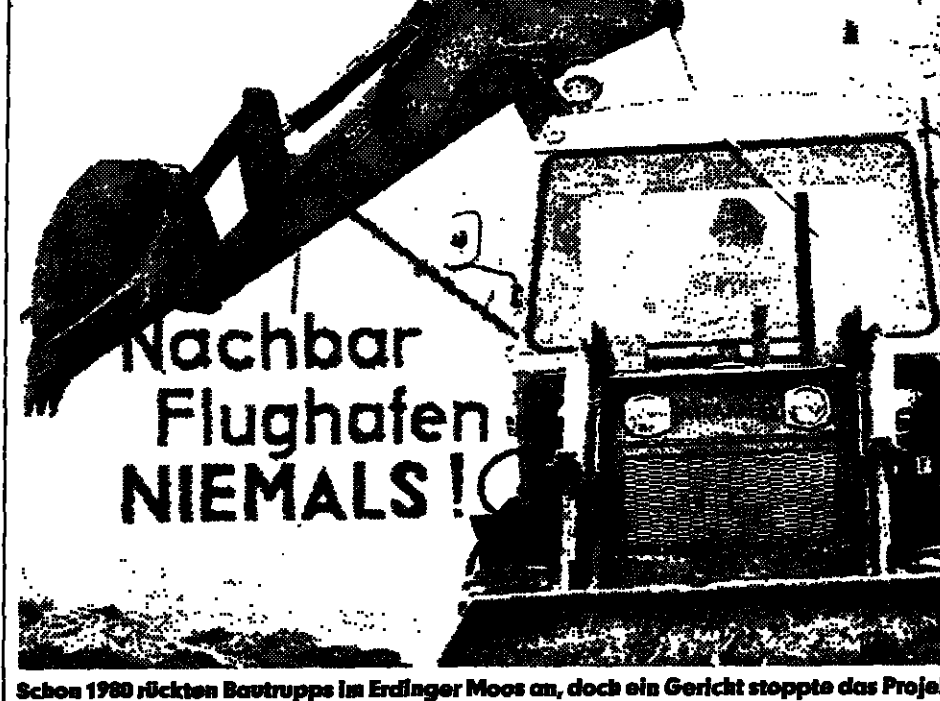
Der erwartete Beschäftigungsschub ist beachtlich: Die Zahl der Bauarbeiter soll von knapp 1000 im ersten Jahr auf den Höchststand von 3000 im fünften Baujahr steigen.

Vom neuen Flughafen wird aber auch nach der Eröffnung ein dauerhafter Beschäftigungsimpuls erwartet, der sich in erster Linie im Umland auswirkt. In welchem Maße Flughäfen heute Großbetriebe sind, die weitere Betriebe anlocken und zahlreiche Zulieferfirmen mit Aufträgen versorgen, zeigt eine Berechnung der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen“ (ADV). Danach setzen die Flughafen-Gesellschaften und die anderen auf Flughäfen ansässigen Unternehmen in der Bundesrepublik jährlich rund zehn Milliarden Mark um. Der deutsche Luftverkehr bietet 85 000 Arbeitsplätze bei Flug- und Flughafen-Gesellschaften, bei Gewerbeunternehmen auf Flughäfen und in Behörden. Von diesen werden jährlich Aufträge von weiteren vier Milliarden Mark erteilt, wodurch nochmals 80 000 Arbeitsplätze gesichert werden.

Der neue Münchner Flughafen bringt es nach bisherigen Planungen schon im ersten Jahr auf 8000 Arbeitsplätze, 2500 mehr als bisher in München-Riem beschäftigt sind. Weitere 3000 Plätze erwartet Minister Jaumann im Umland durch unmittelbare Auswirkungen des Flughafenbetriebs.

Möglicherweise werden es aber noch weit mehr sein, denn in München ist der Luftverkehr seit geraumer Zeit im steilen Steigflug: Wurden vor drei Jahren in Riem sechs Millionen Passagiere abgefertigt, so werden es in diesem Jahr mehr als acht Millionen sein – und damit um über eine halbe Million mehr, als der 46 Jahre alte Flughafen nach den Kapazitätsberechnungen verkraften kann. Allein in diesen Sommermonaten sind 16,5 Prozent mehr Starts und Landungen zu bewältigen als vor einem Jahr. Der neue Flughafen ist auf acht bis neun Millionen konzipiert, sollte jedoch der Anstieg anhalten, kann er durch ein weiteres Abfertigungsmodul erweitert werden.

Inzwischen hat aber Bayerns Finanzminister Max Streibl als Aufsichtsrat der Flughafen-Gesellschaft für neue Arbeitsplätze auf dem alten Airport gesorgt: Nachdem ihm die langen Überstundenlisten aufgefallen waren, forderte er energisch ihren Abbau. Das Ergebnis sind 75 neue Mitarbeiter. „Wo der Staat kann, muß er als Beispiel vorangehen“, begründet Streibl seine Intervention in der vom Bund, dem Freistaat und der Stadt München geführten Flughafen-Gesellschaft.



Schon 1980 rückten Bautrupps im Erdinger Moos an, doch ein Gericht stoppte das Projekt FOTO: DPA

Neben dem Studium noch eine Lehre

DIETER SALZMANN, Bonn

In eine „Marktlücke" stieß der Vorsitzende der Krefelder Industrie- und Handelskammer, Detlef Schubert, mit seiner Idee, die theoretische Ausbildung angehender Ingenieure der Krefelder Fachhochschule mit einem praktischen Teil zu koppeln. Rund 120 zukünftige „Dipl. Ings." absolvieren neben ihrem vierjährigen Studium eine Lehre in Krefelder Betrieben.

„Das normale Ingenieurstudium sieht vor, daß die Studenten ein dreimonatiges Praktikum in einem Betrieb machen", sagt Detlef Schubert. Das sei aber eine zu kurze Zeit, um die jungen Menschen auf die Praxis im Betrieb vorzubereiten.

Deshalb regte Schubert vor drei Jahren die „Kooperative Ingenieursausbildung", wie die Koppelung von Studium und Lehre in Krefeld genannt wird, an. Fern von jeglicher staatlichen Initiative wurde das Projekt, das derzeit einzigartig in der Bundesrepublik Deutschland ist, durch die Zusammenarbeit der IHK Krefeld und der dort ansässigen Wirtschaft verwirklicht.

Mit Erfolg, wie es scheint. „Die 40 Studienplätze, die wir pro Semester anbieten können, sind sehr gefragt", sagt Schubert stolz. Auch die Betriebe seien mit ihren akademischen Lehrlingen „sehr zufrieden". Zu Schuberts Bedauern haben bisher nur sehr wenige Frauen die Ausbildungskombination Studium/Lehre in Angriff genommen.

Studenten motiviert

Für die Studenten ist die zweigleisige Ausbildung eine starke Belastung. „Aber", meint Detlef Schubert, „weder Studium noch Lehre werden ‚verwässert'. Die jeweiligen Prüfungen entsprechen dem Standard, der an Fachhochschulen und bei der Berufskammer verlangt wird." Trotz der hohen Anforderungen hätten bisher nur vier Studenten ihre Ausbildung abgebrochen, was für ein hohes Maß an Motivation der Studenten spricht.

In den ersten beiden Jahren steht die Lehre im Vordergrund. Die „Azubis" sind an drei Tagen in der Woche im Betrieb, an zwei Tagen an der Fachhochschule. Ein Teil der theoretischen Ausbildung findet zusätzlich am Samstag statt. Im dritten Jahr bleiben die Studenten für ein halbes Jahr im Betrieb, machen ihren Abschluß als Facharbeiter, um die letzten anderthalb Jahre bis zur Abschlußprüfung auf der Fachhochschule zu verbringen.

Semesterferien gibt es nicht. Dafür sind die Studenten auch nicht auf BAföG angewiesen, sie erhalten in den ersten beiden Jahren den für Lehrlinge vorgesehenen Lohn und im dritten Jahr ein Praktikantengehalt. Den Staat, der sonst Pilotprojekte auf dem Bildungssektor mit Millionen fördert, kostet das Krefelder Vorhaben keine Mark.

Hannover zieht nach

Gegen Ende des nächsten Jahres werden die ersten Ingenieure, die doppelgleisig ausgebildet wurden, ihr Diplom erhalten. Die Chancen, einen Arbeitsplatz zu erhalten – bei Ingenieuren ohnehin besser als in anderen Berufssparten – sind durch die Kontakte, die die Studenten in ihrem eigenen, aber auch zu anderen Betrieben knüpfen konnten, groß.

Das Krefelder Beispiel scheint Schule zu machen. Vertreter der Fachhochschule Hannover informierten sich vor kurzem bei Schubert über das Projekt. Resultat: Im Herbst dieses Jahres wird Hannover einen vergleichbaren Studiengang einrichten.

CDU gerät mehr und mehr in die Defensive

Von D. GURATZSCH

Das Stimmungstief in der hessischen CDU hatte kurz vor der Sommerpause einen neuen Tiefpunkt erreicht. Durch eine Entscheidung von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) fühlten sich die verletzlichen Christdemokraten ein weiteres Mal in ihrer Oppositionsrolle gegen das rot-grüne Bündnis von Wiesbaden behindert, und wieder war es ausgerechnet ein Mitglied der Bundesregierung, das der Hessen-Union in die Quere kam: Der CSU-Politiker, der bereits Anfang des Jahres Hessens Anteil an den Straßenbaumitteln des Bundes gekürzt hatte, stimmte einer Rückstufung des in Frankfurt geplanten und von der CDU verfochtenen Autobahnverbindungsstücks „Alleentunnel" in der Prioritätenliste des Bundesfernstraßenbaues zu.

Historisch gesehen hat das Projekt bisher den Sozialdemokraten viel größere Bauchschmerzen bereitet als der hessischen CDU. Von ihnen einst geplant und beschlossen, mußte es zuletzt derselbe Mann, der es als Bundesverkehrsminister einst forciert hatte, den Erfordernissen



Landesbericht Hessen

rot-grüner Annäherungstaktik zuliebe in der Kommunalwahl vom März 1985 selbst bekämpfen. Eine Aufgabe, der Volker Hauff sich übrigens mit hingebungsvollem Optimismus widmete.

Als letzte Instanz gab schließlich auch die sozialdemokratische Landesregierung dem grünen Druck in Sache Alleentunnel nach. Der Benjamin in Börners Kabinett, Wirtschaftsminister Ulrich Steger, machte dabei freilich nur wirtschaftliche und verkehrspolitische Gründe geltend: Das 600-Millionen-Mark-Projekt würde 40 Prozent der gesamten Straßenbaumittel Hessens verschlingen, und es würde darüber hinaus der neugebauten Frankfurter S-Bahn täglich 10 000 bis 15 000 Fahrgäste abspenstig machen. Als Gewährsmann für die „sehr vernünftigen Überlegungen" zitierte Steger den Bundesverkehrsminister, der die finanzielle Beurteilung teile.

In der hessischen CDU riß dieser Hinweis Wunden auf, die der aus Bonn herbeigeeilte CDU-Generalsekretär erst eben mit einem dicken Verband aus Trostpflästerchen zu versorgen gesucht hatte. Diese Wunden seien der hessischen CDU, so bekam Geißler zu hören, von niemand anderem als von führenden Bundespolitikern und einigen Landesfürsten der Union beigebracht worden. Durch falsche, unzeitgemäße und ungeschickte Auftritte und schädliches Hineinfunken in die hessische Politik sei die CDU in diesem Land derartig geschwächt worden, daß sämtliche Wahlen verlorengegangen seien.

Bei ihrer Kritik ließen die Fraktionsmitglieder kein gutes Haar an der Bundesregierung. Ihr Erscheinungsbild sei miserabel. Besonders der Umweltschutz müsse glaubwürdiger repräsentiert werden. Kanzler Kohl solle die Regierung umbilden und ein eigenes Umweltministerium schaffen. Dollingers Haltung im Alleentunnel-Streit führte diesen Ressentiments neue Nahrung zu.

Gerade in der Umweltpolitik zeigt sich das Dilemma der hessischen CDU überdeutlich. Seit SPD-Ministerpräsident Holger Börner die grüne Karte spielt, um nicht nur die Grünen im Landtag, sondern auch deren Wähler an sich zu binden, fühlt sich die hessische CDU auf diesem Sektor in eine defensive Rolle gedrängt und übernimmt immer öfter den Part eines Bremsers.

Dahinter steht die Erwartung, daß die Union nur dann eine aussichtsreiche Position in der Landespolitik zurückgewinnen könne, wenn sie den Sozialdemokraten die Wähler der Mitte streitig mache – also vor allem den Arbeiterflügel, der von einer „zu weitgehenden Umweltpolitik" eine Gefährdung von Arbeitsplätzen befürchte. Bei sämtlichen Wahlen seit 1982 freilich hat diese Erwartung getrogen.

Statt dessen hat sich ein groteskes Szenario im hessischen Landtag eingespielt: Auf vielen Feldern der Politik glaubt die hessische CDU heute ausgerechnet die SPD-Politik von gestern gegen den „neuen Börner" und seine grüne Klientel verteidigen zu müssen – mit fatalen Folgen für Beweglichkeit und Überzeugungskraft der CDU-Politik im Landtag. Modellhaft wurde das neue Szenario bereits in den Landtagssitzungen vom Herbst 1982 vorgeführt, an denen zum ersten Mal grüne Abgeordnete teilnahmen.

Diese Neupolitiker kannten im Hessenparlament zunächst nur einen einzigen Gegner, gegen den sich die ganze Wut ihrer Attacken entlud: den „Atom- und Betonpolitiker" Holger Börner. Aber wie staunte das Publikum auf den Zuschauertribünen, als sich anstelle des Betroffenen alsbald die um Recht und Ordnung besorgte CDU-Fraktion den in Form und Vokabular reichlich ungewöhnlichen Attacken empört entgegenstellte, während Börner auf der Regierungsbank das Gesicht zu einem breiten Lachen verzog.

Die Landtagsfraktion der CDU vermeidet alles, das rot-grüne Bündnis dort zu erschüttern, wo es am wackligsten ist: an der grünen „Basis". Weder versucht sie, die von Börner gezähmte grüne Landtagsgruppe mit spektakulären Umweltinitiativen öffentlich vorzuführen noch sie zu zwingen, gegen verwässerte Umweltkonzepte der Minderheitsregierung Börner gemeinsam Front zu machen – und sei es nur auf der Grundlage des umweltpolitischen „Standards" in Bund und Ländern, gegenüber dem Hessen noch vielfältigen Nachholbedarf hat.

Die Forderung nach einer neuen Umweltpolitik in Bonn kommt also aus einem Landesverband der CDU, der selbst noch danach sucht. Dabei könnte ein einziger einsamer Vorstoß in der letzten Plenarsitzung des Landtags vor der Sommerpause lehren, daß wohldurchdachte Aktionen auf diesem Gebiet die Regierung Börner in erhebliche Verlegenheit bringen würden.

Da hatte die CDU nämlich mit ihrem Antrag zur „Nachrüstung" des Kasseler Kraftwerks, das SPD-Oberbürgermeister Eichel, nachdem er die Grünen bei der letzten Kommunalwahl „ausgeschwitzt" hatte, entgegen allen Vorankündigungen als „Dreckschleuder" weiterbetreiben wollte, die ganze Tolerierungskonstruktion Börners und der Grünen ins Wanken gebracht. Die Grünen sprangen den Christdemokraten bei – und in den Ausschüssen mußte die SPD die Waffen strecken.

Nur der „Verkauf" dieser Art von Politik fehlt noch der rechte Glanz. Schwer auch, wenn sie (noch) so wenig ins Gesamtkonzept paßt!

Werden Mieten für 3,4 Millionen Wohnungen bald angehoben?

„Stoltenberg-Kommission" gegen Steuerprivilegien für gemeinnützigen Wohnungsbau

HANS BAUMANN, Essen

Auch wenn man das Prinzip des Gemeinwohls bejahe, sei eine Steuerbefreiung der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft nicht mehr zu rechtfertigen, weil sich die Marktlage der Wohnungswirtschaft grundlegend geändert habe. Das ist einer der Kernsätze eines Gutachtens der sogenannten Stoltenberg-Kommission, die nach Kabinettsbeschluß am 18. Mai 1983 eingesetzt worden war, um das Steuerprivileg der Gemeinnützigen zu untersuchen. Dieses Gutachten ist jetzt fertiggestellt und wird morgen veröffentlicht.

Die Kommission empfiehlt den Wegfall des Wohnungs-Gemeinnützigkeits-Gesetzes, weil es nicht geeignet sei, durch gleichmäßige Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse und der Einkommens- und Vermögensverhältnisse zur Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen beizutragen.

Es wird festgestellt, daß der (gesetzlich begünstigte) Kundenkreis fast unbegrenzt sei. Mittelbar ergebe sich eine Grenze nur dadurch, daß keine Luxuswohnungen gebaut werden dürften. Damit aber gehe das Wohnungs-Gemeinnützigkeits-Gesetz über die Forderungen von Bedürftigen und Einkommensschwachen hinaus, also über das sozialpolitisch Vertretbare.

Die Kommission vergleicht auch das in Frage gestellte Gesetz mit dem II. Wohnungsbaugesetz und kommt zu dem Schluß, daß sie sich überschnitten. Das Ausmaß der sozialen Effekte beider Gesetze sei mehr oder weniger dem Zufall überlassen. Keineswegs führten die Maßnahmen nach dem Wohnungs-Gemeinnützigkeits-Gesetz dazu, daß Mieter oder Käufer in gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen den gleichen Umverteilungs-Vorteil erhielten.

Wettbewerbs-Verzerrung?

Schließlich hänge es weitgehend vom Management der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen ab, ob und inwieweit der Vorteil der Steuerbefreiungen überhaupt an die Kunden weitergegeben werde. Die Kommission hat sich selbst die Frage gestellt, ob es sich bei den bisherigen Vergünstigungen für gemeinnützige Wohnungsunternehmen um Subventionen handelt. Die eindeutige Antwort: Ja.

An Gewinn, Vermögen oder Ertrag anknüpfende Steuerbefreiungen seien auch schon deshalb kein angemessenes Mittel, Dritte zu subventionieren (Mieter), weil der quantitative Wert der Vergünstigungen mit der Höhe des Gewinns, des Ertrages und des Vermögens wachse. Der persönliche Subventionsvorteil sei umso größer, je höher der Gewinn, der Ertrag oder das Vermögen seien. Darin stecke, so die Kommission, ein Wertungswiderspruch.

Da die Steuerbefreiung sozialpolitisch weder erforderlich noch geeignet sei, stelle sie gegenüber steuerpflichtigen Wohnungsanbietern eine Wettbewerbsverzerrung dar, die sich insbesondere negativ auf das Bauträgergeschäft auswirke.

Die Steuerbefreiungen der Gemeinnützigen können nach Ansicht der Kommission auch nicht damit gerechtfertigt werden, daß sie die Gemeinnützigen befähigen, eine behutsame Politik beim Preis für Wohnungen zu betreiben, wodurch wiederum die Preispolitik der steuerpflichtigen Wohnungsanbieter beeinflußt würde. Es sei grundsätzlich unzulässig, innerhalb eines Wirtschaftszweiges eine Gruppe von Konkurrenten zu subventionieren, damit diese die Vergünstigungen nutzten, um Wettbewerber unter Zugzwang zu setzen.

Schließlich werde mit Steuerbefreiungen für Gemeinnützige das Grundrecht Dritter beeinträchtigt. Die im Grundgesetz verankerte unternehmerische Handlungsfreiheit werde verletzt, wenn der Staat ungleiche Wettbewerbschancen schaffe. Ebenfalls werde nach dem Grundgesetz die Freiheit der Berufsausübung berührt. Die Steuerprivilegien der Gemeinnützigen verstoßen gegenüber den steuerpflichtigen Wohnungsanbietern gegen den Gleichheitssatz.

Ein zentrales Argument der Kommission gegen die Steuerbefreiung ist der Hinweis auf Sparkassen und Versorgungsbetriebe (Bahnen, Wasser, Straßen). Sie dienten zweifellos auch dem Gemeinnutz, seien aber steuerpflichtig.

Die Bund-Länder-Kommission hatte geäußert, den gemeinnützigen Wohnungsbestand als Versorgungsreserve zu betrachten. Dies lehnt die Kommission mit dem Hinweis auf Abgrenzungsschwierigkeiten des in Frage kommenden Personenkreises ab. Sozialhilfe und Wohngeld seien in jedem Falle treffsicherer. Außerdem entspreche ein solcher (neuer) Versorgungszwang nicht dem historischen Auftrag der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Mieter, insbesondere Genossen, hätten keine besondere Verantwortung gegenüber solchen bedürftigen Kreisen.

Auch aus dem Prinzip der Kostenmieten ergibt sich nach Meinung der Kommission keine Rechtfertigung mehr für Steuerprivilegien. Die These, aus der Steuerbefreiung ergäben sich niedrigere Mieten, habe von den Gemeinnützigen nicht überzeugend belegt werden können. Eine nicht auf Sozialfälle begrenzte Überlassung verbilligten Wohnraums stelle eine soziale Fehlleistung und eine ökonomische Verschwendung dar.

Tepper bleibt gelassen

Nur die Wohnungsgenossenschaften und ihnen gleichstehende Vereine sollten auch künftig Steuerprivilegien genießen, sagt die Kommission. „Die Besonderheit der Wohnungsbaugenossenschaften liegt darin, daß sich über sie ihre Mitglieder mit Wohnraum ausschließlich zur Selbstnutzung versorgen", heißt es in dem Gutachten wörtlich.

Der Vorsitzende des Vorstandes des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, Köln, Helmut Tepper, erklärt gegenüber der WELT zu dem Gutachten, daß eine Aufhebung des Gemeinnützigkeitsgesetzes gegen den historischen Gedanken der vor rund 50 Jahren gegründeten gemeinnützigen Wohnungsunternehmen verstoße.

Komme es gegen seine feste Hoffnung doch zu einer Aufhebung der Steuerprivilegien, so müßten die dem Verband angeschlossenen 1830 Wohnungs- und Siedlungsunternehmen mit ihren rund 3,4 Millionen Wohnungen auch eine andere Mieten- und Dividendenpolitik (bisher beschränkt auf 4 Prozent) betreiben. Es sei sicher, daß dann auch die Mieten der Gemeinnützigen steigen werden. Vorerst sieht Tepper der Reaktion der Regierung auf das Gutachten „sehr gelassen" entgegen.

Wozu totalitäre Regime fähig sind

Nach 1945 ging das Sterben in den KZ Buchenwald und Sachsenhausen weiter

Am 10. August 1945 wird ein Kommando von 150 Häftlingen der sowjetischen Geheimpolizei in das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen verfrachtet. Sie beginnen, das Gelände zur erneuten Benutzung wiederherzurichten. Erst drei Monate ist es her, daß die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie dort zum Stillstand gekommen ist. Vier Tage später treffen die ersten 2000 Gefangenen ein: Sachsenhausen wird „Speziallager Nr. 7 des MWD", das ist die Abkürzung für das sowjetische Innenministerium. Das gleiche geschieht am 12. August in Buchenwald bei Weimar.

Nach der „Befreiung" machten die sowjetischen Besatzer die beiden ehemaligen KZ zu Internierungsstätten nicht nur für ehemalige Nazis, sondern auch für Sozialdemokraten, Angehörige der bürgerlichen Parteien und alle, die ihren Zielen oder dem sich unter ihrer Oberherrschaft entwickelnden Regime hätten gefährlich werden können: 32 000 in Buchenwald, 50 000 bis 60 000 in Sachsenhausen. Erst 1950 wurden die Lager geschlossen.

20 000 Tote in Sachsenhausen, 13 000 in Buchenwald war die Bilanz der sowjetischen Haftbedingungen – im Vergleich zu den insgesamt ca. 150 000 Opfern der nationalsozialistischen Zeit „nicht viel". Doch ist ein einziger Mord weniger unrecht und unmenschlich als eine Million? Die Zahlen der Lagerbelegung und der Todesfälle beruhen auf Schätzungen und Angaben der Beerdigungskommandos, denn Karteien oder Todeslisten durften nicht geführt werden. Die meisten Gefangenen starben an Hungerödemen und Lungentuberkulose. Sie waren vollständig von der Umwelt isoliert: Zeitungen waren in den ersten Jahren wie Radio, Briefkontakte, Unterhaltung und – im Gegensatz zu den Konzentrationslagern – auch Arbeit vollständig untersagt. Die Angehörigen wurden vom Tod eines Häftlings nicht informiert.

Am 14. September 1958 wird die „Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald", am 23. April 1961 eine gleiche in Sachsenhausen eröffnet. Von dem, was dort in den fünf ersten Nachkriegsjahren geschehen ist, erfährt man im „ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden" nichts. Weder in Lagerführern, Dokumentensammlungen noch in Unterrichtsmaterialien für Lehrer ist von den vielen tausend Opfern der Sowjetdiktatur die Rede.

Zahlen und Fakten über die beiden einzigen Vernichtungslager in Deutschland, die auch nach Hitlers Ende weitergeführt wurden, präsentiert jetzt Gerhard Finn, der selbst als junger Mann in Buchenwald interniert war, in zwei demnächst erscheinenden Paperback-Bänden. Dem Autor geht es nicht darum, „vordergründige Argumente für die Tagespolitik zu liefern oder Feindbilder aufzubauen, wie dies heute noch in der DDR für nötig gehalten wird". Sein Anliegen ist es vielmehr, „nichts vom menschlichen Geschehen" in Buchenwald und Sachsenhausen „vergessen zu lassen, auch nicht einen Teil" ihrer Geschichte. Die Bücher sollen anregen darüber nachzudenken, „wozu Menschen in totalitären Regimen fähig sind".

Gerhard Finn, Buchenwald 1936-50; Sachsenhausen 1936-50, Urheber-Verlag Bonn

Bangemann lehnt Vorschlag Vogels für Arbed ab

UR. Saarbrücken

Unterstützung aus der Bonner SPD für seine Position im Hinblick auf die Sanierung der angeschlagenen Arbed Saarstahl hat Ministerpräsident Oskar Lafontaine bekommen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel forderte die Bundesregierung auf, die Entschuldung von Arbed ganz zu übernehmen. Eine entsprechende Initiative der SPD-Fraktion im Bundestag kündigte der Sozialdemokrat zum Abschluß seines zweitägigen Besuchs im Saarland für Anfang Oktober an.

Vor der Presse wiederholte Lafontaine seine Forderung an die Bundesregierung, im Rahmen der Entschuldung des Unternehmens nun auch den Landesteil der verbürgten Kredite (515 Millionen Mark) zu übernehmen. Im Gegenzug erklärte sich der Regierungschef bereit, eine für 1986 und 1987 notwendige neue Finanzspritze von bis zu 350 Millionen Mark für Arbed aus der Landeskasse zu zahlen. Die dazu notwendige Genehmigung aus Brüssel liegt seit Ende Juli vor.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) wies die Forderung Vogels und Lafontaines mit der Erklärung zurück, Bonn sei lediglich bereit, jene Schulden von Arbed zu übernehmen, für die die Bundesregierung Bürgschaften und Garantien gegeben habe. Das Saarland müßte „das gleiche mit seinen Schulden machen", forderte der Freidemokrat in einem Interview der „Westfälischen Nachrichten".

Neue Diskussion um Steuerentlastung?

AP/dpa, Bonn

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, hat die FDP-Forderung nach einer Steuersenkung in einem Schritt wieder aufgegriffen. In einem Interview des Kölner „Express" sagte Lambsdorff, die Koalition habe die zweistufige Steuerreform beschlossen „für den Fall, daß sich die Wirtschaftszahlen bis Herbst nicht verschlechtern sollten". Dies sei aber bereits geschehen, sagte Lambsdorff in Anspielung auf die jüngsten hohen Arbeitslosenzahlen. Deshalb sei die einstufige Steuersenkung nun „dringend erforderlich".

Anke Fuchs, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, lehnte eine weitere Steuersenkung in der kommenden Legislaturperiode zugunsten einer Ergänzungsabgabe ab.

Eklat beim Treffen von Vertriebenen

dpa, Essen

Mit einem Eklat endete gestern beim schlesischen Heimattreffen von Hindenburgern in Essen die Festrede des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministers Hermann Heinemann. Der SPD-Politiker brach seine Ausführungen zur Völkerverständigung und Grenzsituation ab, nachdem die Zurufe aus dem Kreis der rund 400 geladenen Gäste immer gereizter geworden waren. Die Störungen begannen, als Heinemann aus der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai Passagen zum Gewaltverzicht zitierte. Stärker wurden die Proteste, als Heinemann erklärte, die Rede des Bundespräsidenten schließe aus, „jemals wieder mit Gewalt an Grenzen rütteln zu wollen". Als Heinemann von „wenigen Uneinsichtigen oder Illusionisten" sprach, „die aus den schrecklichen Erfahrungen von Gewaltherrschaft und Krieg immer noch keine Lehren gezogen haben", wurden die Störungen so laut, daß der Minister seine Rede abbrach.

Eine Initiative der Kirche gegen Arbeitslosigkeit

mj. Hannover

Der vom nordelbischen evangelisch-lutherischen Bischof Ulrich Wilckens (Lübeck) kürzlich vorgestellte „Modell"-Gesprächskreis macht Schule. Der Kreis, der sich aus schleswig-holsteinischen Parteipolitikern, Gewerkschafts- und Wirtschaftsführern zusammensetzt, soll abgestimmte Wege zur Überwindung der Arbeitslosigkeit suchen (WELT vom 24. 7.). Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat nun einen gleichartigen Vorstoß für Niedersachsen angeregt und damit Zustimmung bei der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers gefunden.

Nach Auskunft des Pressesprechers der hannoverschen Kirche, Pastor Peter Kollmar, wird diese Aufgabe „flächendeckend" der „Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen" zufallen.

Den Vorteil eines solchen Gesprächskreises sieht Kollmar darin, daß auf tarif- und parteipolitisch neutraler Ebene nicht „zum Fenster hinaus" geredet werde. In einem Ergebnispapier des schleswig-holsteinischen Vorbild-Kreises war unter anderem ausdrücklich von notwendiger Senkung der Arbeitskosten die Rede – „im gemeinsamen Interesse von Arbeitnehmern und Unternehmern".

Das „rote Pendant" zum amerikanischen SDI-Programm

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Sowjetunion will sich einerseits mit dem weiteren Ausbau ihrer strategischen Offensivrüstung im Kriegsfalle im Vergleich mit den amerikanischen Fähigkeiten überlegen zeigen. Das hat ein von der WELT (2. August) zitierter Bericht von Regierungsstellen in Washington an einen Unterausschuß des Senats gezeigt. Zum anderen wird in demselben Dokument auf die gleichfalls klar erkennbaren sowjetischen Aktivitäten zur Realisierung einer strategischen Verteidigung hingewiesen. Daraus ist zu schließen, daß sich der Kreml der Vorstellung der USA niemals wirklich angeschlossen hat, nach der ein Krieg, vor allem ein Atomkrieg, durch die gegenseitige Androhung totaler Zerstörung durch die beiden Weltmächte verhinderbar sei. Die Sowjetunion sucht sich sowohl bei den strategischen Angriffsmitteln gegenüber den USA Vorteile zu verschaffen und will sie noch dadurch verstärken, indem sie die strategischen Drohfähigkeiten der USA durch Verteidigungsmöglichkeiten gegen sie relativiert, letztlich gar entschärft.

Dieses sowjetische Bestreben belegt der schon zitierte Bericht aus Washington in vielen Details. In Bonn ist er deshalb aufmerksam und voller Besorgnis zur Kenntnis genommen worden. In der CDU/CSU-Fraktion wird das sowjetische Streben nach strategischer Überlegenheit über die USA, das gleichzeitig auch ein Streben nach Überlegenheit gegenüber Westeuropa ist, klar erkannt. Aus diesem Grunde unterstrich der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der Fraktion, Willy Wimmer, die Bedeutung der „Strategischen Verteidigungsinitiative" der USA. SDI ist nach seinen Worten „im deutschen Interesse" nötig, denn nur so werde die Glaubwürdigkeit der strategischen Komponente des amerikanischen Militärpotentials und damit die friedenserhaltende Abschreckungsfähigkeit der NATO erhalten.

Die sowjetischen Anstrengungen, die auf aktive wie passive Verteidigungsmittel der strategischen Ebene gerichtet sind, fächern sich dem amerikanischen Bericht zufolge in viele Einzelaktivitäten auf. Sie würden ausreichen, in den nächsten zehn Jahren soviel Schutz aufzubauen, daß sowohl die sowjetische Führung der verschiedenen Ebenen, die im Verlauf eines Krieges entscheiden müßten, als auch die kriegswichtigen militärischen wie militärnahen Einrichtungen überleben würden. Im einzelnen wird Folgendes dargelegt:

Seit Beginn der sechziger Jahre haben die Sowjets an der Forschung, Entwicklung und am Aufbau einer strategischen Raketenabwehr (ABM) gearbeitet.

Wahrscheinlich 1987 wird das um Moskau aufgebaute verbesserte ABM-System einsatzbereit sein. Es besteht aus hundert silo-geschützten modifizierten Galosh-Raketen mit der Fähigkeit zur hohen Beschleunigung und bestückt mit nuklearen Gefechtsköpfen. Diese Anlage ist in der Lage, Schlüsselziele um die sowjetische Hauptstadt herum gegen gezielte Angriffe zu schützen.

Zum Ende des Jahrzehnts erwarten die amerikanischen Experten bei den Sowjets den Schluß des Aufbaus eines Netzes von großen Radaranlagen (einschließlich der von Krasnojarsk) mit phasengesteuerter Richtwirkung. Damit verbessert sich ihre Fähigkeit zur Frühwarnung, zur Bewertung des Angriffsumfangs sowie zur exakten Zielverfolgung. Zusätzlich dazu bietet dieses Netz die Möglichkeit, für ein über das ganze Land verbreitete ABM-System das Führungsmanagement zu garantieren.

Inzwischen ist in der Sowjetunion das Raketenabwehrsystem SA-12 entwickelt worden und wird von diesem Jahr an in die Landstreitkräfte eingeführt. Diese Rakete kann sowohl konventionell fliegende Flugzeuge als auch Marschflugkörper und ballistische Raketen taktischer Reichweite bekämpfen. Außerdem nehmen die US-Experten an, die SA-12 werde auch bestimmte ballistische Raketen strategischer Natur treffen können. Diese zusätzliche Fähigkeit wirft extrem schwierig zu lösende Fragen der Rüstungskontrolle auf, da nun Waffensysteme existieren, die eine Unterscheidung zwischen Luftverteidigung und Raketenabwehr (ABM) nicht mehr zulassen.

Schließlich wird in Washington mit großer Sorge beobachtet, wie sich die Sowjets allmählich die Möglichkeiten zum Aufbau eines landesweiten ABM-Systems schaffen. Diese rühren von den Produktionskapazitäten für den Moskauer ABM-Ring her. Die technischen Möglichkeiten erlauben den Bau von beweglichen Radargeräten, gleichfalls mobilen Raketenstartern und Raketen mit hoher Beschleunigung. Vorerst erwarten die amerikanischen Experten, daß die Sowjets den ABM-Vertrag insoweit mißachten und ein ausgedehnteres Raketenabwehrsystem zum Schutz von Schlüsselzielen östlich des Urals aufbauen werden.

Zum Schutz der Führung werden entsprechende Einrichtungen ausgebaut. Dies setzt sie in die Lage, nach einer Warnzeit, die nur nach wenigen Stunden bemessen ist, Bunker aufzusuchen und einen ersten strategischen Angriff zu überleben. Nach amerikanischen Schätzungen existieren mindestens 800, möglicherweise auch bis zu 1500 verbunkerte Ausweichquartiere für die sowjetische Führung auf nationaler wie regionaler Ebene. Auch die Fernmeldemittel sind zum großen Teil verbunkert und in doppelter oder auch dreifacher Ausführung – also redundant – vorhanden, so daß die Führung ein Lagebild erhält als auch Befehle unter den Bedingungen eines Krieges strategischer Dimension übermitteln kann.

Der Weltraum gehört im sowjetischen Denken zum Erreichen strategischer Überlegenheit dazu. Im Bericht an den Senat heißt es wörtlich: „Die Sowjets betrachten den Weltraum als einen integrierten Teil ihres gesamten Streitkräfteaufbaus offensiver und defensiver Natur."

Dementsprechend ist seit Jahrzehnten eine Art „rotes Pendant" zum amerikanischen SDI-Forschungsprogramm im Gange. Dazu gehört die Entwicklung von Hochenergie-Laserwaffen. Zwei Einrichtungen auf dem Testgelände von Sarischagan sind vermutlich vorgesehen, mit Laserstrahlen Satelliten zu bekämpfen. Andere Laser zu Lande sollen vermutlich eine Verteidigung gegen ballistische Raketen in der Phase des Endanflugs schaffen. Schließlich versuchen sich die Sowjets auch an der Entwicklung einer Laserwaffe in Flugzeugen. Dazu kommen Entwicklungen zur Stationierung einer Laserwaffe im Weltraum, zur Entwicklung von Teilchenstrahlenwaffen sowie von Einrichtungen, die Radiofrequenzen zur Zerstörung von Raketen oder Satelliten nutzen.

Rebmann vermutet RAF hinter Anschlag

dpa, Offenburg/Stuttgart

Generalbundesanwaltschaft und Stuttgarter Landeskriminalamt (LKA) haben die Ermittlungen zu einem versuchten Sprengstoffdiebstahl in einem Kieswerk im Raum Offenburg aufgenommen, hinter dem sie als Täter Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) vermuten. Nach Angaben des LKA ereignete sich der Vorfall am 29. Juli dieses Jahres.

Der Verdacht auf eine Aktion der RAF zur Sprengstoff-Beschaffung verdichtete sich nach Angaben des LKA, als am vergangenen Freitag in Achern (Ortenaukreis) ein weißer Kombi vom Typ Ford Granada gefunden wurde. Der Wagen war bei einem vorangegangenen Einbruchsdiebstahl in dieses Kieswerk entwendet worden und trug das Kennzeichen eines ähnlichen Ford Granada Turnier. In der Vergangenheit seien von der RAF schon wiederholt solche Dubletten-Fahrzeuge für Straftaten benutzt worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Konferenz in Havana ohne Einigung

rtr, Havana

Ohne die Verabschiedung eines Schlußdokuments und auch ohne eine Abschlußerklärung ist in Havana eine Konferenz über die Schuldenkrise in Lateinamerika zu Ende gegangen. Kubas Präsident Fidel Castro bezeichnete das fünftägige Treffen von etwa 1200 Politikern, Geschäftsleuten, Gewerkschaftern und Wissenschaftlern, als Teil seiner Bemühungen, die Auslandsschulden der Region zu beseitigen. Unter den Teilnehmern hatte weitgehende Einigkeit darüber geherrscht, daß mehr Zusammenarbeit der Länder Lateinamerikas notwendig sei, um von Banken und Regierungen günstigere Bedingungen für den Schuldendienst fordern zu können. Über weitere Schritte konnte man sich allerdings nicht einig werden: Viele Delegierte stimmten zwar dem Vorschlag Castros zu, die Rückzahlung der Schulden einzustellen. Andere dagegen traten für Kompromisse ein – etwa für eine Begrenzung der Zins- und Kreditrückzahlungen auf einen bestimmten Prozentsatz der Exporterlöse eines Landes. In den Diskussionen war dem Internationalen Währungsfonds (IWF) mehrfach vorgeworfen worden, durch unannehmbare Sparforderungen soziale Spannungen in den Schuldnerländern zu verursachen.

Streit in Alaska ist beigelegt

wth. Washington

Eine Affäre, die seit Wochen die Bürger von Alaska in Aufregung hielt, ist nun beigelegt. William Sheffield, Gouverneur von Alaska, muß sich nicht dem Senat seines Staates zu einem Anklageverfahren stellen. Das entschied am Wochenende ein fünfköpfiger Ausschuß des Senats nach dem Ende einer elftägigen öffentlichen Anhörung. Es wäre das erste Mal seit 56 Jahren gewesen, daß sich ein amerikanischer Gouverneur einem sogenannten Impeachment-Verfahren hätte stellen müssen. Es war kein Freispruch erster Klasse, der den Demokraten Sheffield vor diesem Verfahren bewahrte. Der Ausschuß entschied, daß die Verteidigung des Gouverneurs „verwirrend und beunruhigend" gewesen sei, und er kritisierte dessen „Gedächtnisschwund" während der Anhörung. Sheffield, der privat die größte Hotelkette in Alaska besitzt, war vorgeworfen worden, bei einem Leasing von staatseigenen Büroräumen im Werte von 9,1 Millionen Dollar das Verfahren so manipuliert zu haben, daß dabei eine Firma der Hauptnutznießer wurde, die ihn bei der Wahl im Jahr 1982 finanziell unterstützt hatte. Sheffield erklärte während der gesamten Verhandlung, er könne sich nicht daran erinnern. Sein Stabschef John Shiveley allerdings konnte es – er trat während des Verfahrens von seinem Amt zurück.

In Kabul greifen Sowjets zu Drogen

AP, Kabul

Mit der Moral der sowjetischen Besatzungstruppen in Afghanistan steht es nicht zum Besten, Rauschgiftkonsum ist weit verbreitet. Dieses Bild vom Alltag im unruhigen Afghanistan zeichneten vier Sowjet-Armisten, die in Gefangenschaft geraten waren, im Gespräch mit der staatlichen ägyptischen Wochenzeitung „Achbar El-Jom". „Die sowjetischen Soldaten in Afghanistan leiden, weil sie wissen, daß es sehr schwer ist, in diesem Gebiet zu kämpfen", sagte einer der Gefangenen. Ein anderer fügte hinzu: „Viele der Soldaten greifen zu Drogen." Die Führung wisse, wie die Stimmung in der Truppe sei, doch sie baue im Kampf auf moderne Waffen.

Unterdessen hat die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass der ARD in einem Kommentar „Goebbels-Propaganda-Methoden" im Zusammenhang mit einer zweiteiligen Sendung über die sowjetische Präsenz in Afghanistan vorgeworfen. Die ARD habe über angebliche sowjetische Greueltaten berichtet und damit „mit Inspiration die Unwahrheit" verbreitet.

Moskaus Teilnahme in Seoul bleibt offen

sid, Moskau

Die Sowjetunion hat noch keine endgültige Entscheidung über die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1988 in Seoul getroffen. Der Generalsekretär des Nationalen Olympischen Komitees der UdSSR, Victor Chotetschin, dementierte in Moskau Meldungen, wonach der Kreml dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) in Lausanne bereits die Zusage zur Teilnahme übermittelt habe. Chotetschin teilte mit, diese Information sei falsch: „Die Olympische Charta läßt uns noch genügend Zeit, eine Teilnahme der UdSSR zu diskutieren und eine endgültige Entscheidung zu fällen."

40 Jahre nach Hiroshima sichert der atomare Schrecken den Frieden

WOLFGANG WILL, New York

Vor 40 Jahren begann das Atomzeitalter: Am 16. Juli 1945 wurde in der Wüste von Neu-Mexiko die erste Test-Atombombe der Menschheit gezündet. Am 6. August 1945 fiel Hiroshima dem ersten Nuklear-Inferno zum Opfer; eine weitere Atombombe wurde über Nagasaki abgeworfen. Seitdem sind aus den beiden Atombomben, die zu kriegerischen Zwekken verwendet wurden, ganze Serien von Kernwaffen entstanden, immer raffiniertere, technisch versiertere – wie ein Blick hinter die Produktionskulisse in den USA zeigt.

„Nukleare Sprengköpfe sind ein einmaliges Instrument der Abschreckung", urteilt William Hoover, stellvertretender Minister für Energie der USA, „nichts anderes hat so erfolgreich einen großen Konflikt verhindert wie die Atombombe – wir haben schließlich seit der ersten Anwendung kontinuierlich Frieden zwischen Ost und West."

Seit 1945 sind Zehntausende nuklearer Sprengköpfe hergestellt worden. Die USA verfügen schätzungsweise über 25 000 Sprengsätze; etwa die gleiche Anzahl steht auch auf sowjetischer Seite parat. Wenn die US-Produktion von Kernwaffen mit privatkommerziellen Maßstäben bewertet würde, wäre die Atomwaffenherstellung auf der „Fortune"-Liste der 500 größten US-Unternehmen auf Platz 50 anzusiedeln.

In 13 der 50 US-Bundesstaaten arbeiten schließlich rund 70 000 Menschen an der Kernwaffenproduktion. Jährlich wenden die USA sieben Milliarden Dollar auf, um täglich etwa fünf Atomwaffen vom Fließband im texanischen Amarillo rollen zu lassen. Einzelteile werden vielerorts gefertigt, aber die Atomwaffenendmontage findet ausschließlich und allein im Pantex-Werk von Amarillo statt. Wie sich Kernwaffen in den vier Jahrzehnten verändert haben, geht aus einigen Vergleichen hervor:

– Die Hiroshima-Bombe wog etwa 4000 Kilogramm, pro Kilotonne Sprengkraft etwa 315 Kilogramm.

– Die Atomkopf-Rakete Sram, schon seit 1972 im US-Arsenal, wiegt nur 1000 Kilogramm, pro Kilotonne Sprengkraft rund fünf Kilogramm.

– Die ersten vier Atomwaffen im Rahmen des „Manhattan"-Projekts kosteten zwei Milliarden Dollar.

– In den USA entstehen jährlich etwa 1800 Kernwaffen.

Aus dieser Jahresproduktion darf nicht geschlossen werden, als würde das US-Arsenal – und das gleiche trifft auf die Sowjetunion zu – jährlich um diese Anzahl Kernsprengköpfe wachsen. Eher ist das Gegenteil der Fall: Die USA verfügen heute über rund 25 Prozent weniger Kernsprengköpfe als vor etwa zehn Jahren. Das hängt nicht nur damit zusammen, daß veraltete Waffen ausrangiert werden – das hat seinen Grund auch in der Tatsache, daß die modernsten Kernwaffen eine größere Zielgenauigkeit haben, so daß bei gleichbleibendem Abschreckungsfaktor weniger Waffen nötig sind.

„Wie jede Ware", sagt ein Ingenieur, „so haben auch Kernsprengsätze nur eine bestimmte Haltbarkeit oder ‚Lebensdauer'." In Amarillo bauen die 2850 Spezialisten also nicht nur jährlich etwa 1800 neue Waffen, sondern sie demontieren auch veraltete.

Viele Pantex-Angestellte und -Arbeiter heften Aufkleber mit der Aufschrift „More nukes – less kooks" auf ihre Autos, womit sie sich für mehr Sprengköpfe aussprechen und sich weniger „Spinnerte" wünschen. Pantex führt eine lange Warteliste mit den Namen von Arbeitswilligen, was sicherlich weniger am Patriotismus als am Stundenlohn von fast zwölf Dollar liegt.

Die Megatonnen-Dimensionen der ersten Atomwaffengenerationen sind Miniaturausführungen gewichen. Es soll sogar eine Kernsprengladung geben, die das Mitglied eines Spezialkommandos der US-Armee im Tornister befördern kann.

„Denkfabriken" des Kernwaffenkomplexes der USA sind die Laboratorien Los Alamos und Sandia im US-Bundesstaat Neu-Mexiko und Lawrence Livermore in Kalifornien. In diesen Labors sind Tausende von Wissenschaftlern und Technikern keineswegs nur mit Design und „Tüftelei" neuer Kernwaffen befaßt.

Die Bezeichnung „Atomwaffenschmiede" trifft nur bedingt zu, weil jede dieser drei Forschungsstätten sich längst auch mit nichtmilitärischen Projekten befaßt: Sandia etwa experimentiert mit der Sonnenenergie und entwickelt medizinische Geräte, in Livermore wird an der Bewältigung der Fusion ebenso gearbeitet wie an geothermalen und Gezeiten-Kraftwerken. Los Alamos' größtes Projekt dient der Krebsbekämpfung.

In Los Alamos arbeitet als Designer nuklearer Zündmechanismen Robert Dinegar, ein Chemiker, der auch als Pfarrer tätig ist. Für ihn sind – wie für seine Kollegen – Kernwaffen eine Notwendigkeit, keineswegs aber „zur Anwendung" gedacht. „Ihr Sinn und Zweck ist es", so Dinegar, „die Freiheit zu erhalten – bis die Menschen gelernt haben, friedlich miteinander zu leben." (SAD)

DIE ● ANALYSE

Castro setzt nun auf Volksfront-Taktik

In Lateinamerika auf Moskaus Linie eingeschwenkt / Schulden sollen Solidarität schaffen

MANFRED NEUBER, Bonn

Der kubanische Staats- und Parteichef Fidel Castro hat seine revolutionäre Strategie für Lateinamerika geändert. Er fordert alle „fortschrittlichen Kräfte" auf, in einer „breiten Front mit Christen und Militärs" gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Havana propagiert somit den Weg zur Macht über Volksfront-Bündnisse.

Nach Castros Einschätzung läßt sich die kubanische Revolution nicht wiederholen. Deshalb müsse der Umschwung in Lateinamerika „auf andere Weise erreicht werden", erklärte er kürzlich in einem Interview mit der Zeitung „Hoy" aus Santo Domingo.

„Die revolutionäre Botschaft ist weitreichend", dozierte Castro, „sie darf nicht nur im Radikalismus bestehen, der die Völker spaltet und die revolutionäre Bewegung isoliert." Eine Revolution, die sich radikalisiere, verbreite Ängste, liefere dem Imperialismus Vorwände und „bewirkt ihre eigene Zerstörung".

Kubas Modell erfolglos

Mit dieser Sicht schwenkt Castro auf die Moskauer Linie ein. Schon seit dem Ende der sechziger Jahre geben die Sowjets die Volksfront-Parole in Lateinamerika aus. Als Kuba auch nach dem Scheitern Ché Guevaras in Bolivien am „Export der Revolution" festhielt und die Guerrilla in mehreren Ländern unterstützte, kam es zu Kontroversen mit dem Kreml.

In Chile sah sich Moskau 1970 durch den Wahlsieg des Sozialisten Salvador Allende bestätigt. So mußte Havana die Erfolglosigkeit des revolutionären Kampfes in Südamerika einsehen. Auch das amerikanische Eingreifen auf Grenada 1983 und die entschlossene Haltung Präsident Ronald Reagans gegenüber der Bedrohung Mittelamerikas durch Nicaragua haben ihre Wirkung auf Castro offenbar nicht verfehlt.

Bei den vorherrschenden Verhältnissen in Lateinamerika seien radikale gesellschaftliche Veränderungen „nicht ratsam", sagte auch Roberto Veiga, Generalsekretär der kubanischen Gewerkschaften, vor lateinamerikanischen Gewerkschaftern Mitte Juli in Havana. Vielmehr plädierte er für Bündnisse mit verschiedenen gesellschaftlichen Kräften.

Allerdings seien in einigen Staaten infolge der Schuldenkrise revolutionäre Erhebungen „nahezu unvermeidlich", meinte Veiga. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage sollte sich die Linke hüten, die Regierung zu übernehmen. Sie müsse ihre Kraft darein setzen, „die Regierungen zu zwingen", die Streichung der Auslandsschulden und eine Neue Weltwirtschaftsordnung zu fordern.

Ein gemeinsames Vorgehen aller Lateinamerikaner bei der Bewältigung der Schuldenkrise würde auch „ganz rechts stehenden Regierungen nutzen", beschwor der kubanische Gewerkschaftsführer die Solidarität des Subkontinents. Wie die Schuldner-Treffen in Lima und Havana zeigen, findet Kuba dabei offene Ohren.

Ein Experte im US-Außenministerium, der nicht genannt werden wollte, äußerte dieser Tage: „Fidel Castros Rhetorik kommt gut an. Nicht wenige Politiker Lateinamerikas stimmen ihm zu, ohne es öffentlich zu sagen. Einige sehen in ihm ein Schreckgespenst, mit dem man den Gläubigern drohen kann. Anderen verschafft die verbale Übereinstimmung in der Schuldenfrage eine innenpolitische Entlastung."

Die verkündete Abkehr vom „Export der Revolution" und die diplomatische Offensive Kubas hinsichtlich der Auslandsschulden kommentierte Jonathan Miller aus dem US-Außenministerium folgendermaßen: „Es ist noch zu früh, um sicher sein zu können, ob tatsächlich ein Sinneswandel eingetreten ist. Wenn ein Tiger sein Fell wechselt, bleibt er dennoch ein Tiger."

Armee kritisiert Partei

Vermutlich muß der Kurswechsel in Havana auch im Zusammenhang mit den jüngsten „Säuberungen" im Partei- und Regierungsapparat gesehen werden. Dabei sind doktrinäre Funktionäre durch jüngere, pragmatische Kader ersetzt worden. Wegen dieser Vorgänge wurde der für Dezember geplante Parteitag auf den Februar nächsten Jahres verlegt.

Seit Fidel Castro seinen Bruder Raúl und Verteidigungsminister zu seinem Nachfolger designiert und damit eine kommunistische Dynastie vorzeichnet, besteht auf Kuba eine neue Arbeitsteilung: Fidel gibt sich international als großer Staatsmann, Raúl erledigt zu Hause die routinemäßige Regierungsarbeit.

Zum ersten Mal in den 26 Jahren der kubanischen Revolution, so verlautet aus Havana, gibt es Spannungen zwischen Partei und Armee.

Kubas höhere Offiziere, so wollen Beobachter wissen, sind mit der politischen Führung in Havana unzufrieden – weil sie das Engagement in Angola nicht beendet, weil sie das Militär zum Sündenbock für das Debakel in Grenada abstempelte und weil sie mit dem ständigen Schüren der Invasionsangst die Abwehrbereitschaft der Kubaner im Falle eines US-Angriffes nur ermüdet.

50 000 Afghanen zwangsverschickt

Zur Indoktrinierung in die UdSSR und ihre Satelliten / Auch Schulkinder betroffen

WALTER H. RUEB, Bonn

Zwischen Juli 1980 und Dezember 1984 wurden 46 772 Afghanen in die UdSSR und 6174 in die „DDR", nach Bulgarien und Kuba zur Ausbildung und Indoktrinierung geschickt. Die Verschickungsdauer lag bei durchschnittlich zwei Jahren. Diese Zahlen und weitere Angaben über diese unfreiwilligen Reisen erfuhr die WELT vom afghanischen Widerstand, der sich auf geheime Informationen von Mitgliedern der Regierung Karmal in Kabul stützt.

In der letzten Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag hatte Jürgen Möllemann, Staatsminister im Auswärtigen Amt, dieses Thema angeschnitten. Im Herbst 1984 seien rund 10 000 Kinder aus dem sowjetisch besetzten Afghanistan in die UdSSR gebracht worden, sagte er. Die Regierung besitze keine nähere Kenntnis über diese Vorgänge. Sie nehme jedoch an, es sei beabsichtigt, dadurch Kader heranzuziehen, die in allen Bereichen des öffentlichen Lebens sowjetische Interessen vertreten.

Kinder jedoch müssen, wie die WELT weiter erfuhr, fünf bis zehn Jahre in der Sowjetunion bleiben. Oft werden sie ohne Wissen ihrer Eltern in die Sowjetunion verschickt. In vielen Fällen benützen die Behörden des kommunistischen Regimes in Kabul Krankenhausaufenthalte von Kindern dazu, Transporte zusammenzustellen. In bombardierten Dörfern und Städten sammeln Angehörige der afghanischen Armee überlebende Kinder und bringen sie zu Sammelstellen, von wo die Kleinen anschließend nach Kabul und später in die Sowjetunion gebracht werden.

Aus dem gesamten öffentlichen Leben Afghanistans werden regelmäßig Gruppen von Moskau-Reisenden zusammengestellt. Aus der Demokratischen Volkspartei von Afghanistan bekamen 15 965 Personen den Marschbefehl.

Die Gesamtzahl schlüsselt sich wie folgt auf: 177 Personen von Jugendorganisationen, 11 800 Parteimitglieder für Sonderausbildung und Sprengkörper, 824 Angehörige von im Kampf gegen den Widerstand gefallenen Parteimitgliedern, 2000 Parteimitglieder aus der Provinz, 24 Ausschuß-Sekretäre und 740 Angehörige der Abteilung Sonderinformation.

Armee und Polizei entsandten gleichfalls starke Kontingente in die „Bruder-Nation". Darunter waren im genannten Zeitraum 440 aktive und 7000 Reserve-Offiziere, die vor allem zu Sprengstoff-Spezialisten ausgebildet wurden. Bei der Polizei schlüsselten sich die Kontingente so auf: allgemeine Polizei 1080, Sonderkriminalpolizei 300 Abgeordnete. Letztere reisten im Regelfall in die „DDR", wo sie mit neuartigen Verhör- und Foltermethoden vertraut gemacht wurden.

Auch aus dem staatlichen Verwaltungsapparat wurden Arbeiter und Beamte in die Sowjetunion geschickt. Einschließlich von Angehörigen der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt belief sich ihre Zahl auf 1093, wobei die Arbeiter im öffentlichen Dienst mit 900 die stärkste Gruppe stellten.

Im genannten Zeitraum wurden auch 2332 Studenten, 1238 Angehörige von Stämmen und Nationalitäten, ferner Mullahs, Stammesälteste und Vertreter islamischer Organisationen nach Moskau geschickt, schließlich noch 2100 Personen, deren Berufe und Herkunft unbekannt sind. Die größte Gruppe bildeten die Kinder: 1478 waren zwischen acht und 14 Jahre alt, 19 920 zwischen vier und acht Jahre alt (!).

In den genannten Zahlen sind die Personen nicht berücksichtigt, die vom afghanischen Geheimdienst Khad in die UdSSR deportiert wurden. Nach Angaben eines Überläufers wurden vom Khad im vergangenen Jahr 3600 Personen, in den Jahren davor alljährlich rund 1800 nach Moskau geschickt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein erfreuliches Signal

„Verwaltung noch nie so in Frage gestellt"; WELT vom 31. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

die auf Initiative von Ministerpräsident Späth eingesetzte Kommission zwecks Reformierung des öffentlichen Dienstes ist ein erfreuliches Signal. Zeigt es doch, daß endlich einmal aus den eigenen Reihen konstruktive Vorschläge für den Abbau des personell ausgeuferten öffentlichen Dienstes gemacht werden.

Die Bulling-Kommission gelangt danach zu dem Ergebnis, daß in den Ministerien ein Personalüberhang von mindestens 20 Prozent besteht! Es darf wohl nicht bezweifelt werden, daß diese signifikante Feststellung auch als Meßlatte für die Bundesministerien, die der Länder und für die Kreis- und Kommunalbehörden – ausgenommen Sicherheitskräfte und Finanzverwaltungen – angesehen werden kann.

Es ist zum Beispiel unverständlich, warum das Land Niedersachsen in seiner Staatskanzlei 309 Mitarbeiter beschäftigen muß, obwohl alle Fachministerien jederzeit verfügbar sind. Gleiches gilt auch für das Ministerium für Bundesangelegenheiten, das sogar stolze 397 Mitarbeiter benötigt.

Die Frage sei erlaubt, mit welchen schwerwiegenden Problemen sich die Mitarbeiter dieser beiden Dienststellen täglich zu befassen haben. Demgegenüber weist die Stellenbesetzung des Landesrechnungshofes bei 193 000 Bediensteten des Landes Niedersachsen ganze bescheidene 90 Mitarbeiter aus; eine unübersehbare Diskrepanz.

Was für Niedersachsen gilt, trifft auch für alle anderen Länder zu, von den personell total überbesetzten Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin ganz zu schweigen.

Ministerpräsident Späth und Regierungspräsident Bulling handelten, um an den Kern der Sache zu gelangen. Werden die Ministerpräsidenten der anderen Länder folgen?

Nach wie vor steigen jedoch die Personal- und Sachkosten im öffentlichen Dienst jährlich immer weiter an; sie erhöhten sich von 93 Milliarden Mark in 1970 auf 271 Milliarden Mark in 1983. Das sind 191 Prozent oder eine Verdreifachung in nur 13 Jahren. Der Personal- und Sachkostenaufwand erreichte bereits 1982 fast 72 Prozent des Gesamtsteueraufkommens der Bundesrepublik von 378 Milliarden Mark.

Parallel zu dem erforderlichen Einschnitt bei den Subventionen ist auch ein personeller Abbau des öffentlichen Dienstes über eine vorgezogene Pensionierung ab dem 60. Lebensjahr erforderlich – ohne daß die dann freiwerdenden Planstellen wieder besetzt werden. Anders ist die notwendige quantitative Verringerung des öffentlichen Dienstes, insbesondere bei den höheren und gehobenen Planstellen, um mindestens 20 Prozent nicht mehr durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen
H. Behrendt,
Bendestorf

Von Wein und Wahrheit

Jeden Tag wird über die verbrecherischen Panschereien berichtet. Verwundert bin ich darüber, daß bisher nicht nach dem oder den Herstellern des Diäthylenglykols gefragt wurde.

Anhand der Kundenlisten des oder der Hersteller müßte es doch ein Leichtes sein, zu klären, ob der Kunde das Diäthylenglykol branchenüblich (z. B. Frostschutzmittel) braucht, oder ob der Kunde es zu nicht bekannten Zwecken abruft (und unter Umständen auch noch Überpreise zahlt).

Die Hersteller müßten nur gehalten sein (wenn nicht schon üblich), für dieses Gift ein genaues Abgabebuch zu führen, das von Zeit zu Zeit überprüft werden kann. Im übrigen könnte auch bei dubiosen Kunden die Abgabe zunächst verweigert werden, bis dieser Kunde nicht genauere Angaben über den Zweck seines Gebrauchs gemacht hat.

Diese Überlegung ändert zwar nichts an den erfolgten Panschereien, sie kann aber bei der üblichen Vergeßlichkeit verhindern, daß nach einiger Zeit wieder Diäthylenglykol zweckfremd verbraucht wird.

Dr. K. R. Jacobi,
Marl

*

… „Ihre Person in Ehren, aber Ihren Champagner sollte die Polizei verbieten. Vor acht Tagen habe ich mich verleiten lassen, eine halbe Flasche davon zu trinken, und noch heute hat meine Natur sich nicht von diesem Angriff erholt. Was für Krätzer verstechen Sie eigentlich zu diesem Gebräu? Ist es Petroleum oder Fusel, was Sie bei der Dosierung zusetzen? Kurzum, das ist Giftmischerei. Fürchten Sie die Gesetze!"

… „aber ich muß billig herstellen, weil das Vorurteil gegen die heimischen Fabrikate es so will – kurz, ich gebe dem Publikum, woran es glaubt. Außerdem sitzt die Konkurrenz mir im Nacken, lieber Freund, so daß es kaum noch zum Aushalten ist."

Zufällig stieß ich heute auf das „Geheimrezept" der Winzer, das ja wohl seit mindestens 30 Jahren bekannt ist (und praktiziert wird?), als ich die ersten Seiten meiner Urlaubslektüre: Thomas Mann, Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull, Frankfurt 1954, aufschlug. Ob mir die folgenden fast 300 Seiten noch mehr altbewährte Tips bringen?

Mit freundlichen Grüßen
H. Tewes,
Münster

Ohne Krawall

„Der Freibrief"; WELT vom 29. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für den ausgezeichneten Leitartikel von Enno v. Loewenstern. Sollte sich inzwischen der Weg durch die Institutionen erfüllt haben – sind die „linken Vögel" inzwischen in führende Positionen aufgerückt? Warum darf man in Brokdorf Krawall machen?

Ich komme des öfteren nach Antwerpen. Dort gibt es zwei Kernkraftwerke. Nie ist dort Krawall, die Werke arbeiten komplikationslos. Warum muß man bei uns Krach machen?

Mit freundlichen Grüßen
E. Hellmann,
Hamburg 13

Alt bedauert

Liebe Kollegen,

unter der Überschrift „Alts Schimpfkanonade" unterstellen Sie mir „Unkorrektheit" in der letzten „Report-Sendung". In Ihrem Artikel zitieren Sie allerdings meinen Kollegen Wolfgang Moser unkorrekt. Er hat die „Bild"-Zeitung nicht als eine „verbrecherische Organisation" bezeichnet.

Er hat vielmehr den in der Sendung anwesenden stellvertr. Chefredakteur der „Bild"-Zeitung, Hans-Erich Bilges, gefragt: „Läßt sich aus diesen Methoden (gemeint sind einige Artikel der „Bild"-Zeitung) nicht eher auf eine kriminelle Vereinigung als auf die Tätigkeit einer Tageszeitung schließen?"

Hans-Erich Bilges hatte die Möglichkeit, auf diese Frage zu antworten.

Unabhängig davon: Auch mir und anderen Kollegen im Südwestfunk hat Mosers Ausdruck „kriminelle Vereinigung" nicht gefallen. Ich bedaure diesen Ausdruck.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Franz Alt,
Südwestfunk, Baden-Baden

Besseres Gefühl?

Als „Telephon-Pfarrer" (von Ihnen im Artikel vom 21. Mai so bezeichnet) muß ich die Aufstellung der Vorwahlen aus dem Ferienland nach „Deutschland" als unvollständig bezeichnen; denn zu Deutschland gehört auch die DDR.

Hier ein Beispiel unserer französischen Nachbarn: In den Filialen der Nationalbank liegen Informationsblätter über das Telephonieren von Frankreich ins Ausland aus, leider nur in Französisch. Es wird erklärt, daß nach der 19 und einem Ton die Landeskennzahl, die Ortsnetzkennzahl und die Rufnummer zu wählen sind. Anschließend werden die Länder mit ihren Kennzahlen alphabetisch aufgeführt, zum Beispiel:

Allemagne (Deutschland):
République Démocratique 37
République Fédérale 49

Haben die Franzosen ein besseres Gefühl dafür als wir Deutsche, daß die beiden Staaten eigentlich unter der Überschrift „Deutschland" zusammengehören?

Pfarrer M. Beck,
Lünen

Langlebig

„Die Lieder und Epen Ossians"; WELT vom 23. Juli

Ihr schöner Beitrag macht nur unzulänglich deutlich, wie lange sich diese Fälschung aus dem Jahr 1760 gegen Zweifler gehalten hat. Jacob Grimm (1857) war nicht der letzte, der sich für die Echtheit eingesetzt hat.

Zu lesen ist im großen Brockhaus-Lexikon aus dem Jahr 1894: „Sicher hat Macpherson die Lieder stark verändert und mit eigenen Zutaten versehen, doch ist es unwahrscheinlich, daß er den gälischen Text aus dem Englischen übersetzte. Denn zahlreiche Aussagen Unverdächtiger bezeugen das Vorhandensein gälischer Originalhandschriften für Macphersons Zeit, von denen nur unglückliche Zufälle uns keinen unmittelbaren Beleg erhalten haben."

Der sichere Beweis der Fälschung gilt erst seit 1895 als erbracht, durch den Berliner Keltist Stern in einer Zeitschrift für vergleichende Literaturgeschichte.

Dr. G. Falkenroth,
Nürnberg 50

Wort des Tages

„Interessante Selbstgespräche setzen einen klugen Gesprächspartner voraus."

H. G. Wells; brit. Autor (1866–1946)

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Journalist, Publizist und Kommunikationswissenschaftler, Professor **Otto B. Roegele**, feiert am 6. August seinen 65. Geburtstag. Der aus einer katholischen Familie stammende Sohn eines Gymnasialprofessors ist seit 1963 Ordinarius auf dem traditionsreichen Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft der Münchner Universität. Roegele, auch Leiter des Instituts für Kommunikationswissenschaft, wird zum Ende dieses Hochschulsemesters emeritiert. Der gebürtige Heidelberger war von 1949 bis 1963 Chefredakteur des „Rheinischen Merkur" und zeichnet zusammen mit **Hans Maier**, **Christa Meves** und **Roman Herzog** heute als Herausgeber der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur/Christ und Welt". Roegele, von der katholischen Jugendbewegung „Neudeutschland" geprägt, studierte Philosophie, Geschichte sowie Medizin in München, Heidelberg, Erlangen und Straßburg. Kurz vor Kriegsende promovierte er im April 1945 gleichzeitig zum Dr. phil. und zum Dr. med. Der Gründungspräsident der Hochschule für Fernsehen und Film in München (1966) leitete mehrere Jahre lang die Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Zeitungswissenschaft. Von **de Gaulle** erhielt Roegele 1965 das Ritterkreuz der Ehrenlegion für seine Förderung deutsch-französischer Journalistentreffen. 1968 bekam er den Bayerischen Verdienstorden, 1982 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik und das österreichische Große Silberne Ehrenzeichen.

*

Claus Hinrich Casdorff, stellvertretender Chefredakteur des WDR-Fernsehens, begeht am 6. August seinen 60. Geburtstag. Zu der Geburtstagsfeier im Hotel Bellevue in Rhöndorf haben sich etwa hundert Gäste, darunter Alt-Bundespräsident **Walter Scheel**, der Düsseldorfer Oppositionsführer **Bernhard Worms** (CDU), der DRK-Präsident **Prinz Sayn-Wittgenstein** (CDU) und **Otto Graf Lambsdorff** (FDP) angesagt. Casdorff, Mitglied der F.D.P., begann seine Karriere nach Kriegsteilnahme 1947 beim damaligen NWDR in seiner Heimatstadt Hamburg. Als Leiter der Sendungen „Monitor" „Im Kreuzfeuer" „Gegenrede" und „Ich stelle mich" wurde er, oft kritisiert, einem größeren Zuschauerkreis bekannt.

EHRUNG

Die Journalistinnen **Jutta Roitsch**, **Cora Stephan** und **Eva Koch-Klenske** sind von der hessischen Landesregierung mit dem mit insgesamt 20 000 Mark dotierten „Elisabeth-Selbert-Preis" ausgezeichnet worden. Der Preis wird aufgeteilt: Die Auszeichnung für Jutta Roitsch ist mit 10 000 Mark dotiert, Cora Stephan und Eva Koch-Klenske erhalten 6000 sowie 4000 Mark. Der Preis wird seit 1983 jährlich in Anerkennung hervorragender journalistischer oder wissenschaftlicher Leistungen verliehen, die das Verständnis für die besondere Situation der Frau und die Notwendigkeit einer partnerschaftlichen Entwicklung in der Gesellschaft fördern. Ministerpräsident **Holger Börner** (SPD) wird die Ehrungen am 25. September überreichen.

RUHESTAND

Der Leiter der Berliner Dienststelle von Generalbundesanwalt **Kurt Rebmann** und Bevollmächtigte des Geschäftsbereichs Justiz der Bundesregierung an der Spree, Bundesanwalt **Norbert Oberle**, ging am 1. August in den Ruhestand. Der 62jährige war seit 1969 Bundesanwalt. Seit 13 Jahren arbeitete Oberle in Berlin. Als sein Nachfolger ist jetzt Bundesanwalt **Rolf Heldenberg** bestellt worden. Er kommt aus der Berliner Justiz und gehört der Bundesanwaltschaft seit 20 Jahren an.

Der frühere langjährige Präsident der badischen Landessynode, **Wilhelm Angelberger**, ist kurz nach Vollendung seines 76. Lebensjahres in Mannheim gestorben. Angelberger, der seit mehreren Wochen an einer schweren Krankheit litt, stand von 1960 bis 1984 an der Spitze der Landessynode. Der aus Hockenheim stammende Angelberger, der bis 1974 Präsident des Landgerichts Mannheim war, hat die Grundordnung der badischen Landeskirche entscheidend mitgeprägt.

Sowjets erneuern Berlin-Eklat

■ Fortsetzung von Seite 1

gen der sowjetischen Nationalhymne eingeholt wurde und das Festivalfeuer über dem Stadion erlosch.

Die propagandistische Hauptabsicht Moskaus, die ZK-Sekretär Boris Ponomarjow schon vor dem Festival ausgedrückt hatte, war vollkommen verwirklicht: Es müsse demonstriert werden, wer an den internationalen Spannungen und am Wettrüsten schuld ist. Ponomarjow sagte: „Die Fakten zeigen eindeutig, daß die Verantwortung dafür die aggressiven Kreise der NATO tragen, vor allem die imperialistischen Kreise der Vereinigten Staaten." Moskau kann sich selbst beglückwünschen zu dieser, wie gewünscht, gelungenen Polit-Spartakiade. Die XIII. Weltjugendfestspiele sollen in Manila stattfinden.

Die schwedische Delegation richtete in Moskau ein Protestschreiben an die sowjetischen Organisatoren. In dem Schreiben hieß es, daß eine von den Schweden verlesene Afghanistan-Erklärung an den besonders kritischen Stellen bei der Simultanübersetzung unzutreffend wiedergegeben worden sei. In der Erklärung war die sowjetische Truppenpräsenz in Afghanistan als ein Bruch des Völkerrechts bezeichnet worden.

DW. Frankfurt

Nach der Rückkehr aus Moskau zeigte sich die Delegation der Bundesrepublik jedoch in einem vorläufigen Resümee über den Verlauf des Festivals mit den Ergebnissen „zufrieden". Wie vier Sprecher am Sonntag auf dem Frankfurter Flughafen erläuterten, hätten die mehr als 500 deutschen Teilnehmer zwar bis zuletzt mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Unter dem Strich habe es sich aber „gelohnt", sagte Tilmann Schmieder von der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend. Klaus Westermann, Bundesjugendsekretär des DGB, meinte, in Moskau habe es in politischen Fragen – gemessen an den vorherigen Festivals in Ost-Berlin und in Kuba in den Jahren 1973 und 1978 – eine „bemerkenswerte Öffnung" gegeben.

Westermann deutete jedoch an, daß es bei der Zusammenarbeit einzelner Jugendverbände künftig „erhebliche Probleme" geben werde. Nach anderthalbjähriger gemeinsamer Vorbereitung des Moskauer Festivals habe der Ausschuß während der Festspiele praktisch nicht mehr existiert. Damit sei das Ende der Fahnenstange erreicht.

Strauß: Arbeitslosigkeit bestimmt Wahlen 1987

CSU-Chef sieht in SPD-Kandidaten keine ernste Konkurrenz

PETER PHILIPPS, Bonn

Nach Meinung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß kann 1987 keiner der möglichen SPD-Kanzlerkandidaten „einem Kanzlerkandidaten der CDU, in diesem Fall Helmut Kohl, ernsthaft gefährlich werden, wenn nicht gravierende weitere Fehler gemacht werden". Im übrigen sei Brandt „wohl kein ernsthaftes Angebot mehr", Rau mache zwar „einen guten Eindruck auf die Menschen, ob er allerdings der Dimension und auch der Härte des Kanzleramtes gewachsen ist, das ist eine andere Frage". Nur der Amtsvorgänger, „ein Typ wie Helmut Schmidt, könnte für Helmut Kohl gefährlich werden", doch „kein Mensch spricht mehr, auch innerhalb der SPD, ernsthaft von ihm", sagte Strauß gestern abend in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven".

Der bayerische Ministerpräsident geht jedenfalls im Gegensatz etwa zum Bonner Regierungssprecher Friedhelm Ost davon aus, daß die Bundestagswahl 1987 mit dem „Hauptthema Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Problemen" bestritten und entschieden wird.

Den Kleinkrieg zwischen den beiden kleineren Koalitionspartnern führte Strauß mit dem Hinweis fort, die CSU habe es „nicht nötig", laufend die Fortdauer der Kanzlerschaft Kohls zu betonen: „Aber die FDP macht ja diesem Kanzler dauernd die größten Schwierigkeiten, die Wende glaubhaft zu demonstrieren", etwa in der Rechtspolitik. „Ich habe manchmal den Eindruck, daß die FDP lautstarke Schwüre auf Person und Politik des Kanzlers ablegt, aber in Wirklichkeit dann vieles tut, um seine Politik zu erschweren."

Trotz mancher Probleme erwartet Strauß nicht, daß eine Kabinettsumbildung „Gegenstand einer Koalitionsrunde sein wird". Die CSU werde jedenfalls so dicht vor der nächsten Bundestagswahl „von uns aus keine Änderungen vorschlagen".

Für die Zeit nach 1987 aber habe er sich auf seine „konkret gestellte Frage" von Kohl bereits bestätigen lassen, daß „die Koalitionsabsprache für die Arbeitsdauer der jetzigen Regierung" nur gelte. Strauß erinnerte die FDP daran, daß die CDU mit Außen- und Wirtschaftspolitik „groß geworden" sei.

Pinochets neuer Polizeichef gibt sich unpolitisch

Blutige Massendemonstrationen führen zu 79 Festnahmen / „Das Wort hat die Justiz"

WERNER THOMAS, Miami

Am 30. März wurden in der Nähe des Pudahuel-Flughafens der chilenischen Hauptstadt Santiago die Leichen von drei entführten Oppositionsvertretern entdeckt. Die Hälse der Toten waren aufgeschlitzt. Der dreifache Mord hat die Nation wie kein anderes Verbrechen der vergangenen Jahre beschäftigt und nun die Militärregierung erschüttert: Am Wochenende trat Polizeichef und Junta-Mitglied General Cesar Mendoza zurück.

Mendoza (66) reagierte auf die Ermittlungen des zivilen Richters José Canovas, der Vorwürfe gegen 14 Polizeibeamte erhob. Zwei wurden festgenommen, die zwölf anderen dürfen das Land nicht verlassen. Unter ihnen befindet sich Oberst Luis Fontaine, der Geheimdienstchef der Carabineros.

Während Hunderte Demonstranten „Mörder, Mörder" schrien und der Polizei blutige Straßengefechte lieferten – es gab 79 Festnahmen und 13 Verletzte –, vereidigte Staatschef Augusto Pinochet den bisherigen Stellvertreter General Rodolfo Stange am späten Freitagabend zum Nachfolger Mendozas. Pinochet erinnerte Stange an seine „historische Verantwortung" und benutzte die im Fernsehen übertragene Veranstaltung, die Opposition scharf vor weiteren Protestaktionen zu warnen. Die Regierung werde „alles tun, um die Ordnung und Ruhe der Bürger aufrechtzuerhalten".

Mendoza entschloß sich zum Rücktritt, weil er immer wieder die Carabineros gegen Vermutungen verteidigt hatte, sie seien in dieses Verbrechen verwickelt. Solche Vermutungen wurden von Familienmitgliedern und Anwälten der Opfer geäußert. Die drei Männer könnten von Kommunisten ermordet worden sein, sagte er einmal. Die drei Männer, ein Lehrer, ein Soziologe und ein Künstler, gehörten der Kommunistischen Partei an. General Pinochet verurteilte die Mordfälle und versicherte, die Verantwortlichen würden zur Rechenschaft gezogen.

Politische Beobachter in Santiago zeigten sich überrascht über diese Entwicklungen. Nirgendwo in Lateinamerika genießt ein Polizeiverband ein so hohes Ansehen wie in Chile. Die dunkelgrün uniformierten Carabineros waren bisher selten mit Menschenrechtsdelikten in Verbindung gebracht worden. Mendoza hatte versichert, keine politischen Ambitionen zu haben. Die anderen drei Junta-Vertreter, Armeegeneral Raul Benavides, Marine-Kommandeur José Merino und Luftwaffenchef Fernando Matthei, hatten mehr Einfluß als er. Mendoza diente jedoch seit dem Militärputsch vor fast zwölf Jahren (September 1973) in diesem Gremium. Nur Merino ist schon so lange Junta-Mitglied.

Rodolfo Stange, 59, wie Matthei ein General deutscher Abstammung, der die deutsche Sprache perfekt beherrscht, gibt sich ebenfalls zurückhaltend. Er läßt keinen Zweifel an Pinochets Machtanspruch, den die Opposition bestreitet. Aufgrund der Verfassung von 1980 kann der General bis mindestens 1989 regieren. Zu den Vorwürfen gegen die 14 Beamten wollte der neue Carabinero-Chef bisher keine Stellung nehmen. Auf Fragen von Journalisten antwortete er: „Das Wort hat die Justiz." (SAD)

„Geschichtliche Wahrheit nicht beschönigen"

KNA, Passau

Eine gemeinsame Erklärung tschechischer und deutscher Katholiken zum 40-Jahr-Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Sudetendeutsche katholische Ackermann-Gemeinde und das von Exil-Tschechen getragene Opus Bonum vorgelegt. In der beim 22. Bundestreffen der Ackermann-Gemeinde in Passau veröffentlichten Erklärung bekennen sich beide Organisationen „ohne Verdrängung und Beschönigung zur ganzen geschichtlichen Wahrheit". Wirklicher Friede in Europa werde entscheidend von der christlichen Substanz und von einer Bereinigung der zwischen den Deutschen und ihren slawischen Nachbarn bestehenden Kontroversen abhängen, heißt es in der Erklärung. Freiheit und Selbstbestimmung der Völker seien eine entscheidende Grundlage für die Zukunft Mitteleuropas und der böhmischen Länder.

Beide Organisationen zeigen sich davon überzeugt, daß Begegnungen, ein intensiveres deutsch-tschechisches Gespräch und vor allem eine Gemeinschaft im Glauben den Boden bereiten würden, auf dem Überlegungen für die Gestaltung der Zukunft und die Sicherung des Friedens in Mitteleuropa angestellt werden könnten.

Der Blick auf die 1000jährige Nachbarschaft von Tschechen und Deutschen zeige zwar politische Verirrungen, Gewalt, Unrecht und Schuld, doch seien aus der deutsch-tschechischen Nachbarschaft auch immer wieder „segensbringende hohe Zeiten des Glaubens, der kirchlichen Erneuerung, des sozialen Fortschritts und kultureller Leistungen von europäischer Bedeutung" erwachsen.

Sowjetunion setzt „Nadelstichpolitik" gegen Berlin fort

AP, Stuttgart

Auch nach dem Führungswechsel in Moskau ist die Sowjetunion nach Meinung des Berliner Senators Scholz bemüht, ihre „Nadelstichpolitik gegenüber Berlin" mit dem Ziel fortzusetzen, „West-Berlin möglichst als dritten deutschen Staat darzustellen". In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks sagte der Senator gestern weiter, eines der wichtigsten Themen künftiger Verhandlungen mit der „DDR" sei die Anhebung der Eisenbahnverbindungen zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet auf einen Leistungs- und Komfortstandard, wie er bereits mit den Intercity-Zügen in der Bundesrepublik erreicht worden sei. „Wir müssen in Europa unter Berücksichtigung der mitteleuropäischen Gesamtlage daran denken, daß wir eine große, moderne Ost-West-Achse haben müssen, die von Paris über Hannover, über Berlin bis Warschau und vielleicht eines Tages bis Moskau reichen kann."

Strauß und Genscher bleiben uneins

● Fortsetzung von Seite 1

Es war die seit vielen Jahren bekannte, inzwischen fast in Formeln gegossene Argumentation, mit der Genscher seine außenpolitischen Vorstellungen gegenüber dem „Spiegel" vorbrachte und sich zugleich von Strauß distanzierte, ohne dessen Namen auch nur einmal auszusprechen.

Es gehe, so der Außenminister, darum, daß „die Außenpolitik dieser Regierung auch die Aufgabe hatte, die Kontinuität sicherzustellen, nachdem in einer wichtigen Frage der Sicherheitspolitik die Sozialdemokraten die ursprüngliche Position des Bundeskanzlers Schmidt verlassen hatten". Natürlich „unterhält man sich" über die „Fortentwicklung der Außenpolitik, über neu auftauchende Fragen" – etwa „zwischen dem Bundeskanzler und mir, im Kabinett, im Bundessicherheitsrat, in der Koalitionsspitze".

Auf Strauß angesprochen, antwortete Genscher: „Wenn es gewünscht wird, daß ein Gespräch über Außenpolitik mit den Parteivorsitzenden stattfindet, werde ich der letzte sein, der nicht mit Freude einer solchen Einladung Folge leistet."

Aber unmittelbar in diesem Zusammenhang, noch unter Bezug auf Strauß, fügte Genscher den Satz an: „Ich warne davor, unsere Außenpolitik Wechselbädern auszusetzen." Gerade die deutsche Außenpolitik habe „einen wesentlichen Anteil daran, daß es nicht zu einer neuen Eiszeit" zwischen Washington und Moskau gekommen sei. Und er sprach, ähnlich wie etwa auch die SPD-Führer Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel, vom „stärkeren Identitätsbewußtsein Europas", beispielsweise in sicherheitspolitischen Fragen: „Europa muß mehr sein als eine Klimaanlage im Verhandlungsraum der Großmächte." Daraus folgt für Genscher auch das Bemühen um eine „gemeinsame europäische Position" zum SDI-Angebot der USA: „SDI ist nicht in erster Linie ein technologisches, sondern ein strategisches Problem, ein Problem der Einheit des Bündnisses, der Stabilität und letztlich auch des West-Ost-Verhältnisses." Und auch zu dieser, seiner SDI-kritischen Position zog Genscher wie ein Schutzschild den Kanzler heran: Kohl habe ebenfalls gesagt, „SDI bedeute für die NATO Chance und Risiko zugleich". Und auf dem CDU-Bundesparteitag habe Kohl angekündigt: „Je mehr es in Genf gelingen wird, die nuklearen Offensivwaffen in Ost und West einschneidend zu reduzieren, desto überflüssiger könnte es werden, weltraumgestützte Systeme zu stationieren." „Kontinuität und Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik" – diese Begriffe durchziehen Genschers Argumentation wie ein roter Faden, mit ihnen blockt er alle Kritik etwa von Strauß ab, auch „zum Beispiel in der Afrika-Politik".

Strauß monierte auch, daß Genscher den Bundespräsidenten in wesentlichen Fragen als Kronzeugen auch in Abgrenzung gegen Helmut Kohl zitiert, ihm „die politische Meinungsführerschaft zugesprochen" habe. Zwar sei Richard von Weizsäcker „ein Meister des Wortes und ein Liebling der Medien", aber – so die unmißverständliche Mahnung – „nach der Verfassung bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik, jedenfalls für sein Kabinett".

Sowjetoffiziere in polnischer Wehrakademie

JGG, Köln

Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Polens wurden jetzt auch sowjetische Offiziere als Absolventen von Polens höchster Polit-Offiziersschule, der „Felix-Dzierzynski-Militärakademie für politische Wissenschaften" in Warschau in einer Feierstunde verabschiedet.

Die Akademie bildet Absolventen von Polit-Offiziersschulen aus, die anschließend als Stabs-Politruks zu den Streitkräften oder zum militärischen Geheimdienst gehen. Wie ein Kenner der polnischen Armee erklärte, war die Existenz von Sowjets als Studenten an polnischen Wehrakademien bisher unbekannt.

An der genannten Wehrpolit-Akademie gab es noch bis in die 60er Jahre russische Generale als Dozenten. Außerdem dienten in der Armee sowjetische Offiziere und Generale polnischer Herkunft. Der herausragendste Repräsentant war Verteidigungsminister Marschall Konstanty Rokossowski.

Moskauer Minister „zurückgetreten"

rtr, Moskau

Der sowjetische Minister für das Bau- und Tiefbauwesen, Witali Tschudin, ist nach Angaben des sowjetischen Fernsehens im Alter von 55 Jahren in den Ruhestand getreten. Sein Amt wird von dem bislang unbekannten Jewgeni Wornatschow übernommen werden. Das Fernsehen gab keine Gründe für den Personalwechsel bekannt.

Es ist bereits die achte ministerielle Neubesetzung seit der Ernennung Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU am 11. März.

Vereine in Deutschland: Der „Rocking Club Berlin"

Von der Revolte zum e. V.

Im Februar 1953 zog der damals 25jährige Horst Todt mit ein paar Freunden los, um einen Tanzsportclub in das Berliner Vereinsregister eintragen zu lassen. Die Idee kam ihm im berühmten Jazzclub „Badewanne", wo man bis zum Muskelkrampf Boogie-Woogie und Jitterbug und jene neuen Rhythmen aus der Rhythmen-and-Blues-Ecke tanzte, die noch keinen richtigen Namen hatten. Deshalb firmierte man – bis heute – als „Rocking Club Berlin".

Erst 21 Monate später tauchte dann als Titel einer New Yorker Radiosendung des legendären Discjockeys Alan Freed der Terminus „Rock'n' Roll" auf, der in der Folgezeit zum belzebübischen Reizwort für Moralisten und zur rhythmischen Internationale der Jugend wurde. Fünf Jahre

Vereine in Deutschland – ZDF, 22.05 Uhr

nach der Vereinsgründung demolierten Rock 'n' Roll-Fans den Berliner Sportpalast. Als Berliner Bürgermeister distanzierte sich Willy Brandt von dem Tumult, der kein typisches Phänomen der Stadt sei, aber ihrem guten Ruf schade.

Für die Propaganda-Strategen in Berlin-Ost lieferte dieses Bill-Haley-Konzert den Stoff, aus dem beste Science-fiction ist. Der damalige Verteidigungsminister-Ost, Willy Stoph, griff seinen Amtskollegen-West, Franz Josef Strauß, heftig an und behauptete gar, Haleys Mission sei es, hysterische Begeisterung unter der deutschen Jugend zu schüren und sie „mit Rock 'n' Roll in's Massengrab zu führen" ... Nun, diese Musik hat nicht nur die kalten Krieger überlebt.

Sie ist aktuell und musikalisch frisch wie am ersten Tag, und das erklärt wohl auch, warum es den „Rocking Club Berlin" immer noch gibt. Heute wie in der Gründungszeit geht es um den Tanzsport. Inzwischen ist aus der Abkehr vom Jugendheim, das einst mit Rock 'n' Roll um Besucher buhlte, ein etabliertes Dasein als eingetragener Verein unter dem Dach des Deutschen Sportbundes geworden. Und die Zeiten, in denen Horst Todt und seine Freunde den Walzer-Freaks und Tango-Süchtigen beweisen wollten, daß auch Rock 'n' Roll schweißtreibender Leistungssport ist, sind längst vorbei. Deutsche Meisterschaftsehren gibt's schon lange zu den Klängen der einstigen Jugendverführer ...

Todt selber, heute Steuerberater im Berliner Süden, schaffte es bis zum Weltmeister des beweglichen Genres und ist noch heute Titelträger im Dauertanz (für Guinness-Aspiranten: 374 Stunden und 18 Minuten sind zu schlagen).

Ein Mann der großen Schlagzeilen ist er nie gewesen. Das überließ er lieber dem Ex-Karin-Bahl-Gatten Kalle Gaffkus, der allerdings mehr für sich als den Rock 'n' Roll-Tanzsport tat.

Den „Rocking Club Berlin" führt Horst Todt gemeinsam mit seiner Frau Roswitha im Stile eines Familienoberhauptes. Neben den reinen Tanzveranstaltungen pflegt man besonders alles, was Gefühle von Zugehörigkeit und Vertrautheit fördert.

Dem jugendlichen Rockrebellen unserer Tage und seinem Medien-Ziehvater, dem Berufstwen an Sendeanstalten und in Zeitschriften-Redaktionen, mag das e. V.-Dasein angesichts der explosiven Rockrevolten früherer Tage kurios vorkommen. Doch erstens hat Rock heute mehr denn je das R mit Reibach und nicht mehr mit Revolte gemeinsam, zum anderen gibt es im unendlich vielfältigen Panorama deutscher Vereine vom Verein der Bayern in Hamburg bis zum Verein zur Wahrung der Zunftgebräuche im Baugewerbe weitaus muffigere als den quicklebendigen „Rocking Club Berlin".

Das ZDF räumte ihm in einem Film von Karl-Heinz Käfer zwischen dem „heute-journal" und einer Schostakowitsch-Sinfonie interessante dreißig Sendeminuten ein.

PAUL McALLISTER

Tanzen bis zum Muskelkrampf: Rock'n'Roller in Aktion
FOTO: FOTO-PRESS

KRITIK

Beeindruckt von meterhohen Boxen

All die 70 000, die sich zu Pfingsten zwei Tage gleißender Sonne und dröhnenden 75 000 Watt ausgesetzt haben, dürften am Wochenende sehr verwundert gewesen sein. Denn wenn sie via Bildschirm ein Rock-Revival feierten, werden sie sich gefragt haben, warum das ZDF beim **Rock-Pop in Concert** den Höhepunkt eines Festivals direkt zu Anfang „verschießt". Selbst wenn die Fernsehmacher damit bewußt gegen alle Regeln der Dramaturgie verstoßen haben, um die Besten des Musikspektakels nicht zu nachtschlafender Zeit zu senden, ist noch lange nicht einsichtig, warum dem Zuschauer eine völlig verfälschte Reihenfolge vorgespielt wurde; warum er das Gefühl vermittelt bekam, die Gruppe „Foreigner" habe am ersten Abend des Mammutkonzerts die Musikfans aus aller Herren Länder derart begeistert, daß es sich lohnte, doch einmal auf den Campingplätzen nach der Wirkung derartiger Euphorie zu forschen, wo die Gruppe aus Amerika doch den Schlußpunkt des gesamten Happenings setzte.

Damit wäre man auch sogleich beim Moderator Peter Illmann angelangt, der hilflos zwischen den Zelten herumstolperte. Mit einem Minimum an gesunder Selbstkritik hätte er die dortige Ausbeute unter dem Attribut „unergiebig" in den Müll werfen müssen. Der Zuschauer wurde das Gefühl nicht los, daß da ein Moderator eingekauft war, der mit aller Macht auf die Mattscheibe drängte. Dabei waren die Informationen des smarten Ansagers mehr als überflüssig.

Was Stars und Fans gleichermaßen bedauerten – die enorm große Distanz zwischen der Bühne und dem hinter einer mannshohen Wand verbannten Publikum –, fand dagegen bei Illmann keinerlei Erwähnung. Tröstlich, daß zumindest die Organisatoren aus dieser Erfahrung lernten. Wollen sie doch im nächsten Jahr das Festival in einer der Rennkurven starten, um die Massen weiträumiger um und näher an das Geschehen heranrücken zu können. Nicht einmal zu der Auswahl der präsentierten Stücke kann man das ZDF beglückwünschen, sind doch unzählige, für die Stimmung charakteristische Songs und Passagen zugunsten einiger Hitlistenvorgaben unter den Schneidetisch gefallen.

Ein Kompliment gilt es dennoch zu machen: Das Kamerateam hat teilweise hervorragende Einstellungen von den Stars und ihren „Werkzeugen" sowie den Fans und ihren „Survival-Utensilien" eingefangen.

MARTINA SCHLINGMANN

Im Osten nichts Neues über Herrn Bach

Wenn der Dresdner Kreuzchor oder die Leipziger Thomaner zu einer ihrer Bach-Tourneen in die sozialistischen Bruderländer aufbrechen, wird dabei kaum die Bewältigung 40 Jahre zurückliegender Vergangenheit eine Rolle spielen. Man wird sich auch kaum der Illusion hingeben, dem dortigen Publikum neue Informationen zu vermitteln, außer der einer originellen Interpretation; wird also nicht die zweifelnde Frage auf den Lippen tragen, ob denn, neben einem „Komponisten mit revolutionärem Anliegen" wie Schostakowitsch, Bach mit seinem christlichen Glauben den breiten sowjetischen Hörermassen verständlich werden könne.

Solche Aspekte hochzuspielen, solche Illusionen auszukosten, solche Klischees zu kolportieren und mit solchen dummen Fragen arme Interviewpartner zu nerven, bleibt westlichen Fernsehreportern in ihrer Naivität vorbehalten, wenn sie ein Ensemble aus der Bundesrepublik, wie hier Ronald Granz die Frühjahrstournee der Gächinger Kantorei unter der Leitung von Helmut Rilling nach Prag, Krakau, Moskau, Leipzig und Dresden begleiten: **Bach hinterm Eisernen Vorhang** (ARD). Denn Bach ist in Rußland, wo ihm jeder bessere Komponist Huldigungswerke widmet, so populär wie irgendwer, und wenn die Gründung einer tschechischen Sektion der neuen Bach-Gesellschaft noch nicht zustande kam, wird das kaum ideologische Gründe haben – denn nicht vom Westen, sondern von Leipzig aus wird sie seit den 60er Jahren betrieben.

Blieben ein paar schöne Aufnahmen von Städten und von packenden Interpretationen sowie aus Moskau ein Wiedersehen mit dem Pianisten Alexej Ljubimow, der früher oft zu Konzerten und Aufnahmen hierherkam und dies seit längerem nicht mehr darf. Aber in einer produzierten Sendung müßte es doch eigentlich möglich sein, Johannes-Passion und h-moll-Messe auseinanderzuhalten sowie die Namen der Cembalistin Zuzana Ruzickova und des Thomaskantors Hans-Joachim Rotzsch richtig auszusprechen.

DETLEF GOJOWY

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Céleste
Deutscher Spielfilm (1981/82)
11.45 Sterben im Wohlstand?
12.15 Umschau
12.25 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
15.25 Fauna iberica
Schwarzkittel (1)
Dieses zweiteilige Kapitel ist den Wildschweinen gewidmet.
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Wie im Leben ...
Neun sehr verschiedene Geschichten
17.20 Im Schatten der Eule
11. Teil: Der mächtige Caliban
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Eine italienische Legende
Giuseppe Verdi
Letzter Teil: Abschied
21.15 Die liberalen Kaufleute von Lyon
Porträtiert von Ulrich Wickert
21.45 Sieh an, sieh an
Neben Simone Signoret stehen heute abend drei weitere Persönlichkeiten im Brennpunkt von Karin von Fabers Prominentenmagazin: Sie beschäftigt sich mit Alain Perrin, seit drei Jahren Manager des Juwelenkonzerns Cartier, mit dem Undergroundliteraten Charles Bukowski und mit Mstislav Rostropowitsch, dem Meister-Cellisten aus Rußland.
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Mann im Schilf
Spielfilm (1978) von Manfred Purzer
Mit Jean Sorel, Bernhard Wicki, Nathalie Delon u. a.
Die Geschichte spielt im Jahre 1934, zur Zeit der Ermordung des österreichischen Kanzlers Dollfuß.
0.50 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Die Vogelscheuche
15.30 Ferienkalender
16.05 Charlie Brown
16.30 Lassies Abenteuer
Sturmflut (1)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Zug um Zug
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Plansoll Goldmedaille
Sportförderung in der DDR
20.15 Tag für Tag Verdacht
Französischer Spielfilm (1979)
Mit Catherine Rich, Jean-Marc Bory, Anne de Broca u. a.
Regie: Roger Pigaut
21.35 Tierporträt
Goldauge und Blattlauslöwe
21.45 heute-journal
22.05 Vereine in Deutschland
Die Rock'n'Roll-Familie
22.35 Zum Jahr der Musik
Dmitrij Schostakowitsch: Sinfonie Nr. 10 e-moll op. 93
Boston Symphony Orchestra, Leitung: Seiji Ozawa
23.30 Nero Wolfe
Späte Rache
Der alte Herbie, ein Stadtstreicher, erlebt eine unglaubliche Szene: Ein verkleideter Mann beauftragt zwei Killer mit der Ermordung Nero Wolfes und Archie Goodwins. Doch der Alte wird entdeckt und niedergeschossen. Bevor er stirbt, können die beiden Detektive gewarnt werden.
0.15 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Big Valley
15.00 Black Beauty
15.30 Musicbox
16.30 Marco
Fest bei Don Pedro
17.00 Mondbasis Alpha 1
Rückkehr der Toten
18.00 Westlich von Santa Fé
Unter schlechtem Einfluß
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Washington hinter verschlossenen Türen (2)
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Wie Bonn die Überstunden abbauen will – Fragen an Staatssekretär Wolfgang Vogt vom Bundesarbeitsministerium / Ison – Telekommunikation der Zukunft / Porträt: Gestüt Röttgen – Das Geschäft mit dem Galopprennsport / Internationale Börsenberichte
Moderation: Friedhelm Busch
21.00 Galerie Buecher
Die Suche nach Schauspielern
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Das Mädchen von Hongkong
Deutsch-franz. Spielfilm (1972)
Mit Joachim Fuchsberger u. a.
Regie: Jürgen Roland
23.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
33. Doppelt geklebt hält besser
Kompass
Hell und Dunkel (4)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Die Liebe einer Blondine
Tschechoslowakischer Spielfilm (1964)
Mit Hana Brejchová, Vladimir Menšik u. a.
Regie: Miloš Forman
23.05 Kennwort: Kino
Der trunkene Affe im Auge des Tigers – Kung-Fu zwischen Shaolin und Mao
23.30 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.30 Der Regenbogenprinz
Tier verkehrt
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Der Regenbogenprinz
Tier verkehrt
19.00 Das alternative Risiko
Aussteiger als Unternehmer
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Deutschland (4)
Baden-Württemberg

HESSEN
18.30 Der Regenbogenprinz
Tier verkehrt
19.05 Ein Platz für Tiere
Von und mit Professor Bernhard Grzimek
Regie: Hartmut Schottler
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 How well we meant – Die Väter der Atombombe
Amerikanischer Dokumentarfilm (1983)
Drehbuch: Sky Fabin und John McLeod
Regie: Sky Fabin
20.45 Die Geschichte der französischen Besatzungszone
Dokumentation von Hans Jankowski
21.45 Kottan ermittelt
Drohbriefe
Alles andere als eine Idylle ist die Wiener Schrebergarten-Kolonie, in der Kottan und seine Crew nach dem Verfasser anonymer Drohbriefe fahnden.
23.10 Helmut Qualtinger liest
Der ewige Spießer von Ödön von Horvath (5)
23.40 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Verrückter Mittwoch
Amerikanischer Spielfilm (1947/50)
Mit Harold Lloyd u. a.
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.15 Hans Hass (6)
Filmen mit Hindernissen
21.00 Flash Gordon
Die unsichtbare Gefahr
21.15 Rückblende
Vor 90 Jahren: Freuds Traum von Irmas „Injektion"
21.30 Matera liegt im Mezzogiorno
22.15 Jazz am Montagabend
23.30 Hiroshima
1.00 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Jugendschutz – Schutzlose Jugend?
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Direktion City
Aus der Arbeit der Berliner Kriminalpolizei
23.35 Rundschau

Bescherung im Sommer

fu (London) – Alle Jahre wieder kommt der Weihnachtsmann in Großbritannien mitten im Sommer – jedenfalls was die Automobilindustrie anbelangt. Vom 1. August an eines jeden Jahres an schnellen die Verkaufszahlen für Neuwagen rasant nach oben. Langjährige Erfahrungen zeigen, daß im Vereinigten Königreich im Monat August zwischen 15 und 20 Prozent aller neuen Personenwagen eines ganzen Jahres verkauft werden.

Hinter diesem für Ausländer mysteriösen Sommerboom steckt ein einzelner Buchstabe am britischen Nummernschild. In diesem Jahr ist es der Anfangsbuchstabe „C" für alle vom 1. August an bis Ende Juli 1986 neu zugelassenen Fahrzeuge. Der Traum eines Briten scheint mithin zu sein, als erster oder zumindest einer der ersten mit dem neuesten Anfangsbuchstaben herumzufahren und von Nachbarn und Freunden als Besitzer eines nicht nur neuen, sondern eben „funkelnagelneuen" Wagens bewundert zu werden.

Auch wenn immer behauptet wird, den Briten läge jede Art von Status-Denken fern, so sprechen doch die August-Zulassungszahlen eine andere Sprache: Für diesen August rechnet die Automobilbranche mit Neuzulassungen von bis zu 320 000 Pkw. Dies wären knapp 19 Prozent der etwas mehr als 1,7 Millionen im ganzen Jahr 1984 neu zugelassenen Personenwagen.

Einigen britischen Herstellern beginnt der August-Boom Sorgen zu machen. Denn die Einführung des Jahres-Buchstabens am 1. 8. eines jeden Jahres bevorteilt ohne Frage die ausländischen Marken; so sind die Werke in den übrigen europäischen Ländern froh über diese Sondernachfrage in der für sie eigentlich ruhigsten Zeit des Jahres.

Gelegenheit

sg. – Dem deutschen Einzelhandel geht es seit langem nicht mehr so gut, wie er sich das wünscht. Die Umsatzzahlen wachsen, wenn überhaupt, nur noch nominal. An Erklärungen dafür mangelt es nicht. Die Zurückhaltung der Verbraucher wurde schon auf die allgemeine Wirtschaftslage zurückgeführt, auf das Wetter, das zu gut oder zu schlecht, zu warm, zu kalt, zu naß, zu trocken war. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Es fällt auf, daß dem Handel offenbar stets exogene Ursachen lieber sind als die Suche nach möglichen Mängeln bei sich selbst, die etwa in falscher Sortiments- oder Preispolitik, verfehlter Standortwahl und – nicht zuletzt – wenig verbraucherfreundlichen Öffnungszeiten bestehen könnten. Daß die Konsumenten durchaus kauffreudig sind, zeigt die positive Halbzeitbilanz des Sommerschlußverkaufs. Das mag an den stark herabgesetzten Preisen liegen, aber es beweist einmal mehr: Gelegenheit macht Käufer.

KOHLE / Mit der Verlängerung des Hüttenvertrags soll Subventionsabbau beginnen

Die Streichung der Exportbeihilfen würde 300 Millionen Mark bringen

HEINZ HECK, Bonn

Mit der Verlängerung des Ende 1988 auslaufenden Hüttenvertrags will die Bundesregierung auch hier mit dem Subventionsabbau beginnen. Hauptansatzpunkt ist der Export: 1984 wurde jede Tonne exportierter Kokskohle mit 45 Mark subventioniert. Kohle und Stahl haben sich auf eine Vertragsverlängerung verständigt, die der geltenden Regelung sehr ähnlich sieht; sie warten jetzt auf die Zustimmung aus Bonn. Dort fällt die Entscheidung im Herbst.

Sinn des Hüttenvertrags ist, die deutsche Stahlindustrie beim Bezug der Kohle preislich nicht schlechter zu stellen als solche Hütten, die Zugang zum Weltmarkt mit seinem niedrigen Preisniveau haben. Seit 1959 wird die Kohleeinfuhr in die Bundesrepublik streng kontingentiert. Als Ausgleich für die dadurch erzwungene Bindung an teurere deutsche Kohle hat die Bundesregierung 1967 die Kokskohlenbeihilfe eingeführt. Nach der Gründung der Ruhrkohle AG (RAG) 1968 wurde mit Wirkung ab 1. Januar 1969 der Hüttenvertrag für die Dauer von 20 Jahren geschlossen. Die Stahlindustrie verpflichtete sich, ihren Bedarf an festen Brennstoffen bei der RAG zu decken, wobei die staatliche Kokskohlenbeihilfe (unter Berücksichtigung geringer Selbstbehalte für Kohle und Stahl) in einem Ausmaß bereitgestellt wird, das die Versorgung der Hütten mit Koks zu Weltmarktpreisen gestattet.

Bereits auf dem 13. Kongreß der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im November 1984 in Dortmund hat Bundeskanzler Helmut Kohl eine Zusage für die Verlängerung gegeben: „Auch in Zukunft ... werden wir die Wettbewerbsposition der deutschen Kokskohle stützen müssen. Dies muß aber auch ... im Verhältnis zu anderen politischen Anforderungen gesehen werden. In diesem Sinne müssen wir über künftige Regelungen sprechen, wenn sich die Partner des Hüttenvertrags über eine Anschlußregelung für die Zeit ab 1989 einig geworden sind."

Das Ergebnis dieser Einigung liegt in den zuständigen Bonner Ministerien zur Prüfung vor. Dabei liegt auf der Hand, daß ein nennenswerter Subventionsabbau nur über die Verringerung der Fördermenge gelingen kann. Nach der Elektrizitätswirtschaft mit rund 40 Millionen Tonnen (1984) ist der Stahl zweitwichtigster Abnehmer des Kohlebergbaus. Bei der bis zum Jahr 2000 zielenden Vertragsverlängerung geht es um ein Volumen von grob gerechnet 30 Millionen Jahrestonnen, davon 20 Inlands- und zehn Auslandsabsatz.

Bereits in der Kohlerunde 1983 war man übereingekommen, den Kohleexport mittel- und längerfristig nicht mehr zu subventionieren. Legt man die '84er Ausgleichszahlungen von 45 Mark je Tonne zugrunde, so kosten zehn Millionen Tonnen Export die öffentliche Hand knapp eine halbe Milliarde Mark. Selbst wenn man – womit zu rechnen ist – die drei Millionen Tonnen aus Sonderverträgen der Arbed Saarstahl aufrecht erhält, bleiben sieben Millionen und damit Einsparungen von über 300 Millionen Mark im Jahr.

Die Kohlewirtschaft hätte bei dieser Einbuße nicht nur an die im Jahrhundertvertrag mit der Stromwirtschaft bis Mitte der 90er Jahre vereinbarten steigenden Absatzmengen zu denken. Es ist zu beobachten, daß sich Stahlhütten in anderen europäischen Ländern im Kohlebezug ohnehin stärker zum Weltmarkt orientieren. Schließlich ist die EG-Diskussion über den Abbau von Kohlesubventionen voll entbrannt: Nach zwei vergeblichen Anläufen steht die aus Bonner Sicht brisante Frage im September erneut auf der Tagesordnung. Kommt es auch dann zu keiner Einigung, wird die Kommission Vorschläge machen.

Die Stahlindustrie lehnt für die Zukunft einen Selbstbehalt ab. Ihr Argument: Die vereinbarte Preisformel berücksichtige die Vorteile der Inlandsbelieferung. Das wird in Bonn zwar nicht bestritten. Doch muß – gerade vor dem Hintergrund der Kritik des Bundesrechnungshofs an den Abrechnungspraktiken – geprüft werden, ob dies bereits in ausreichendem Maße der Fall ist.

US-AKTIENMÄRKTE

Die Defizitschnitte gehen der Börse nicht weit genug

H.-A. SIEBERT, Washington

Enttäuscht haben die US-Aktienmärkte auf die Haushaltskorrekturen des Kongresses reagiert. Nach Ansicht der Wall Street sind die Defizitschnitte zu vage und unzureichend, um das Finanzsystem zu entlasten und die Zinsen weiter zu senken. Am Freitag sackte der Dow-Jones-Industrie-Index noch einmal um 2,57 und über die Woche um 4,03 auf 1353,05 Punkte. Der breitere Nyse-Index rutschte um 0,33 und 0,50 auf 110,85 Punkte. Die Hausse macht Pause.

Aber der Pakt, den Republikaner und Demokraten in letzter Stunde vor den Sommerferien geschlossen haben, bricht bereits auseinander. Die „Macher" im Kongreß, die republikanischen Senatoren Dole und Domenici sowie der demokratische Abgeordnete Gray, gaben zu, daß die beschlossenen Ausgabenziele nicht erreicht werden und das Haushaltsdefizit im Finanzjahr 1988 um 50 Mrd. Dollar höher liegen wird. Das wären 163 Mrd. Dollar, verglichen mit 210 im laufenden Budget und 181 Mrd. Dollar 1986.

Als überhöht gelten vor allem die unterstellten wirtschaftlichen Wachstumsraten. Am 15. August wird das Haushaltsbüro des Kongresses, eine unparteiische Institution, eigene Prognosen vorlegen, die sich vermutlich erheblich von den Voraussagen der Administration unterscheiden. Rudolph Penner hat schon durchblicken lassen, daß die inoffiziellen Schätzungen der Wahrheit am nächsten kommen. Die ungewöhnliche Offenheit der Kongreßmitglieder ist nur so zu verstehen, daß sie weitere Ausgabenkürzungen für unmöglich halten. Die Aussicht auf nur geringfügig sinkende Defizite soll Präsident Reagan zwingen, höheren Steuern und Einsparungen in der Sozialversicherung zuzustimmen.

Der republikanische Mehrheitsführer im Senat, Dole, rechnet sogar mit noch höheren Defiziten, weil einige Bewilligungsausschüsse sich nicht an die Budgetresolution halten werden. Dole dringt weiterhin auf die auch energiepolitisch sinnvolle Anhebung der Einfuhrzölle auf Rohöl und verarbeitete Mineralölprodukte. Das Weiße Haus nimmt seit Reagans Nein an der Haushaltsgestaltung nicht mehr teil; es sieht so aus, daß der Kongreß im Gegenzug die geplante Steuerreform blockieren wird.

Aber nicht nur die wachsende Verbitterung zwischen Legislative und Exekutive irritiert die Börse. Immer häufiger stolpern die Investoren über die nackte Tatsache, daß sich die öffentliche Verschuldung des amerikanischen Bundes in Reagans Amtszeit von 0,9 auf mehr als 2,5 Bill. Dollar erhöhen wird. Allein seit 1981 addieren sich Washingtons Defizite auf 850 Mrd. Dollar. Erstmals wirft die bevorstehende Unterbringung von 22 Mrd. Dollar neuen Treasury-Anleihen Fragen auf. Dreimonatige Bills und 30jährige Bonds zogen Freitag auf 7,31 und 10,77 Prozent an.

Warentest im Visier

Von PETER WEERTZ

Als die Stiftung Warentest vor rund zwei Jahrzehnten ihre Tätigkeit begann, ging es um ein Experiment. Es war nicht sicher, ob der vergleichende Warentest rechtlich zulässig war; ebensowenig hatte man Vorstellungen darüber, wie die Testergebnisse den Verbraucher erreichen sollten. Bei der Stiftung kam eine Reihe offener organisatorischer Fragen hinzu. Von Anfang an ging es darum, Objektivität und Unabhängigkeit der Stiftung Warentest mit Sitz in Berlin zu gewährleisten.

Bei der Gründung der Stiftung gab es heftige Diskussionen über die Chancen und Formen der Verbraucherinformation. Die Zeitschrift „DM" befaßte sich schon vor mehr als zwanzig Jahren mit der vergleichenden Warenprüfung. Zum zwanzigjährigen Bestehen bescheinigten Staat und Verbraucherorganisationen, Wirtschaftsverbände und Wissenschaftler der Stiftung nun: Das Experiment ist gelungen. Heute gilt die Stiftung als „Kind der freien Marktwirtschaft"; sie soll durch ihre Preis- und Qualitätsvergleiche, Marktübersichten oder Nachrichten über den Konsumgütermarkt die Position des Verbrauchers in der Marktwirtschaft nachhaltig verbessern.

Wenn es dabei zunächst lediglich um vergleichende Warentests ging, so erweiterte die Stiftung ihre Tätigkeit bald und untersuchte auch Dienstleistungszweige wie Kreditinstitute, Versicherungsleistungen sowie die Möglichkeiten der Geldanlagen und des Steuersparens. Hinzu kamen später Reports über Gesundheit, Reisen, Verbraucherrecht, warenkundliche Themen, den Kauf von Gebrauchtwagen und staatliche Dienstleistungen (Bundespost).

Mit der Energiekrise und den Fragen des Umweltschutzes stand die Stiftung vor einer neuen Herausforderung. Waren- und Dienstleistungstests blieben zwar die zentrale Aufgabe der Stiftung, die sich aber den Umweltaspekt bei Warenprüfungen und bei den Reports über Energiesparen, Heizkostenabrechnungen und Wärmepumpen nicht verschließen konnte. Wie brisant diese Fragen werden können, merkte die Stiftung nicht erst am aktuellen Skandal der Weinpanscher und den möglichen giftigen Umweltstoffen in Motorenöl. Schon vorher war sie auf diese Gefährdungen aufmerksam geworden.

Freilich steht die Stiftung hier auch vor finanziellen Problemen; denn Untersuchungen im Umweltbereich, wie sie jetzt von der Stiftung forciert werden sollen, sind zwei- bis dreimal teurer als normale Warentests. „Wir können jedoch den Umweltaspekten nicht ausweichen", bestätigt Stiftungsvorstand Roland Hüttenrauch. Im Wirtschaftsplan der Stiftung ist daher zunächst eine Untersuchung über die Auswirkungen von Waschmitteln auf die Abwässer vorgesehen. Außerdem plant die Stiftung, sich stärker um die Automobilindustrie zu kümmern, weil sie die Testberichte für unzureichend hält.

Die Erfolge der Stiftung und ihre Anerkennung in den Wirtschaftszweigen beruht vor allem auf ihren Grundsätzen „objektiv, neutral und unabhängig". „Sie wird zwar drängende Umweltprobleme beim Namen nennen, sich aber nicht an Angstmacherei oder Sensationshascherei beteiligen", unterstrich Helmut Reihlen als Vorsitzender des Verwaltungsrats, der zugleich Direktor des Deutschen Instituts für Normung (DIN) ist.

Nicht ohne Befriedigung bestätigt der Chefredakteur der stiftungseigenen Zeitschrift „test", Hans-Dieter Lösenbeck, daß die Stiftung in den zwanzig Jahren ihres Bestehens bisher nicht einmal rechtskräftig zur Zahlung eines Schadenersatzes verurteilt wurde. Immerhin testet sie monatlich zwischen 1500 und 2000 Produkte der Konsumgüterindustrie. Differenzen zwischen den Herstellern und der Stiftung wurden überwiegend am „runden Tisch" geklärt. Allerdings gab es auch seit 1965 bisher 59 Streitigkeiten vor Gericht.

Mit rund achtzig Prozent ist der Bekanntheitsgrad der Stiftung bei den Verbrauchern günstig. Das Interesse der Verbraucher an der Marktinformation sind offensichtlich. Die Monatszeitschrift „test" erscheint in einer Druckauflage von 730 000, darunter ist fast eine halbe Million Abonnenten. In Zeitungen und Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 20 bis 25 Millionen werden die Testergebnisse der Stiftung nachgedruckt. Daß die Stiftung von ihren Aufwendungen, die 1984 40,6 Millionen Mark betrugen, rund 75 Prozent selbst erwirtschaftete, spricht für sie.

AUF EIN WORT

„In der chinesischen Sprache gibt es für den Begriff „Krise" und für das Wort „Chance" nur ein einziges Schriftzeichen. Damit mag zum Ausdruck kommen, daß eine Krise wohl auch immer eine Chance ist."

Dr. Alfred Zubler, Sprecher des Vorstandes der Kochs Adler AG, Bielefeld. FOTO: DIE WELT

Schlag gegen Welthandel

Py., Düsseldorf

Die zwischen der EG-Kommission und den USA vereinbarten Lieferbeschränkungen für weitere 16 Stahlerzeugnisse, die bisher keiner Kontingentierung unterlagen, bedeuten eine drastische Einschränkung der europäischen Liefermöglichkeiten in die USA. Bei den wichtigsten Erzeugnissen müssen die Exporte nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie für den Rest des Jahres um ein Drittel und mehr gedrosselt werden. Die Stahlindustrie prüft derzeit rechtliche Schritte, da das Abkommen in die laufenden Lieferverträge eingreift. Diese zusätzlichen Restriktionen dürften insbesondere nicht Basis für die von den USA geforderte Verlängerung des Ende 1985 auslaufenden Selbstbeschränkungsabkommens sein.

SOMMERSCHLUSSVERKAUF

Der Einzelhandel zieht eine positive Halbzeitbilanz

dpa, Hamburg

Eine positive Halbzeitbilanz des Sommerschlußverkaufs hat der Einzelhandel gezogen. Das Umsatzplus im Vergleich zum Vorjahr wird nach der ersten „Billig-Woche" auf bis zu fünf Prozent beziffert. Das trübe und regnerische Wetter in weiten Teilen der Bundesrepublik brachte auch am langen Samstag durchweg gute Umsatzergebnisse, wie eine dpa-Umfrage ergab.

Während der Kundenstrom am Samstag in Hamburg, Schleswig-Holstein sowie an Rhein und Ruhr erst spät einsetzte, standen vor Berliner Kaufhäusern schon in den frühen Morgenstunden lange Käuferschlangen. Dichtes Gedränge und volle Parkhäuser gab es am Nachmittag dann in fast allen deutschen Großstädten.

In Stuttgart wurde im Halbzeitvergleich zum Vorjahr bereits ein Umsatzplus von fünf Prozent gemeldet. Ein Sprecher des Hamburger Einzelhandels gab insgesamt die Prognose, daß der Umsatz am Ende deutlich über dem von 1984 liegen werde. Darauf deutete auch der große Käufer-Anstrum hin.

In dieser Woche setzen viele Branchen nochmals die Preise herunter – auf teilweise bis zu 70 Prozent und in Anzeigen als „Glückspreise im SSV" gepriesen. Dies betrifft „Restposten" sommerlicher Textilien wie Röcke und Blusen, Auslegewaren, aber auch Pelzartikel. In der ersten SSV-Woche hatte es nach Angaben der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels keine ausgesprochenen „Renner" gegeben, weil viele Verbraucher trotz zum Teil starker Preisnachlässe auf Qualität achteten und gezielt einkauften.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Die Investitionsneigung hat sich 1985 noch beschleunigt

WILHELM HADLER, Brüssel

Die 1984 deutlich gewordene Zunahme der Investitionsneigung in Europa beschleunigt sich. Wie aus der jüngsten Konjunkturumfrage der EG-Kommission hervorgeht, plant die Industrie in der Gemeinschaft in diesem Jahr um 16 Prozent höhere Investitionsausgaben als im Vorjahr (real um rund elf Prozent). Die ursprünglichen Vorhersagen im Herbst 1984, die bereits von optimistischen Annahmen ausgingen, wurden inzwischen noch um zwei Prozent nach oben korrigiert.

Die Ergebnisse des Jahres 1984 bleiben nach Angaben der Kommission unverändert. In der EG insgesamt erhöhte sich danach in der Industrie die Bruttoanlagekapitalbildung nominal um zwölf und real sieben Prozent. Die Investitionspläne für 1985 nähern sich dem Niveau der Jahre vor 1981/1983. Um den in dieser Periode eingetretenen Rückschlag aufholen zu können sind jedoch über mehrere Jahre Wachstumsraten von über zehn Prozent nötig.

Eine anhaltende Zunahme der Investitionen in dieser Größenordnung ist nach Meinung der EG-Experten Voraussetzung für einen nennenswerten Umschwung im Rückgang der industriellen Beschäftigung. Er hält seit mehr als zehn Jahren an und führte dazu, daß 1984 rund 27 Prozent weniger Arbeitskräfte in der europäischen Industrie beschäftigt wurden als 1975.

In diesem Jahr wird es nach dem Bericht auf jeden Fall noch nicht möglich sein diese Tendenz umzukehren, sondern nur eine weitere Verschärfung der Entwicklung zu verhindern, da offenbar zahlreiche Betriebe, vor allem in Frankreich und Italien, noch über erhebliche Reserven an Arbeitskräften verfügen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kraftfahrzeuge auf Deutschlands Straßen

PKW, Krafträder, LKW, Busse

in Millionen (gerundet) – Gesamtbestand jeweils am 1. Juli

Jahr	1975	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85
Mio.	21,2	22,3	23,5	24,8	26,3	27,1	27,9	28,5	29,1	29,9	32,0

imu 85 08 04 — Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

Hohe Arbeitslosigkeit und stark gestiegene Kraftfahrzeughaltungskosten konnten den Drang der Deutschen nach einem Auto nicht bremsen. Mit 32 Millionen Wagen verkehren auf Deutschlands Straßen mehr Automobile als je zuvor. Auf je 1000 Einwohner kommen jetzt bereits 422 Personenwagen. QUELLE: IMU

VEREINIGTE STAATEN

Die Arbeitslosenquote ist bei 7,3 Prozent eingefroren

H.-A. SIEBERT, Washington

Auch der US-Arbeitsmarkt steckt in einer Flaute; nicht mehr unterzubringen ist die wachsende Zahl jobsuchender Amerikaner, die im Juli 533 000 erreichte. Die Zahl der Beschäftigten stieg im vergangenen Monat um 494 000, so daß die Arbeitslosigkeit leicht um 39 000 auf 8,45 Mill. zunahm. Wie schon in den vorausgegangenen fünf Monaten verharrte die Arbeitslosenrate bei 7,3 Prozent.

Wichtigstes Merkmal der US-Beschäftigungsszene bleibt die Konzentration auf Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Die wirtschaftliche Erholung ist nach wie vor uneben, obwohl sich die Jobverluste im verarbeitenden Gewerbe, die seit Januar 230 000 ausmachen, nicht fortgesetzt haben. Das Stichwort heißt Stagnation; als unrealistisch wird das für das zweite Halbjahr vorausgesagte wirtschaftliche Realwachstum um fünf Prozent bezeichnet.

Obwohl seit dem Ende der Rezession vor 33 Monaten in den USA nahezu acht Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden sind, ist Präsident Reagan der erhoffte Durchbruch nicht gelungen. Die Arbeitslosenquote liegt nur um 0,1 Prozent unter dem Niveau, das er bei seinem Amtsantritt im Januar 1981 vorfand. Sie stieg danach auf 10,7 Prozent, bevor sie im November 1984 auf 7,1 Prozent fiel. Beschäftigungspolitische Effekte hatten die riesigen Haushaltsdefizite nur im Rüstungssektor, während die Importkonkurrenz in der Weiterverarbeitung großen Schaden anrichtete. Ohne Job waren im Juli 6,3 Prozent der Männer, 6,6 Prozent der Frauen, 19,5 Prozent der Teenager und 15 Prozent der Schwarzen.

WERBUNG / Die Einführungs-Kampagne für „Hicom" kostete 20 Millionen Mark

Siemens setzt auf das „Produkterlebnis"

SABINE SCHUCHART, Bonn

Bereits bei der Premiere im Dezember vergangenen Jahres hatte man sich etwas Besonderes einfallen lassen. Rund um das neu entwickelte Produkt „Hicom" inszenierte der Elektronik-Konzern Siemens in einer eigens angemieteten Halle auf dem Münchener Messegelände eine effektreiche Show vor 800 „hochkarätigen" Fachbesuchern aus dem In- und Ausland. Doch dies war nur der Auftakt zu der nach eigenen Angaben „umfangreichsten und differenziertesten" Einführungskampagne, die bei Siemens je für ein Produkt gefahren worden ist.

Das Unternehmen wirbt mit ihr für ein neues System zur Büro-Kommunikation, bei dem mit Hilfe des Telefons Sprache, Text, Daten und Bilder „integriert" übermittelt werden können. Eine Innovation, von der sich Siemens eine Revolutionierung der gesamten Büro-Technik verspricht und mit der man nach eigenen Angaben als erster am Markt sein wird, wenn Ende 1985 die ersten Auslieferungen anlaufen.

Für die Werbestrategen des Konzerns stellte sich damit die Aufgabe, in kurzer Zeit Interesse für ein Investitionsprodukt zu wecken, das bis dahin in der Öffentlichkeit noch unbekannt war. Die Strategie lautete, die „Bekanntheit von Hicom zu forcieren und schlagartig eine hohe Nachfrage zu erreichen", heißt es in einer firmeneigenen Dokumentation über die Einführungskampagne. Jeder Entscheider, der mit der Beschaffung von Kommunikationstechnologie zu tun hat, sollte nach Abschluß der ersten Phase der Werbekampagne in diesem Sommer darüber informiert sein, „was Hicom ist und was es leistet".

Diesem Zweck diente eine Strategie, die vor allem auf das Produkterlebnis abstellt. Unzählige Veranstaltungen, darunter Mammut-Shows auf der Hannover-Messe, präsentierten die neue Technik „greifbar und begreifbar", ließen den Kunden das unbekannte System „live erleben", berichten die Werbeexperten des Konzerns. Eine Anzeigen-Kampagne in den Medien mit der Botschaft „Das Telefon kann jetzt schreiben, lesen und computern" begleitete die initiierten redaktionellen Beiträge. Und schließlich, um auch wirklich keinen potentiellen Abnehmer auszulassen, rollen noch bis September Container-Sattelzüge mit dem Emblem „Hicom" quer durch die Bundesrepublik und zeigen in täglichen Non-Stop-Veranstaltungen „die Hicom-Bürowelt in Aktion".

Insgesamt rund 20 Mill. Mark ließ sich Siemens nach eigenen Angaben diese Einführungskampagne kosten, der weitere modifizierte Werbe-Aktivitäten folgen sollen. Doch bereits heute, so haben Marktforscher herausgefunden, hat sich „Hicom" zum populärsten Siemens-Produkt gemausert.

Hilfe für Peru ausgesetzt

Washington/Lima (VWD) – Die amerikanische Regierung hat ihre Entwicklungs- und Militärhilfe an Peru ausgesetzt. Dies bestätigte am Wochenende ein Sprecher des Außenministeriums in Washington. Laufende Projekte seien davon allerdings nicht betroffen. Nach Auskunft des Sprechers wird der Beschluß sofort wieder aufgehoben, wenn Peru den verhältnismäßig geringen Betrag überweise, den das Land seit mehr als einem Jahr für die Zahlung von Rüstungsgütern schulde. Die neue peruanische Regierung hat beschlossen, die Landeswährung, den Sol, um zwölf Prozent abzuwerten. Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Luis Alva Castro erklärte, es sei nicht möglich, mit dem gegenwärtigen System der „Mini-Abwertungen" fortzufahren. Man habe daher eine Abwertung um zwölf Prozent beschlossen.

Vor Einigung mit IWF

London (VWD) – Der brasilianische Zentralbankchef Antonio Carlos Lemgruber rechnet damit, das sein Land die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) noch in diesem Monat abschließen kann. Ein Umschuldungsabkommen mit den Banken werde wahrscheinlich noch vor dem Jahresende ausgehandelt, sagte Lemgruber in London. Im kommenden Jahr werde Brasilien wahrscheinlich keine neuen Bankkredite benötigen, meint der Zentralbankchef. Das Land werde künftig langsam mit kurzfristigen Darlehensaufnahmen und Bond-Emissionen auf den Markt zurückkehren.

Colonia-Paket verkauft

Düsseldorf (Py.) – Die von Unternehmen der Aachener und Münchener Versicherungs-Gruppe, Aachen, gehaltenen 25,5 Prozent des Grundkapitals von 120 Mill. DM an der Colonia Versicherungs-AG, Köln, sind bis auf 5,5 Prozent an mehrere Kreditinstitute verkauft worden. Damit sollte der unerwünschten Schachtelbildung bei der Colonia vorgebeugt werden. Die AM Beteiligungs-AG als Holding der Versicherungsgruppe begründete den Anteilsverkauf mit der geänderten Auffassung des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (BAV) zur Beteiligung von Versicherungsunternehmen an weiteren Versicherungsgesellschaften mit der Möglichkeit, den Verkaufsgegenwert innerhalb der AM-Gruppe ertragsgünstiger einzusetzen. Über den Verkaufswert wurde nichts mitgeteilt.

Gebrauchtwaren gefragt

Berlin (dpa/VWD) – Die „DDR" will den Gebrauchtwarenhandel weiter ausdehnen. In den vergangenen zwei Jahren seien solche Läden wie Pilze aus dem Boden geschossen. Allein 1984 habe der Gebrauchtwarenhandel seine Leistungen um knapp 90 Prozent gesteigert, teilte das Informationsbüro West mit. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Umsatz habe sich danach gleichzeitig von 21 auf rund 30 Mark erhöht. Doch wird diese Entwicklung in Ost-Berlin noch nicht für ausreichend gehalten.

Aufträge für BBC

Mannheim (dpa/VWD) – Der Mannheimer Elektrokonzern Brown, Boveri u. Cie. AG (BBC) hat in Paraguay und auf der Insel Java Aufträge im Gesamtwert von annähernd 50 Millionen Mark erhalten. Wie das Unternehmen mitteilte, umfaßt ein von der Administration Nacional de Electricida (ANDE) in Asuncion/Paraguay erteilter Auftrag im Gesamtwert von rund 33 Millionen Mark den Aus- und Neubau von Schaltanlagen sowie die Errichtung von Freileitungen über eine Strecke von 180 Kilometern von Ayolas über Villalbin bis nach Pilar. Gleichzeitig veröffentlichte das Unternehmen einen mehr als 16 Millionen Mark umfassenden Auftrag zum Bau einer Freileitung im westlichen Teil der Insel Java.

Londoner Kassapreise

	27.7.85	2.8.85
Kupfer(£/t)	1084	1089,5
Blei(£/t)	294,5	284,5
Zink(£/t)	535	535
Zinn(£/t)	9175,5	9141,5
Gold($/Unze)	320,75	317,75
Silber(p/Unze)	448,60	431,75
Kakao[1](£/t)	1690,5	1708,5
Kaffee[2](£/t)	1714,5	1537,5
Zucker(£/t)	125	114
Kautschuk(p/kg)	63,5	63
Wolle(p/kg)	428	429
Baumwolle[3](cts/lb)	57,90	59,75

[1]) Abladung Dezember; [2]) Abladung November; [3]) A-Index-Preis Liverpool

STAHL / OECD sieht Konjunktur pessimistischer

Produktion schrumpft wieder

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätzt die Stahlkonjunktur der westlichen Industriestaaten pessimistischer ein. Nachdem die Stahlproduktion der OECD-Zone in der ersten Hälfte dieses Jahres das entsprechende Vorjahresniveau praktisch wieder erreicht hatte, dürfte sie in den nächsten Monaten nicht nur aus saisonalen Gründen, sondern auch deshalb zurückgehen, weil das Wirtschaftswachstum in verschiedenen Mitgliedstaaten nachläßt. Dazu komme ein leichter Vorratsabbau der Stahlverbraucher und des Handels.

Außerdem erwartet der OECD-Stahlausschuß nachlassende Exporte in Drittländer aufgrund der zunehmenden Konkurrenz der stahlproduzierenden Entwicklungsländer. Vor allem auf diesen Märkten gerieten die Stahlpreise wieder unter Druck. Die finanzielle Lage zahlreicher westlicher Stahlproduzenten bleibe deshalb „sehr prekär". Allgemein wird mit einer weiteren Verschlechterung der Beschäftigungslage in der Stahlindustrie gerechnet, wenn auch das Tempo des Belegschaftsabbaus nachlassen werde.

In der EG erreichte er in letzter Zeit fünf Prozent pro Jahr. Allerdings konnte die Kurzarbeit abgebaut werden. Zwar habe sich die EG-Stahlnachfrage der Investitionsgüterindustrie etwas belebt, die der Automobilindustrie dagegen ging zurück. Der insgesamt verbliebene Verbrauchszuwachs wurde aus gestiegenen Importen befriedigt. Die Exporte hielten sich trotz gewisser Einbußen in den USA auf dem Vorjahresstand.

Das neue Selbstbeschränkungsabkommen für EG-Exporte in die USA dürfte diese Situation ab Anfang 1986 noch erschweren, zumal der amerikanische Stahlverbrauch laut OECD vorerst kaum steigen, sondern wegen der verschlechterten Investitions- und Autokonjunktur eher noch weiter zurückgehen wird. In den ersten fünf Monaten 1985 war er gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um fünf Prozent gefallen. Die amerikanische Stahlproduktion schrumpfte gleichzeitig um 13 Prozent, ebenso die Belegschaft. In den letzten Monaten verminderte sich der Importanteil am amerikanischen Stahlmarkt, er erreicht gegenwärtig aber immer noch 26 Prozent.

GROSSBRITANNIEN / Der Tourismus profitierte vom hohen Dollarkurs

Besucherstrom aus Nordamerika

WILHELM FURLER, London

Für Großbritannien wird 1985 zu einem Rekord-Tourismusjahr werden. Dies steht bereits jetzt fest, obwohl die Statistiken für die erste Jahreshälfte noch nicht vorliegen. So rechnet der Vorsitzende der British Tourist Autority, Duncan Bluck, mit insgesamt 15 Millionen Ausländern, die Großbritannien in diesem Jahr einen Besuch abstatten. Sie werden den Hochrechnungen der Tourismus-Behörde zufolge etwa sechs Mrd. Pfund (gut 23 Mrd. DM) in Großbritannien ausgeben.

Bereits in den ersten fünf Monaten, also zwischen Januar und Ende Mai dieses Jahres, sind die Touristen-Ausgaben in Großbritannien gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um nicht weniger als 35 Prozent gestiegen. In den drei Monaten bis Ende Mai dieses Jahres stiegen die Ausgaben von ausländischen Besuchern in Großbritannien gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten sogar um 36 Prozent auf 1,114 Mrd. Pfund (gut 4,3 Mrd. DM).

In diesen drei Monaten März bis Mai nahm Großbritannien etwa 3,412 Millionen ausländische Besucher auf – ein Anstieg gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um zehn Prozent. Hervorstechend ist die Zunahme von Besuchern aus Nordamerika um immerhin 43 Prozent, während die Zahl der Touristen vom europäischen Kontinent in der gleichen Zeit um drei Prozent anstieg. Dies ist in erster Linie auf die Dollar-Stärke während des größten Teils dieser Zeit zurückzuführen.

Wie sehr der Tourismus-Boom in Großbritannien selbst über die optimistischsten Erwartungen hinausgeht, zeigt die jüngste verfügbare Monats-Statistik. Danach gaben im Mai ausländische Besucher in Großbritannien 440 Mill. Pfund (gut 1,7 Mrd. DM) aus, ein Anstieg gegenüber Mai 1984 um nicht weniger als 50 Prozent.

Stark angezogen hat in den beiden letzten, statistisch noch nicht erfaßten Monaten auch der Besuch europäischer Touristen. Sie ließen sich, wie ein Sprecher der Tourismus-Behörde erklärte, auch durch die einsetzende Pfund-Stärke nicht davon abhalten, nach Großbritannien zu reisen.

Die Zunahme im Großbritannien-Tourismus wird auch an der Entwicklung der Passagierzahlen auf den sieben englischen und schottischen Flughäfen der staatlichen British Airports Authority deutlich. In den zwölf Monaten bis April dieses Jahres ist die Zahl der Passagiere um gut elf Prozent gestiegen und hat mit 50,9 Millionen zum ersten Mal die 50-Millionen-Marke überschritten. Davon entfielen allein gut 44 Millionen auf die beiden Londoner Großflughäfen Heathrow (29,9 Millionen) und Gatwick (14,2 Millionen).

Um den Touristen-Strom, der sich auf die Metropole London konzentriert, gleichmäßiger über das Land zu verteilen, wurde jetzt von der Tourismus-Behörde eine August-Ausstellung in London unter dem Titel „Entdecke Großbritannien" eröffnet. Im „Café Royal" weisen 25 Tourismus-Organisationen auf die Besonderheiten und Vorteile ihrer jeweiligen britischen Regionen hin und bieten Reisen zu besonderen Veranstaltungen einschließlich Unterbringung und Verpflegung an.

KARLSBERG BRAUEREI / Weniger Einwegware

Ein Viertel Umsatz zugekauft

HANS BAUMANN, Essen

Die Karlsberg Brauerei KG Weber, Homburg, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (31. 3.) ihren Umsatz um 25 Prozent auf 360 Mill. DM erhöhen können. Zukäufe im Unternehmensverbund sind der Grund für diese Expansion, die vornehmlich eine Diversifikation war. Der Bierabsatz im Verbund verringerte sich um 4,5 Prozent auf 1,75 Mill. Hektoliter. Der Absatz alkoholfreier Getränke blieb mit 820 000 Hektolitern kaum verändert. Der Getränkeabsatz erreichte 2,56 Mill. Hektoliter.

Zurückgegangen ist auch der Bierabsatz der mit Karlsberg verbundenen Saarfürst-Brauerei und der Hofbräuhaus Biervertriebs GmbH, über die Fremdprodukte abgesetzt werden. Im Kerngebiet ging der Bierabsatz nur um 1,1 Prozent zurück. Positiv entwickelte sich der Sortimentsführer Karlsberg Ur-Pils mit plus 5,9 Prozent. Diese Marke ist jetzt im Kerngebiet mit 56 Prozent am Bierabsatz beteiligt.

Auf den überregionalen Märkten im Inland nahm man bewußt im heißumkämpften Markt der Einwegware eine Absatzminderung um 9 Prozent in Kauf. Auch das Auslandsgeschäft verlor beim Bier 5 Prozent, vornehmlich in Italien und Österreich. In Frankreich dagegen war das Geschäft positiv. Hier wuchs die Marke Karlsbräu um 8,2 Prozent.

Schon im vorigen Geschäftsjahr wurde die Okko-Getränkegruppe in den Verbund aufgenommen. Im Berichtsjahr wurde die Mehrheit der Merziger Süßmosterei GmbH & Co. KG erworben. In St. Ingbert wurde Anfang 1985 die Kühlkostzentrale GmbH gegründet. Von ihr werden sowohl Gastronomiekunden als auch Kunden aus dem Nichtgetränke-Bereich bedient. Ziele dieser Entwicklung war die bereits bei Okko vorhandene Tiefkühlabteilung, deren Sortiment mit der Übernahme der Tiefkühlsegmente des Milch-Kontor-Saar ergänzt wurde.

Wie die Brauerei mitteilt, hat sich die Ertragskraft weiter verbessert. Der Brutto-Cash-flow erhöhte sich um beachtliche 10,4 Prozent auf 38,8 Mill. DM. Investiert wurden im Berichtsjahr 31,4 Mill. DM bei Abschreibungen von 33,5 Mill. DM. Von Januar bis Juni 1985 stieg der Absatz im regionalen Markt um 5 Prozent. Dagegen ging das überregionale Geschäft mit Einwegprodukten weiter zurück.

NAMEN

Dr. **Rolf Herbert Sieber**, Vorstandsmitglied der Arbeitgeberverbände in Bayern, wurde am 1. August 60 Jahre alt.

Peter-Otto Engisch, Präsident der Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Lande Bremen, vollendet am 7. August sein 70. Lebensjahr.

Dr. **Rolf Gamper** ist zum Vorstandsmitglied der SR (Schweizerische Rückversicherung-) Beteiligungs-AG, München, bestellt worden.

Gerhard Ohligschläger (51) wurde zum Vorstandsvorsitzenden der VHV Vereinigte Haftpflichtversicherung, Hannover, bestellt. Sein Vorgänger, **Josef Groß** (64), trat in den Ruhestand. Dr. **Jürgen Sabass** (42) wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied berufen.

Wolfgang Strutz, Geschäftsinhaber der Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF-Bank), Frankfurt, wurde in den Aufsichtsrat der Dyckerhoff + Widmann AG, München, gewählt.

RUMASA / Die Reprivatisierung des Konzerns ist weitgehend abgeschlossen – Für 15 Betriebe noch Käufer gesucht

Rund 20 Firmen gingen in Auslandsbesitz über

AFP, Madrid

Die spanische Regierung schloß Mitte dieser Woche zum vorgesehenen Zeitpunkt die Reprivatisierung der Rumasa-Holding, der einst größten Privatholding des Landes, praktisch ab. Nur noch rund 15 Betriebe, die früher dem gescheiterten Unternehmer José Maria Ruiz Mateos gehörten, dessen Imperium einst 18 Banken und rund 400 Unternehmen der verschiedensten Wirtschaftssektoren umfaßte, müssen noch an Private verkauft werden.

Im Verlauf der Reprivatisierung wurden rund 20 der bedeutendsten Gesellschaften der Holding an ausländische Unternehmen veräußert. Dazu gehörte insbesonders das einst als „Perle" der Rumasa-Gruppe geltende Finanzinstitut Banco Atlantico. Diese wichtige Bank wurde von einem arabischen Finanzkonsortium übernommen.

Die genauen Beträge, die die spanische Staatskasse aufwenden mußte, um die Gruppe zu sanieren und die Reprivatisierung erfolgreich durchzuführen, sind nicht genau bekannt. Von verschiedenen Seiten werden dazu unterschiedliche Angaben gemacht. Nach Schätzungen unterrichteter spanischer Finanzkreise dürften sich die Kosten auf rund 500 Milliarden Peseta (rund neun Mrd. DM) belaufen haben. Die konservative politische Opposition nennt dagegen einen doppelt so hohen Betrag von 1000 Mrd. Pesetas (18 Mrd. DM).

Um die Gruppe wieder flottzumachen, hatten sich im Mai 1984 zwölf spanische Banken bereit erklärt, eine Regierungsanleihe in Höhe von 400 Milliarden Peseta (rund 7,7 Mrd. DM) zu zeichnen. Sie war hauptsächlich dazu bestimmt, die Holding zu sanieren. Diese war im Februar 1983 von der sozialistischen Regierung Gonzalez überraschend enteignet worden. Sie wollte damit einen unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch verhindern, möglichst viele Arbeitsplätze retten und Tausende von Spaniern vor einem Verlust ihrer Spareinlagen bewahren.

Die Rumasa-Holding beschäftigte auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung 60 000 Arbeitkräfte direkt. 300 000 weitere Beschäftigte hingen indirekt von ihr ab. Rumasa hatte 1982 mit 1,8 Prozent zum spanischen Bruttosozialprodukt beigetragen. Der Mischkonzern kontrollierte unter anderem neben Banken einen Großteil des spanischen Weinexports, Weinanbaugebiete, einen Teil der spanischen Viehwirtschaft, Kaufhäuser, Bereiche des Spirituosensektors und Bauunternehmen.

José Marie Ruiz Mateos, der Gründer der Holding, die einen Jahresumsatz von über 360 Milliarden Peseta (1982 rund 7,15 Mrd. DM) auswies, hatte 1961 mit einem kleinen Weinvertrieb in der südspanischen Sherry-Metropole Jerez de la Frontera begonnen. Seit Ende der sechziger Jahre baute der außergewöhnlich dynamische Unternehmer dann seine Holding auf und aus, bis er sich schließlich übernahm und die Gruppe Anfang 1983 am Rande des Zusammenbruchs stand.

Ruiz Mateos war nach der Enteignung und einer gegen ihn unter anderem wegen zahlreicher Wirtschaftsdelikte eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung aus Spanien in die Bundesrepublik geflüchtet. Er war am 25. April 1984 auf dem Internationalen Flughafen von Frankfurt verhaftet worden. Der Ex-Präsident der Rumasa befindet sich jedoch weiter in Deutschland. Bonn gab bisher dem Auslieferungsersuchen der spanischen Justiz nicht statt.

RENTENMARKT / Kürzere Laufzeiten gefragt

Rendite ist weiter gesunken

Am Rentenmarkt setzte sich der freundliche Trend fort. Die Umlaufrendite öffentlicher Anleihen fiel auf einen Tiefstand seit mehr als sechs Jahren. Die von der Börsendatenzentrale, Frankfurt, berechnete Durchschnittsrendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post ermäßigte sich von 6,21 auf 6,17 Prozent. Gegenüber der Vorwoche sind die Kurse von 959 Titeln im Kurs gestiegen, von 3111 Papieren gefallen und von 275 Titeln unverändert geblieben. Die kurspflegenden Stellen konnten in den beiden letzten Börsentagen erhebliche Beträge an den Markt abgeben. Stärker gefragt waren die Papiere mit einer Restlaufzeit bis zu vier Jahren. (lf)

Emissionen	2.8. 85	26.7. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,17	6,21	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,34	6,37	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,20	6,24	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,66	6,69	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,24	6,28	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,93	5,97	6,34	7,84	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,83	6,84	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,24	6,28	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,96	7,01	7,20	8,08	8,45

FINANZANZEIGEN

DEBEKA KRANKEN / 40 Prozent des Neuzugangs der Branche geworben

Selbstläufer dank attraktiver Leistungen

HARALD POSNY, Koblenz

Der größte deutsche private Krankenversicherer für den öffentlichen Dienst, der Debeka Krankenversicherungsverein aG, Koblenz, hat im vierten Jahr hintereinander mehr an die Versicherten geleistet als diese an die Versicherung an Prämien zahlten. Und dies, obwohl die Aufwendungen für die Versicherten 1984 alles andere als mäßig wuchsen und die Beitragseinnahmen fast auf der Stelle traten.

Der neue Höchststand der Leistungsquote von 104,3 Prozent, in der Bundesrepublik von keiner Gesellschaft erreicht, hatte mit einer Steigerung von 2,2 Prozentpunkte darüber hinaus sogar den höchsten Zuwachs der letzten fünf Jahre. Zur Zeit liegt die Leistungsquote bei 105 Prozent.

Maßgebend für diese Entwicklung war neben den hochverzinsten Erträgen aus Kapitalanlagen die nicht in Anspruch genommenen in die Kapitalanlagen fließenden Sicherheitszuschläge junger Versicherter. Etwas steuerten die Einsparungen im Verwaltungs- und Vertriebsbereich bei. Die erreichte Marke von 1,83 (1,84) Prozent der Beiträge (sogar absolut) ist schon sensationell niedrig. Und das trotz Außendienst, von dem – wie Vorstandsvorsitzender Peter Greisler in einem Gespräch mit der WELT erläuterte – die Gesellschaft um keinen Preis lassen will.

Wie expansiv auf Dauer die Debeka ihr Geschäft als Nummer drei unter den Krankenversicherern und als Nummer 25 unter den Lebensversicherern mit einer jungen ausbaufähigen Sachgesellschaft und einer Bausparkasse sieht, unterstreichen nicht nur die 3630 Mitarbeiter drinnen und draußen, sondern auch die soeben neueingestellten 119 (Bestand: 345) Lehrlinge.

Im Gegensatz zu den bei der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf breiter Front steigenden Beitragssätzen hält die Debeka 1985 auch im dritten Jahr hintereinander die Beiträge stabil. Das gilt auch für 1986, „sofern die Spatzen nicht vom Himmel fallen". Immerhin: Im ersten Halbjahr 1985 sind auch bei der Debeka die Versicherungsleistungen um 6,8 Prozent gewachsen, die Beiträge nur um 0,6 Prozent.

Den geringen Beitragszuwachs nimmt Greisler nicht allzu tragisch. Einmal weiß er, daß neben dem „Einfrieren" 1984 die Beiträge für den Beamtennachwuchs sogar ermäßigt worden sind. Zum anderen haben die vollversicherten Köpfe viel größeres Gewicht als die Prämie.

Von den 60 000 der Branche 1984 neuzugewachsenen Vollversicherten gewann die Debeka gute 40 Prozent unter 40 Konkurrenten. Im ersten Halbjahr 1985 sind es erneut 14 500 Netto-Neuzugänge, bis Jahresende werden es 30 000 sein. Greisler: „Aufgrund der Neuordnung des Beihilferechts im öffentlichen Dienst spüren wir großes Interesse an privater Krankenvorsorge." Auch von der GKV kommen etliche zur Debeka. Kein Wunder: Für das erste leistungsfreie Jahr gibt es bereits vier Monatsbeiträge Beitragsrückgewähr, personen- und vertragsbezogen und über alle Bereiche. Rund 178 000 der 1,5 Millionen Mitglieder, davon 1,16 Millionen Vollversicherte, haben 1984 (76) 100 Mill. DM zurückerhalten.

Debeka Kranken	1984	± %
Beiträge (Mill. DM)	1427	+ 0,1
Aufw. f. Vers.Fälle	1060	+ 6,4
Vers.-Leistung [1]	1488	+ 2,3
Aufw.f. Beitr.-Rückerst.	265	- 11,0
Rückst.f.Beitr.-Rückerst.	622	+ 36,1
Kapitalanlagen [2]	2389	+ 15,0
Kapitalerträge [3]	186	+ 20,0

in % d.verd.Beitr.	1984	1983	1982
Schadenquote [4]	74,3	69,9	79,9
Leistungsquote [5]	104,3	102,1	101,4
Kostenquote [6]	6,6	6,6	7,4
Überschußquote [7]	19,2	21,6	12,6

[1] Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2] oh. Depotford.; [3] netto; Durchschnittsrendite: 8,3 (8,3) Prozent; [4] Aufw. f. Vers.Fälle u. erfolgsunabh. Beitr.-Rückerst.; [5] Vers.-Leistung; [6] Abschluß- u. Verw.-Kosten; [7] Bruttoüberschuß.

VOLKSWAGEN

Investitionen kräftig erhöht

dpa/VWD, Wolfsburg

Der Volkswagen-Konzern hat seine Investitionen im ersten Halbjahr 1985 um 32 Prozent auf 3,02 Mrd. DM im Vergleich zum Vorjahr ausgeweitet. Wie die Volkswagen AG, Wolfsburg, in ihrem jüngsten Aktionärsbrief mitteilt, entfiel der Großteil der Investitionen auf die Entwicklung des Produktionsprogramms, die Verbesserung der Fertigungsabläufe und auf den Ausbau des Leasing-Geschäfts. Der Konzernumsatz ist in dem betrachteten Zeitraum um 19,9 Prozent auf 26,69 Mrd. DM gestiegen.

In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ergibt sich ein Überschuß von 281 Mill. DM. Davon entfallen 202 Mill. DM auf die AG. Für das erste Halbjahr 1984 hatte VW einen Fehlbetrag von 162 Mill. DM ausgewiesen, der nach Angaben des Automobilherstellers hauptsächlich mit streikbedingten Produktionsausfällen zu erklären ist.

Zum 30. Juni hat der Konzern eine Bilanzsumme in Höhe von 36,17 Mrd. DM ausgewiesen – nach 32,94 Mrd. DM zum Jahresende 1984. Das Eigenkapital wird mit 7,07 (Ende 1984: 6,68) Mrd. DM angegeben – davon 1,2 Mrd. DM Grundkapital und 5,59 Mrd. DM Konzernrücklagen.

BOEHRINGER INGELHEIM / Vor 100 Jahren ins Handelsregister eingetragen

„Kleiner Bruder" hat großen überholt

JOACHIM WEBER, Ingelheim

So waren die Gründerjahre: Gerade 24 Jahre alt, legte sich der Mannheimer Fabrikantensohn Albert Boehringer seine eigene kleine Fabrik zu, eine Weinsteinproduktion in Nieder-Ingelheim am Rhein. Vor 100 Jahren, am 31. Juli 1885, wurde diese Firma ins Handelsregister eingetragen.

Die Chemie hatte der unternehmerische Albert von zu Hause mitbekommen. Schon 1817 hatte sein Großvater eine Drogenhandlung in Stuttgart gegründet, die 1859 nach Mannheim verlegt worden war. Nach dem Tod des Vaters Christoph Heinrich übernahm Alberts älterer Bruder Ernst die Leitung dieses Stammhauses. Was Albert dann bewogen hat, nach Ingelheim „auszuwandern", läßt sich nur vermuten.

Im Mannheimer Unternehmen jedenfalls wurde bald darauf der Schwager Friedrich Engelhorn, Sohn eines Mitbegründers der BASF in Ludwigshafen, zum Mitgesellschafter.

Alle drei Unternehmen haben die hundert Jahre ordentlich überstanden, wenn auch mit deutlichen Unterschieden. Aus der BASF ist ein Chemieriese mit 40 Milliarden Mark Weltumsatz geworden, Boehringer Mannheim – immer noch mit einem Engelhorn an der Spitze – geht auf die zweite Umsatzmilliarde zu, und die Ingelheimer „Verwandtschaft" ist bei viereinhalb Milliarden Mark Umsatz gelandet. Aus den 28 Mitarbeitern des ersten Jahres sind bis heute 22 000 geworden, die in 130 aktiven Gesellschaften weltweit beschäftigt sind.

Interessanterweise haben sich beide Boehringer-Firmen im Laufe ihrer Entwicklung auf den Arzneimittelbereich spezialisiert, ein Umstand, der es nicht eben erleichtert, sie aus der Ferne auseinanderzuhalten. Auf deutliche Abgrenzungen aber legen heute beide viel Wert, insbesondere natürlich die Mannheimer, nachdem die Ingelheimer Konkurrenz mit ihrem Hamburger Werk so unfreundlich in die Schlagzeilen geriet.

Nicht immer waren beide Seiten so sehr um Abgrenzung bemüht. Unter dem Jahr 1892 findet sich in der Ingelheimer Firmengeschichte der Vorgang „Umbenennung der Firma in C. H. Boehringer Sohn". Vorher hatte das Unternehmen Albert Boehringer, Fabrik chemischer Produkte geheißen.

Der neue Name kam aber sehr nahe an den der Mannheimer Chemiefirma heran, die damals große Erfolge im Export zu verbuchen hatte... Streit unter Verwandten ist nicht so selten – auch hier kam es zu Prozessen. Inzwischen hat man sich auf die klare Unterscheidung per Ortsnamen geeinigt.

In der Pharmazie tummeln sich die Ingelheimer Boehringers schon seit Anfang des Jahrhunderts. 1905 brachten sie erste pflanzliche Alkaloide – Morphin und Codein – heraus. Das erste „echte" Arzneimittel war das Schmerzmittel „Laudanon", das 1912 auf den Markt kam. Heute machen Pharmaka 80 Prozent des Weltumsatzes aus.

Die Hamburger können sich im übrigen bei den Franzosen (die sie ja auch selbst im Laufe ihrer Geschichte kennengelernt haben) für ihre Ingelheim-Probleme bedanken. Sie waren es nämlich, die den Firmengründer 1923 aus ihrem Besatzungsgebiet auswiesen – prompt baute Albert Boehringer binnen zwei Jahren ein Werk an der Elbe auf, wirklich ein Kind der Gründerzeit.

Die Sanierung der inzwischen geschlossenen Hamburger Anlage, für die „erhebliche" Rückstellungen gebildet wurden, wird jetzt mit Nachdruck betrieben.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Ulrich Everling: Das europäische Gemeinschaftsrecht im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft. Nomos Verlag, Baden-Baden 1985, 491 S., 78 Mark.

Die Aufsätze des Verfassers, Richter am Gerichtshof der EG, sind geprägt durch seine langjährige Erfahrung bei der Koordinierung deutscher Europapolitik. Sie beruhen auf der Überzeugung, daß sich Eigenheiten der EG und ihres Rechts nur aus dem Zusammenwirken rechtlicher, wirtschaftlicher und politischer Faktoren erklären lassen. Dabei steht das komplexe Verhältnis zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten im Mittelpunkt der Betrachtung.

Kenichi Ohmae: Macht der Triade. Gabler Verlag, Wiesbaden 1985, 239 S., 64 Mark.

Der japanische Unternehmensberater Ohmae gibt einen Augenzeugenbericht über die neue Form weltweiten Wettbewerbs. Kernthese seines Buches: Nicht das Engagement in allen Ländern der Erde garantiert den Erfolg, sondern Konzentration auf die „Triade" USA, Japan und EG. 600 Millionen Verbraucher bilden einen ausreichenden Nachfragepool. Nur „Insider" finden zu diesem gewaltigen Nachfrage- und Technologiepotential Zugang, nur wenn ein Unternehmen auf allen wichtigen Märkten präsent ist, kann es protektionistischen Tendenzen entgehen. – Neue Produkte werden von Erfolgsunternehmen gleichzeitig weltweit eingeführt.

Hubert L. Dreyfus: Die Grenzen künstlicher Intelligenz. Athenäum Verlag, Königstein 1985, 376 S., 38 Mark.

Mit dem Siegeszug von EDV-Anlagen, Industrierobotern, Mikroprozessoren und Home-Computern gewinnt die Diskussion um künstliche Intelligenz neue Brisanz. Das jetzt vorgelegte Buch geht mit der künstlichen Intelligenz sehr kritisch um und wendet sich letztendlich gegen die Illusion, soziale, politische und gesellschaftliche Verantwortung an scheinbar weniger fehlbare, da rein wissenschaftlich operierende Maschinen abtreten zu können. Ein Buch, das dem ausufernden Optimismus der Computerbranche eine pointierte, sachliche Kritik entgegensetzt.

Umweltbundesamt (Hrsg.): Handbuch der Verwerterbetriebe für industrielle Rückstände. Erich Schmidt Verlag, Berlin 1985, 781 S., 54 Mark.

Wohin mit den industriellen Abfällen? Das soeben in zweiter, überarbeiteter Auflage (Stand: Anfang 1985) vorgelegte Handbuch gibt hierauf Antwort: Es bietet allen Betrieben, Behörden und anderen Interessenten und Betroffenen die Möglichkeiten, die Verwertung von Abfällen und Produktionsrückständen abzuschätzen und potentielle Verwerterbetriebe zu finden.

FICHTNER / Consulting-Unternehmen „gut im Wind"

Investitionsschub erwartet

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Einen Investitionsschub mit entsprechend positiven Auswirkungen auf ihre eigene Geschäftsentwicklung erwartet die zu den führenden deutschen Consulting-Unternehmen zählende Fichtner Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG, Stuttgart, von der durch die Bundesregierung dieser Tage in Gang gebrachten Technischen Anleitung (TA) Luft. Überhaupt liege Fichtner, wie es der Vorsitzende der Geschäftsführung, Rainer F. Elsässer, formulierte, „gut im Wind".

Das seit einigen Jahren verfolgte Unternehmenskonzept einer geographischen und technologischen Diversifikation zeige im laufenden Geschäftsjahr 1985 weitere Erfolge. Dem stärkeren Engagement auf den Wachstumsmärkten in Fernost sowie einer Reihe von europäischen Ländern, Nordamerika und Afrika stehe jedoch ein geschrumpfter Anteil an Aufträgen aus dem Nahost-Bereich gegenüber.

Von der fachlichen Seite her wachse der Anteil der Consulting-Aufräge in den Sektoren Umweltschutz, der rationelleren Energieversorgung, dem Einsatz der Mikroelektronik in Führungs- und Steuerungssystemen ständig. Ein interessantes Zukunftsgebiet erblickt Elsässer auch auf dem Gebiet der kommunalen Abfallwirtschaft.

Die Firmengruppe visiert im Geschäftsjahr 1985 einen Umsatz von 93 Mill. DM an, nachdem in 1984 wie auch im Jahr davor 88 Mill. DM umgesetzt worden sind. Der Inlandsanteil am Umsatz lag im vergangenen Jahr noch unter 20 Prozent, er soll jedoch im laufenden Jahr auf etwa 25 Prozent mit weiter anhaltendem Aufwärtstrend ansteigen.

Der Auftragseingang sichere die volle Auslastung der Kapazitäten bis zum Jahresende. Zu den größeren Aufträgen zählen beispielsweise im Bereich der Stromerzeugung und -übertragung solche aus Java, Bali, Pakistan und Malaysia, wie auch aus den USA der Auftrag für die Planung einer Wärme-Kraftkoppelungsanlage auf Wirbelschichtbasis. Für zahlreiche deutsche Stromversorgungsunternehmen erstellt Fichtner Gesamtplanungen von Rauchgasreinigungsanlagen.

Die Ertragslage des Stuttgarter Beratungsunternehmens wird von Elsässer als „ordentlich" bezeichnet. Das Kapital der Kommanditgesellschaft wurde inzwischen um 1 Mill. auf 3 Mill. DM aufgestockt.

Tochter- oder Beteiligungsunternehmen bestehen in USA, Brasilien und Singapur. Beschäftigt sind bei Fichtner derzeit weltweit rund 460 Mitarbeiter. Die Mehrzahl von ihnen sind Ingenieure und Naturwissenschaftler.

Wochenschlußkurse

New York

	2.8.	26.7.
Adv. Micro Dev.	30,5	29,75
Astra Life	47,25	47
Alcan Aluminium	28,125	28
Alcoa	35,625	34,625
Allied Chemical	45,125	44,875
AMR Corp.	50	46,375
Amax	15,75	16,75
Am. Cyanamid	53,875	53
Am. Express	44,5	43,625
Am. Motors	3,125	3,125
Am. Tel. & Telegr.	21,25	21,875
Amoco Corp.	62,75	65,25
Asarco	22,5	23,625
Atlantic Richfield	58,375	60,875
Avon Products	22,875	22,625
Bally	17,5	18
Bk. of America	17	17,125
Bethlehem Steel	18,125	18,625
Black & Decker	19,5	18,875
Boeing	49,75	47,125
Brunswick	37,625	37
Burroughs	64,875	64,75
Caterpillar	37,25	38,125
Celanese	124,5	121,125
Chase Manhattan	57	57,25
Chrysler	36,25	35,375
Citicorp	47,5	47
City Investing	28,75	29,5
Clorox	36,625	37,5
Coca-Cola	72,75	71,625
Colgate	28	26,625
Commodore	11,5	12,25
Comwth. Edison	29,75	30,25
Comm. Satellite	36,375	36,75
Control Data	27,25	28
CPC Int.	42,125	43
Curtiss Wright	36,625	34,5
Deere	29,875	30,125
Delta Airlines	50,375	48,875
Digital Equipm.	103,125	104,75
Dow Chemical	36,25	36,875
Du Pont	59,875	61
Eastern Gas-Fuel	23	23
Eastman Kodak	45,5	46
Exxon	51,875	53
Firestone	20,625	21,375
Fluor	17,875	17,5
Ford	44,375	44,625
Foster Wheeler	13,625	13,875
Fruehauf	26,25	25,25
GAF Corp.	32	32,5
General Dynamics	75,75	75,5
General Electric	64,125	65,75
General Foods	77,5	77,625
General Motors	71,375	70,75
Gen. T. & E.	40,75	40,875
Goodrich	32,5	31,875
Goodyeartire	29,25	28,75
Grace	42,75	42,375
Halliburton	29,5	30
Heinz	53,25	54
Hewlett Packard	38,5	37,375
Homestake	26,75	26,875
Honeywell	65,375	64,5
IBM	131,75	132,125
Int. Tel. & Tel.	33,375	32,875
Int. Harvester	9,875	9,375
Int. Paper	51,125	51,875
Int. North. Inc.	40,75	41,5
Jim Walter	35,75	35,75
Union Industries	78,875	81,375
Lockheed Corp.	53,5	53,25
Loew's Corp.	50,25	50,375
Lone Star	26	27
Louisiana Land	32,75	33,625
LTV Corp.	8,75	8,375
Mc Dermott	26,625	27
Mc Donnel Doug.	80,875	81,625
Merck & Co.	112,25	112,75
Merrill Lynch	33,25	34,375
Mesa Petroleum	14	14,375
MGM (Film)	18	16,25
Minnesota M.	79,875	80
Mobil Oil	29,375	31
Monsanto	53,5	51,625
Morgan J.P.	49	48,875
Nat. Semiconductor	14,875	13,5
National Steel	29,25	27,25
NCR	34,25	35,5
Newmont	45,5	45,5
PanAm World	7	7
Pfizer	49,25	49,625
Philsco	43,625	42,875
Philip Morris	84,75	82,75
Phillips Petroleum	124	13,125
Pittston	12,375	12,375
Polaroid	32,625	32
Prime Computer	20	19,625
Procter & Gamble	57,875	57,75
RCA	44,25	45,25
Revlon	43	42
Reynolds Ind.	29	27,875
Rockwell Int.	41,625	41
Rorer Group	35,875	35,5
Schlumberger	37,875	39,5
Sears, Roebuck	36,375	36,625
Shell Oil	–	–
Singer	36,625	37,75
Sperry Corp.	50,75	52,75
Stand. Oil Calif.	37,125	38,625
Storage Techn.	2,375	2,375
Tandy	31,875	38,875
Teledyne	252,75	260,125
Telex Corp.	42,125	43,5
Tesoro	10	10,625
Texaco	35,625	37,75
Texas Instrum.	103	105,625
Tosco	3,75	4,375
Trans World Corp.	37,375	38,75
Transamerica	29,625	29,625
Travellers	45	45,375
UAL	58	52,875
Ucoal Corp.	16	16,375
Union Carbide	52	51
Union Oil of Calif.	29,625	31
US Gypsum	38,875	40,625
US Steel	31,125	29,75
United Technologies	42	43
Walt Disney	90,375	87,875
Warner Comm.	30,75	29,125
Westinghouse El.	35,875	35,75
Weyerhaeuser	29,25	29,25
Whittaker	25,125	25,5
Woolworth	45,575	44,75
Xerox	53,625	53,375
Zenith Radio	20,625	20,5
Dow Jones Index	1353,05	1357,00
Stand. & Poors	191,48	192,40

Toronto

	2.8.	26.7.
Abitibi-Price	–	18,25
Alcan Alu.	38	37,75
Bk. of Montreal	30	30,625
Bk. of Nova Scotia	13,625	13,75
Bell Cda Enterprises	43	43,125
Bluesky Oil	3,5	3,75
Bow Valley Ind.	15,125	15,75
Brenda Mines	–	9,375
Brunswick M & Sm.	15,125	15,25
Cdn. Imperial Bk.	34,125	36,125
Cdn. Pacif. Enterpr.	27,875	28,875
Cdn. Pacific Ltd.	19,375	19,625
Cominco	14,125	13,5
Conwest Res.	2,9	3,7
Denison Mines	14	14
Dome Petroleum	2,82	2,92
Domtar	20	19,875
Falconbridge Ltd.	21,375	20,625
Great Lakes Forest	21,125	22
Gulf Canada	19	17,875
Gulfstream Res.	1,15	1,1
Hiram Walker Res.	31,875	32,875
Hudson Bay Mng. Sp.	7,5	7,5
Husky Oil	9,375	9,5
Imperial Oil -A-	49,125	49,375
Inco	20	20,75
Inter City Gas Ltd.	16,125	16,25
Interprov. Pipeline	42,75	42,5
Kerr Addison	16,5	16,75
Lac Minerals	33,5	34,5
Massey Ferguson	3,35	2,81
Moore Corp.	27,5	27,25
Noranda Mines	16,5	17,25
Norcen Energy Res.	13,25	13,5
Northgate Expl.	5,625	6
Northern Telecom	51,75	52,75
Nova An Alberta "A"	6,625	6,875
Nu West Group	0,42	0,45
Oakwood Petrol	7,25	7,75
Provigo Inc.	24,75	24,5
Ranger Oil	4,5	4,65
Revenue Properties	1,8	1,8
Rio Algom	22,875	23,875
Royal Bk. of Can.	31,25	31,25
Seagram	57,25	59
Shell Canada	25,375	25
Sherritt Gordon	7,75	8
Stelco -A-	22,75	23,375
TransCdn. PipeLines	26,125	26,25
Westcoast Transm.	18,375	18
Index: TSE 300	2798,20	2804,60

Tokio

	3.8.	26.7.
Alps.	1380	1330
Bank of Tokyo	840	968
Banyu Pharma	720	708
Bridgestone Tire	541	560
Canon	949	900
Daikin Kogyo	613	632
Daiwa House	748	817
Daiwa Sec.	936	1000
Eisai	1400	1250
Fuji Bank	1680	1790
Fuji Photo	1900	1840
Fuji Radio	1700	1670
Hitachi	725	720
Honda	1400	1420
Ikegai Iron	360	353
Iseian	673	695
Ito Yokado	2780	2850
Japan Air	7600	7860
Japan Met.	357	350
Japan Syn. Rubber	343	347
Kajima	415	465
Kansai Elec.P.	1790	1860
Kao Soap	871	826
Kawasaki H	194	198
Kawasaki S	155	162
Kirin Brewery	710	685
Komatsu	510	528
Kubota Iron	348	342
Kyocera	3830	3570
Makita El.	945	910
Marui	1350	1390
Matsushita El. Ind.	1290	1270
Matsushita El. Wks.	810	800
Mitsubishi CP	630	680
Mitsubishi El.	343	358
Mitsubishi Estate	855	940
Mitsubishi Heavy I	329	350
Mitsui Co. Ltd	443	440
Mitsukoshi	607	640
Mitsumi El	747	680
Nichicon	720	661
Nihon Cement	350	340
Nikko Sec.	811	870
Nippon El.	940	910
Nippon Kokan	150	158
Nippon Oil	857	857
Nippon St.	173	180
Nippon Yusen	310	330
Nissan Motor	622	640
Nomura Sec.	1210	1310
Olympus	1020	910
Penta-Ocean	409	452
Pioneer	1800	1750
Renown	784	766
Ricoh	850	803
Sankyo	1170	1080
Seiyu Stores	749	770
Sekisui Pref.	751	761
Sharp	800	775
Shiseido	1170	1080
Sony	3660	3600
Sumitomo Bank	1880	2110
Taisei Corp.	318	351
Taisho Marine	565	685
Takeda Chem.	825	800
Teijin	480	450
Tokyo Elec	900	851
Tokyo Gas	219	230
Taido Marine	870	1020
Tokyo El. Power	2050	2150
Toray Ind.	515	472
Toshiba Elec	352	348
Toto	770	783
Toyo Kogyo	417	415
Toyota Motor	1160	1200
Yamaichi	821	890
Yamanouchi	3150	3000
Yamaha	658	680
Yamazaki	815	840
Index	1013,86	1058,30

Tennis: Deutschland auf dem Weg zum Sieg. – Formel 1: Ein italienischer Triumph auf dem Nürburgring

● Alle Welt spricht von Boris Becker, 17 Jahre alt, Wimbledonsieger, ein Mann, der nicht nur in Deutschland für Verblüffung sorgt. Doch beim Davispokal-Spiel gegen die USA in Hamburg trat einer aus seinem Schatten heraus: Hansjörg Schwaier kämpfte wie ein Löwe und holte unverhofft einen nicht eingerechneten Punkt gegen Aaron Krickstein.

Hansjörg Schwaier ein Kämpfer mit vorsichtigen Bällen

dpa/DW, Hamburg

Stürmische Winde und Regenschauer störten gestern nachmittag am Hamburger Rothenbaum den Ablauf des dritten Einzels zwischen Hansjörg Schwaier und dem Amerikaner Eliot Teltscher doch sehr empfindlich. Mehrmals mußten die Spieler beim Viertelfinale des Daviscups fluchtartig den Platz verlassen, um Schutz vor dem Regen zu suchen. Überraschend führte Hansjörg Schwaier, der sein erstes Einzel am Freitag gegen Krickstein gewonnen hatte, nach drei Sätzen mit 2:1 (4:6, 6:2, 7:5). Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe lag der Amerikaner im vierten Satz mit 5:3 vorne. Der Gegner für den Sieger des Spiels von Hamburg steht bereits fest: Die Tschechoslowakei, die gegen Ekuador nach zwei Einzeln und dem Doppel bereits 3:0 führte.

Wer Hansjörg Schwaier charakterisieren will, der gebraucht meistens diese Formulierung: Fünf Sätze hintereinander spielt er häufig, fünf Sätze hintereinander spricht er selten. Jetzt in Hamburg beim Daviscup aber gilt das alles nicht mehr, weil der Münchner zur Schlüsselfigur des deutschen Teams geworden ist. Schon nach dem Fünf-Satz-Sieg über Aaron Krickstein war auf einmal alles anders: Die Journalisten standen dicht gedrängt um ihn herum, um mit ihm ein paar Worte zu wechseln.

Dabei zeigte sich Hansjörg Schwaier dann so aufgeschlossen wie selten und bewies, daß er durchaus nicht nur mit dem Schläger umgehen kann. Der Münchner hat mit Deutschlands Tennis-Star Boris Bekker nichts Gemeinsames, er ist ein völlig anderer Typ. Ohne spektakuläre Erfolge hat er sich fast unbemerkt auf den 39. Platz der Weltrangliste geschoben. Er hofft: „Wenn alles gut läuft, komme ich vielleicht dieses Jahr noch unter die ersten 30. Meine Spielweise werde ich deshalb aber nicht umstellen." Seine Spielweise ist auf Geduld und ungeheuer viel Kondition aufgebaut. Schwaier prügelt seine Gegner nicht vom Platz, er zermürbt sie.

Auch Krickstein mußte erfahren – wie schon so viele vor ihm –, daß diese Taktik des sanften Spiels, die auf unermüdlicher Beinarbeit beruht, gefährlich ist. Wie Tischtennis-Vizeweltmeister Eberhard Schöler in seinen besten Zeiten bringt Schwaier jeden Ball zurück – bis sein Gegner den Fehler macht. Im letzten Jahr sorgte der Münchner bei den Offenen Französischen Meisterschaften in Paris gar für das längste Spiel der Grand-Prix-Geschichte, als er sich dem Australier John Frawley erst nach 5:20 Minuten geschlagen gab.

Ebenso vorsichtig wie seine Spielweise war auch sein Einstieg in den Tennissport. Während Becker und auch Michael Westphal vorzeitig die Schule verließen, um sich ausschließlich auf Tennis zu konzentrieren, machte Schwaier sein Abitur und wurde erst dann Profi: „Für mich wäre der Einstieg nach der zehnten Klasse sicher zu früh gekommen." Klar ist er sich darüber, daß sein Weg nicht von vielen beschritten wird: „Die Spieler werden immer jünger, und es wird immer schwieriger, Sport und Schule zu vereinbaren."

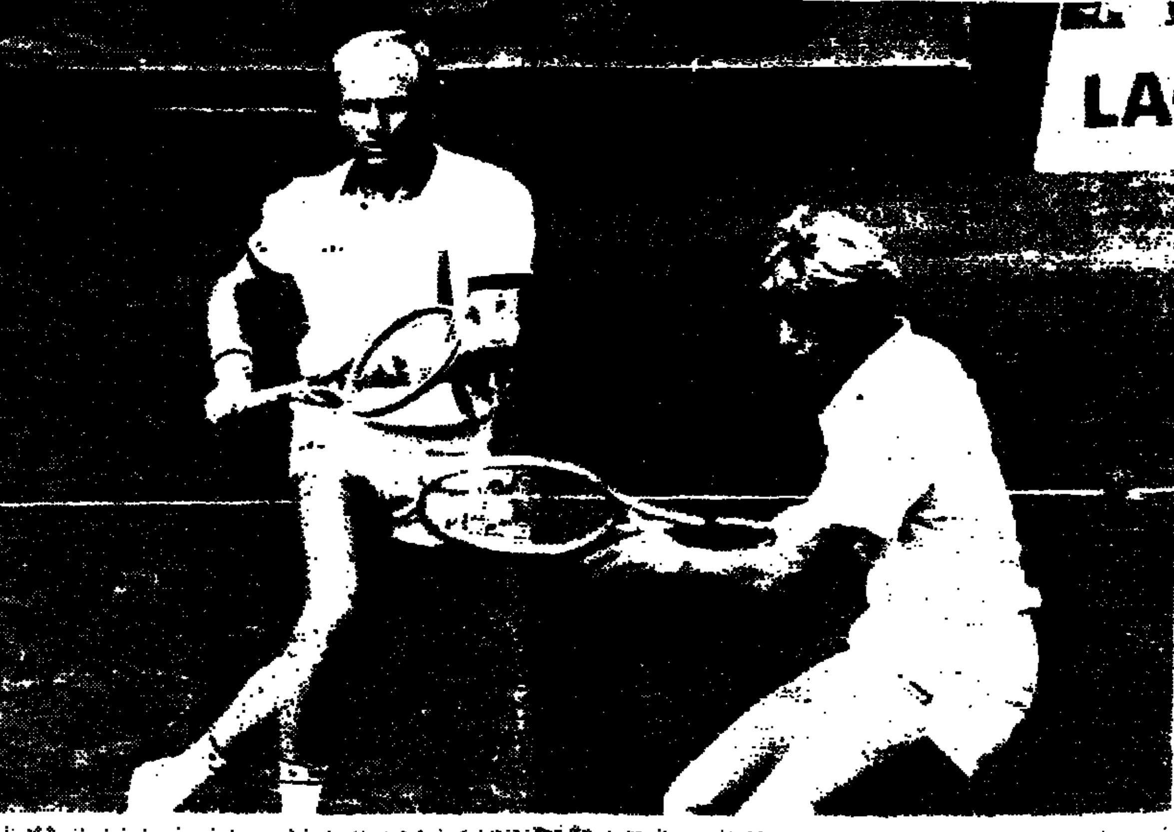
Hansjörg Schwaier aber steht dieser Entwicklung skeptisch gegenüber. Er sagt: „Gut, ich könnte mir sagen, vielleicht wäre ich jetzt schon unter den ersten 20, aber was ist, wenn ich mit der Schule aufgehört hätte, und dann hätte es mit Tennis nicht geklappt? Ich bereue nichts." Betreut wird Schwaier vom bayrischen Landestrainer Tom Würth.

Sein Trainer kann ihn nicht rund um die Uhr betreuen, auch dies ist ein Unterschied zu Boris Becker. Aber Schwaier wird mit dieser Situation fertig: „Sicher wäre es schön, wenn Tom immer dabei sein könnte, aber er hat nun einmal andere Verpflichtungen. Ich bin damit zufrieden, wie es nun einmal ist. Meinen Saisonplan besprechen wir gemeinsam." Nach dem Daviscup wird er in der nächsten Woche in Kitzbühel spielen. Dann folgen Cincinatti, die US-Open, Stuttgart und Barcelona. Das ist dann wieder der Alltag eines ganz anderen Tennis-Profis.



Zärtliche Begegnung am Rande des Daviscups: Hansjörg Schwaier und seine Freundin Doris Brandt aus Dortmund. FOTO: WITTERS







Am Ende konnten auch die Zuschauer nicht mehr helfen: Andreas Maurer (links) und Boris Becker boten den Weltmeistern Seguso/Flach einen großen, aber vergeblichen Kampf in fünf Sätzen. FOTO: SIMON

Das Doppel: Begeisterung und Wut

H. J. POHMANN, Hamburg

Für den 27 Jahre alten Andreas Maurer kam es wieder einmal bitter. Nach dreieinhalb Stunden unterlag er an der Seite von Boris Becker den Amerikanern Ken Flach/Robert Seguso in einem dramatischen Spiel 2:6, 8:6, 1:6, 6:4, 5:7 und verpaßte die Chance, endlich einmal als Held gefeiert zu werden. Voller Wut knallte er seinen Schläger auf den Boden, packte seine Tennissachen zusammen und verschwand sofort in der Kabine.

Andreas Maurer selbst war sehr enttäuscht, die Zuschauer waren es nicht. Derzeit werden hierzulande auch Niederlagen bejubelt. Auf einem offiziellen Bankett am Samstag abend im großen Ballsaal des Hamburger Interconti Hotels war bei den Offiziellen wenig von Enttäuschung zu spüren. Vor 300 (!) geladenen Gästen plauderte Verbands-Präsident Claus Stauder vom „ständig wechselnden Glück". Team-Kapitän Wilhelm Bungert kommentierte: „Ein normales Ergebnis, obwohl ich gehofft hatte, daß unsere Beiden vielleicht schon im Doppel alles klar machen würden."

Doch den entscheidenden dritten Punkt im Viertelfinale des Daviscups gegen die Amerikaner nach den zwei Einzel-Siegen durch Becker und Schwaier sollte es nicht geben. Obwohl die Chancen erstklassig waren, denn Boris Becker und Andreas Maurer fehlten im letzten Satz beim Stand von 5:3 noch zwei Bälle zum Triumph. Bei 5:4 vermochte Becker seinen Aufschlag aber nicht durchzubringen. Becker: „Als ich beim 5:4 aufschlug, hatte ich zwar ein gutes Gefühl, doch sicher war ich nicht."

Von Beginn an sah es für die deutsche Paarung böse aus. Wie befürchtet, wirkte Andreas Maurer gehemmt. Stets war er nur bemüht, keine Fehler zu machen. Das konnte gegen die WCT-Weltmeister Flach/Seguso nicht gut gehen. Kompromißlos spulten die Amerikaner ihr Programm mit Aufschlag-Assen, plazierten Returns und gekonnten Flugbällen herunter. Ein Klassenunterschied tat sich auf, schnell gewannen Flach/Seguso den ersten Satz in 32 Minuten 6:2 und nahmen den Deutschen auch im zweiten Durchgang sofort zweimal den Aufschlag ab. Eine Ausgangsposition, die normalerweise schon die Entscheidung bedeutet.

Die Chancen von Becker und Maurer waren auf den Nullpunkt gesunken. Erst beim 5:5 trat die Wende ein. Der Satz wurde von den Deutschen schließlich mit 8:6 gewonnen. Wie läßt sich dieser Wechsel erklären? Zum einen sicherlich damit, daß sich bei den überlegenen Amerikanern urplötzlich eine Lässigkeit bemerkbar machte. Die Bestrafung folgte auf dem Fuß. Becker/Maurer, die vermeintlich schwächeren, steigerten sich bravourös.

Lautstark angefeuert von den wiederum 11 000 Besuchern am Hamburger Rothenbaum, und dies ist eine weitere Erklärung, gelangen Becker und Maurer am Netz einige spektakuläre Punkte und auf einmal bestimmten sie das Spiel.

Da blühte der bis dahin blasse Maurer auf, bestens unterstützt von Boris Becker. Und auch das Gespann Tiriac/Bosch spielte dabei eine Rolle. Ständig gab Bosch den beiden Deutschen aus seiner Loge heraus versteckte Handzeichen, mit denen er die Wechseltaktik von Flach/Seguso durchkreuzen wollte. Die Amerikaner arbeiteten auf dem Platz in klassischer australischer Manier. Hinter dem Rücken signalisierten sie mit der Faust oder gespreizten Fingern entweder ein Stehenbleiben oder ein Wechseln der Seiten.

Pech daher für Becker/Maurer, daß unmittelbar nach ihrem 8:6 Satzgewinn ein Regenguß einsetzte, der eine Pause von anderthalb Stunden erforderlich machte. Wenn in Hamburg die Bedingungen nicht so „vorsintflutlich" (Präsident Stauder) gewesen wären, hätte bereits nach einer halben Stunde wieder gespielt werden können. So wurde nur eine einfache Plane über den Sandplatz gelegt. Nur wohin mit dem Wasser? Zumal es keine geeigneten Abflußmöglichkeiten gab. So kamen die Platzarbeiter, die mit Minischwämmen versuchten, die Pfützen aufzusaugen. Eine Maschinenfabrik aus Rheine wird daher dem Hamburger Tennis-Verband in den nächsten Tagen ein Angebot über eine automatische Regenschutzanlage für 75 000 Mark vorlegen.

Vorbei war es also mit dem Rhythmus der Deutschen, die den dritten Satz sehr schnell mit 1:6 verloren. Was dann jedoch folgte, war reinste Volksfeststimmung. Vorbei war es mit der vornehmen kühlen hanseatischen Zurückhaltung. Zugabe, Zugabe, schallte es von den Rängen und rhythmisches Klatschen begleitete jeden Punktgewinn der Deutschen. Jetzt zeigte der 17jährige Wimbledonsieger Boris Becker, daß er auch schon für das Doppel-Spiel das richtige Gefühl besitzt. Intuitiv nutzte Becker dabei sein spielerisches Potential aus. In Beckers Sog steigerte sich auch Andreas Maurer zu einer für ihn optimalen Leistung. Gefühlvolle, weiche Returns und offensive Topspinlobs von Maurer begeisterten die Fans, die den Gewinn des vierten Satzes frenetisch feierten. Doch im letzten Satz half auch die Unterstützung des Publikums nicht mehr.

● Der Italiener Michele Alboreto hat den Nürburgring erobert. Beim Großen Preis von Deutschland lieferte er seinem härtesten Widersacher in der Formel-1-Weltmeisterschaft, dem Franzosen Alain Prost, einen packenden Zweikampf – und gewann. Manfred Winkelhock und Arnold Palmer mit dem deutschen Zakspeed schieden aus. Stefan Bellof belegte Platz acht.

Alain Prosts Poker ging nicht auf: Alboreto siegte

sid, Nürburgring

Der französische Vize-Weltmeister Alain Prost pokerte beim Großen Preis von Deutschland auf dem Nürburgring hoch und verlor. Nicht der 30 Jahre alte McLaren-Porsche-Fahrer, der rundenlang in Lauerstellung gefahren war, gewann diesen neunten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft sondern der 28jährige Italiener Michele Alboreto auf Ferrari. Prost vergab seine Chancen mit einem spektakulären Dreher in der Kurve von Start und Ziel. Nach den 67-Runden-Rennen (304,31 km) blieb ihm der zweite Platz vor dem Franzosen Jacques Lafitte auf Ligier-Renault.

Alboreto, der seinen 66. Grand Prix bestritt und seinen zweiten Saisonsieg feierte, baute seine WM-Führung auf 46 Punkte aus vor Prost mit 41. Der Italiener Elio de Angelis, der mit Turboschaden an seinem Lotus-Renault ausfiel, liegt mit 26 Punkten weiter an dritter Position. Titelverteidiger Niki Lauda (Österreich/ McLaren-Porsche) setzte auch am „Ring" seine Pechsträhne fort. Nach einem Boxenstop kam er immerhin noch auf den fünften Platz hinter dem Belgier Thierry Boutsen auf Arrows-BMW und konnte sich mit neuem Rundenrekord trösten.

Für die Deutschen blieben in ihrem Heimat-Grand-prix nur die kleinen Preise. Der Engländer Jonathan Palmer mußte im deutschen Zakspeed wegen eines Öllecks sowie eines gebrochenen Keilriemens bereits in der siebten Runde aufgeben. einen Umlauf später parkte der Waiblinger Manfred Winkelhock mit Motorschaden im RAM-Hart auf dem Grünstreifen. Der Gießener Stefan Bellof kam bei seinem ersten Turboeinsatz mit dem Tyrrell-Renault trotz eines kurzen Boxenstops immerhin auf den achten Rang.

Das Rennen vor rund 70 000 Zuschauern (über 100 000 an allen drei Tagen zusammen) begann furios. Während der überraschend Schnellste im Training, der Italiener Teo Fabi (Toleman-Hart) spät wegkam, bog der Brasilianer Ayrton Senna (Lotus-Renault) als erster in die erste Kurve. Beide fielen allerdings später aus. Noch in der Start-Runde übernahm Rosberg das Kommando (siehe untenstehenden Bericht), mußte jedoch im 26. Umlauf Senna wieder passieren lassen. Dahinter rangelten Alboreto, de Angelis und Prost um die Plätze zwei bis vier. Der „Rest der Welt" war bereits deutlich abgeschlagen.

Die Japaner kommen

Nach Uhren-, Optik- und Autoindustrie ist jetzt die Formel 1 fällig. Die Japaner haben auch den Grand-Prix-Zirkus entdeckt. Acht Techniker, kleiner Wuchs, schwarze Haare, geschlitzte Augen huschen durch die Williams-Box.

Ein Motor „made in Japan" gilt als das derzeit schnellste und – was in Anbetracht der 1986 um 25 auf 195 Liter weiter verschärften Kraftstofflimitierung wesentlich ist – sparsamstes Triebwerk in der Formel 1. Und mit dem Honda-Aggregat ist auch der englische Rennstall des 42 Jahre alte Londoners Frank Williams wieder in den Kreis der First-Class-Teams zurückgekehrt.

In Silverstone stellte Keke Rosberg (36) einen neuen Weltrekord auf: Mit 249,59 km/h ermittelte der Streckencomputer den schnellsten Rundenschnitt, der je von einem Formel-1-Auto gefahren wurde.

Auf dem Nürburgring erreichten die Williams-Rennwagen mit 253,343 km/h (Mansell) und 252,987 km/h (Rosberg) auf der Start- und Zielgerade neben Ferrari-Pilot Michele Alboreto das Höchsttempo der 27 Wagen starken Konkurrenz. Im Training fuhr Rosberg schließlich auf Rang vier vor, am Vormittag vor dem Rennen schockte er die Konkurrenz beim sogenannten „warm up" mit der schnellsten Zeit (1:23,116).

Die Renaissance des Williams-Stalls (Fahrerweltmeister 1980 mit Allan Jones, Konstrukteursweltmeister 1981, Fahrerweltmeister 1982 mit Keke Rosberg) startete mit dem Engagement des japanischen Auto- und Motorradherstellers Honda. Ende 1983 tauschte Williams den antiquierten Cosworth-Ford-Motor gegen ein Turboaggregat aus dem Land der aufgehenden Sonne aus.

Doch wie bei den anderen Rennställen benötigte die Turbotechnik seine Anlaufzeit. Noch zu Beginn der 85er Saison in Rio explodierte ein Turbolader nach dem anderen. Doch seitdem Rosberg und Mansell ein neues Aggregat fahren, das bei geheimen Tests in Japan seine Standfestigkeit erhielt, scheint in der Dreierbeziehung Williams-Honda-Rosberg die Sonne: Sieg in Detroit, Pool-Position und zweiten Platz in Le Castellet, Pool-Position in Silverstone.

Die Geschichte des Williams-Comebacks ist aber zugleich die Geschichte eines Keke Rosberg in Superform. Kollege und Weltmeister Niki Lauda sagt: „Er ist wahnsinnig schnell und gut, hat keine Schwächen."

Das private Glück – auf die Heirat mit der Wiesbadenerin Sina („Ich bin jetzt ruhiger und glücklicher") folgte vor sechs Wochen die Geburt des Sohnes Nico – scheint den „fliegenden Finnen" eher beflügelt, denn in seiner Risikobereitschaft gebremst zu haben. Schließlich sagt er auch: „Wenn ich einmal aufhöre, dann wegen der ewigen Reiserei, die mir auf den Keks geht. Aber nicht aus Todesangst."

Doch ans Aufhören denkt der gelernte Computer-Systemanalytiker nicht, obwohl der als ausgeprägt geschäftstüchtig geltende Rosberg längst ausgesorgt hat. „Irgendwas muß man ja machen. Da fahr ich schon am liebsten Rennen." So einfach ist das.

Für diese Saison, so scheint es, ist der Weltmeisterschaftszug schon abgefahren. Doch wenn Rosberg sagt: „Mein Ziel ist die Weltmeisterschaft; ich will überall gewinnen". liegt er damit auf der gleichen Wellenlänge wie Teamchef Williams, der von sich aus sagt: „Ich will nur siegen."

Das will Honda auch. Nach dem Vorbild der deutschen Motorenbauer BMW (Weltmeister mit Nelson Piquet 1983) und Porsche (Weltmeister mit Niki Lauda 1984) will Honda spätestens 1986 den Titel. Die Autobranche hat gerade die Motorenkonstruktion als Imageträger für Qualität entdeckt. Und was könnte werbewirksamer



Weltmeister im Training: Keke Rosberg. FOTO: MÜLLER

sein als die Aussage: Honda ist besser als Porsche und BMW?

In der Motorrad-Weltmeisterschaft ist Honda bereits am Ziel. Der Amerikaner Freddy Spencer holte sich am Sonntag in Silverstone die Titel in der – besonders konkurrenzstarken – 250 ccm-Klasse und in der Königsklasse, der 500 ccm-Kategorie.

*

Ein Mann, der im Grand-Prix-Gewerbe seit Jahren der Konkurrenz hinterher fährt, war vor dem Rennen die große Überraschung: Der 30 Jahre alte Italiener Teo Fabi nahm im Toleman-Hart die beste Startposition des Trainingsbesten ein. Der Mann aus Mailand, der nach den Schwierigkeiten des Toleman-Rennstalles erst seinen vierten Grand Prix für Manager Peter Collins bestreitet, hatte das Glück, daß sich seine Hoffnungen auf Regen am Samstag im Abschlußtraining erfüllte: So blieb seine schnelle Runde von 1:17,42 Minuten (211,1 km/h) bestehen, die er am Vortage mit superschnellen Qualifikationsreifen erzielte.

Teo Fabi, der sich 1983 einen Namen machte, als er beim berühmten 500-Meilen-Rennen von Indianapolis die Pool-Position einnahm, hatte im Abschlußtraining dann auch den einzigen – allerdings glimpflich verlaufenden – Unfall: Auf nasser Piste geriet er in der ersten Runde bei der Einfahrt in die Boxenstraße ins Rutschen und knallte gegen die Leitplanken, wobei sich der Wagen mehrfach drehte. ALFRED WEINZIERL

Englische und deutsche Reiter – der kleine, feine Unterschied

WERNER EMS, Dinard

Der Vergleich drängt sich förmlich schon nach drei von fünf Wertungs-Umläufen der Europameisterschaft auf. Hier die Briten, da die Deutschen. Hier zwei Brüder und doch schon fast zwei Generationen auf den Plätzen eins und zwei, da zwei alte Hasen, denen seit Wochen schon bald das letzte Ründchen im Parcours prophezeit wird. Hier der Erfolg, da nur düstere Prognosen; hier Souveränität, da nur hektische Diskussionen hinter den Kulissen; hier kontinuierliche Arbeit, da ein (noch) zaghaft geprobter Aufstand.

Die britischen und die deutschen Springreiter – so weit lagen sie in den Ergebnislisten dieser Europameisterschaft im französischen Dinard ja gar nicht auseinander. In der Mannschaft Gold für die Briten, Bronze für die Deutschen, im Einzel John (30) und Michael (25) Witaker an der Spitze, Paul Schockemöhle (40) und Peter Luther (46) auf den Plätzen vier und fünf. Gar nicht so weit auseinander also, und doch liegen inzwischen Welten dazwischen.

John und Michael Witaker stehen für all das, was den britischen Springsport seit Jahren zum Dauerschlager in den Parcours dieser Welt macht. John, der älteste von vier Brüdern, die allesamt zuerst bei der Mutter Reitunterricht nahmen, bestritt 1975 seinen ersten Nationenpreis, wurde 1980 bei den Olympia-Ersatzspielen der Reiter Zweiter, 1983 im Weltcup-Finale Dritter und immer saß er im Sattel von Ryan's Son. Und jetzt, in Dinard präsentierte er den relativ unerfahrenen aber eben konsequent aufgebauten Hopscotch. „Nur ein mittelmäßiges Pferd", sagen die Konkurrenten in Dinard, „aber ein ganz großer Reiter, vielleicht sogar der derzeit beste in Europa." Er gilt als ruhiger, ja schon wortkarger Zeitgenosse, der solide Arbeit jedem Spaß vorzieht. Nur wenn er dann richtig arbeitet, wenn er im Parcour reitet, dann entwickelt der Mann von der Hayside Farm in West Yorkshire plötzlich Temperament, hält auch dem stärksten Druck stand.

Bruder Michael ist das, was der tödlich verunglückte Bundestrainer Hermann Schridde „heiß auf jede Mark" nannte und was Ronnie Massarella, der Teamchef der Briten, so formuliert: „Der sieht hinter jedem Sprung die Kasse stehen." Man kann es auch Siegeswillen nennen, schließlich gelten ja die Brüder Witaker offiziell als Amateure – was aber nichts anderes heißt, als das die Sieggelder nur auf ein Sperrkonto fließen, auf dem auch das Gehalt des Sponsors landet. Aber das ist ja so ungewöhnlich nicht, immerhin bezieht ja Paul Schockemöhle aus derselben Kasse Geld. Dem Deutschen zahlt der Textilkonzern Next für drei Jahre 400 000 Mark, den Witakers so viel, daß sie sich ganz auf das Reiten konzentrieren können und dazu keine Angst haben müssen, daß ihnen die guten Pferde unterm Hintern weg verkauft werden. Paul Schockemöhle: „In England wird in der Berichterstattung der Name des Sponsors *stets* genannt, bei uns am liebsten verschwiegen. Aber irgendwie will ein Geldgeber ja von seinem Einsatz auch etwas haben – und weil er bei uns nichts bekommt, gibt es so gut wie keine." Aber ist es das allein? Wohl kaum, Schockemöhles Angestellter, Franke Sloothaak kann da als Beispiel dienen. Auch er muß sich um sein Auskommen keine Gedanken machen – und sitzt doch bei großen Championaten wie gelähmt im Sattel, in Dinard erreichte er nicht einmal das Finale der besten Zwanzig. Mit dem Nachwuchs ist also bei den Deutschen kein Staat zu machen – und die Alten werden langsam alt. Die noch verbliebenen Traumpaare, zu einem guten Reiter gehört auch ein gutes Pferd, gehen bald in Rente. Deister und Livius, die derzeit wohl einzigen Pferde von internationalem Format sind 14 Jahre alt und ihre Reiter haben auch die eigene Karriere eng mit dem Leistungsvermögen ihrer Superpferde verknüpft.

Da aber noch wird, was noch nicht ist, wäre es ja wenigstens ein Silberstreif, gäbe es da jemanden, der die Truppe aus dem Tunnel herausführen könnte. Nach dem Tod Schriddes wurde auf einen Erfolgreichen gesetzt: Hans Günter Winkler, den fünffachen Olympiasieger. In Dinard aber hielten die Reiter schon Gericht über ihren neuen Chef, der diesen Job zunächst nur kommissarisch ausübt, möglicherweise aber auch länger bleiben soll. Während Winkler noch zufrieden über Mannschaftsbronze referierte, kreideten ihm die Reiter Pannen und Unterlassungssünden an: Eine schlechte Unterbringung ebenso wie mangelnden Überblick während der Prüfungen und zudem noch fehlende Präsenz auf dem Abreiteplatz.

Aber weil ja ein Krach bei den deutschen Reitern selten allein kommt und es ja schon fast besorgniserregend lange ruhig war, wurde gleich weiter hinter den Kulissen geschossen. So brachten die einen mit Karsten Huck zwar den einzigen – aber eben auch nicht gerade besonders erfolgreichen deutschen Profi für den Job des Bundestrainers ins Gespräch. Die anderen spielten mal wieder mit dem Image des Paul Schockemöhle als Deutschlands größter Pferdehändler. Ulrich Meyer zu Bexten, so wurde hinter der Hand kolportiert, reite in einer Mannschaft mit Schockemöhle nur deshalb so schwach, weil er permanent in der Angst lebe, Schockemöhle wolle ihm nur seine guten Pferde wegkaufen.

Die Geschütze für neue Grabenkriege sind also in Stellung gebracht, neue Mißerfolge werden die Fronten nur verhärten. Vielleicht fehlt den Deutschen aber auch nur einfach einer wie Ronnie Massarella, der seit 1969 die britische Equipe mit Herz managt und ein Klima schafft, daß den Erfolg möglich macht. Ob er mit einer Knaben- oder einer Altherren-Truppe antritt – in Massarellas Team stimmt die Harmonie. Da stört es sogar keinen, daß der Chef etwas gegen Frauen hat, auch wenn sie, wie Liz Edgar diesmal als Ersatzfrau, im Team sind. Massarella sieht sie lieber vorm Herd als im Sattel. Darüber aber reden die Engländer gar nicht – die Medaillen bieten ja auch Gesprächsstoff genug.

LEICHTATHLETIK / Es geht wieder aufwärts. Großartiger Lauf über 400 m, Rekord von Ulrike Denk

Skamrahl über Lübke: „Er wird ein Großer“

KLAUS BLUME, Stuttgart

Die Stunde danach sei die schlimmste, hatte man ihm gesagt. Er mußte es selber erfahren, daß der Körper sich verselbständigte, daß er dem eigenen Willen nicht mehr gehorchte, als ihm schwarz vor Augen und anhaltend hundeelend wurde. Nein, zur Pressekonferenz kommen könne er auf keinen Fall. Wie auch? Der 21 Jahre alte Ralf Lübke hatte nach zwei Anläufen seinen ersten großen 400-m-Lauf absolviert – als Zweiter der deutschen Meisterschaften von Stuttgart in 45,06 Sekunden. Er hatte dabei den Sieger, Europarekordler Erwin Skamrahl, zu sehr guten 44,92 Sekunden getrieben und immerhin Spitzenläufer wie Harald Schmid, den Europarekordler über 400 m Hürden und Hartmut Weber, den Europameister über 400 m, hinter sich gelassen.

Bei diesem Klassefeld kam es, wie es kommen mußte: Die 400 m Entscheidung von Stuttgart wurde zum großen Ereignis, das Erwin Skamrahl so gestaltete wie einst, als er noch erfolgreich auf Rekordjagd war: 300 m lang ging er forsch zur Sache, „und danach Alles oder Nichts“ (Skamrahl). Was nötig war, denn sogar noch die beiden zeitgleichen Vierten – der Dortmunder Jörg Vaihinger und der Kornwestheimer Klaus Just – legten diesen langen Sprint noch in hervorragenden 45,52 Sekunden zurück. Lübke: „Bei 350 Meter glaubte ich, Erwin noch einholen zu können, doch er hielt voll dagegen, mir fehlte noch etwas Stehvermögen im letzten Abschnitt.“ „Dennoch“, so Erwin Skamrahl, „war das noch keine Wiederauferstehung der deutschen 400-m-Läufer. Wir stehen nämlich erst am Anfang, um wieder den Anschluß an die Engländer und an die DDR-Läufer zu finden.“

Ungewohnte Worte von einem, der einst verkündete, er würde fortan sogar die Amerikaner in Grund und Boden laufen – und dann so oft kläglich versagte. Bundestrainer Manfred Kinder ist denn auch von Skamrahls Möglichkeiten gar nicht mehr überzeugt. Deshalb ist es auch fraglich, ob der Polizist aus Groß Ilsede in zwei Wochen beim Europacup-Finale in Moskau für die deutsche Mannschaft über 400 m antreten wird. Und dies, obwohl Skamrahl nun in der Europa-Rangliste hinter dem „DDR“-Läufer Schönlebe (44,62 Sekunden) und dem Engländer Redmond (44,82) immerhin Platz drei einnimmt.

Doch wer sollte in Moskau anstelle von Skamrahl laufen? Bernd Knut, Ralf Lübkes umsichtiger Leverkusener Heimtrainer, hat gleich am Abend nach dem großen 400-m-Finale von Stuttgart gesagt, daß es in diesem Sommer für Lübke kein weiteres 400-m-Rennen geben würde. „Allenfalls startet er in der deutschen 4 x 400-m-Nationalstaffel“, sagt Knut. Was völlig in Ordnung ist, denn Lübke, der Olympiafünfte über 200 m in Los Angeles, der deutsche Vorjahresmeister auf den beiden Sprintstrekken 100 m und 200 m, ist schließlich sieben Jahre jünger als Skamrahl und alles andere als ein bereits fertiger Läufer. Lübke ist zwar ein athletischer Läufer – doch diese Kraft ist schnell verbraucht, wenn man mit ihr nicht haushaltet.

In Stuttgart ist Lübke über 400 m schließlich auch nur angetreten, weil er zuvor ständig Schmerzen in der Leistengegend verspürte. Außerdem setzte dem jungen Mann mal wieder der Ischiasnerv zu. So beschlossen er und sein Trainer, bei den deutschen Meisterschaften die 400-m-Distanz als wichtigste Strecke auszuwählen, weil die Schmerzen die allzu explosiven Sprintbewegungen auf den kürzeren Strecken nicht zuließen.

Wie man über 400 m zu laufen habe, hatte Lübke am 12. Juli in Leverkusen getestet – gleichmäßig und ruhig, in für ihn eher gemütlichen 45,95 Sekunden. „Er sollte keinerlei Risiko eingehen“, sagt Knut. Denn da gab es schließlich noch eine Hemmschwelle zu überwinden. Als jugendlicher Läufer hatte sich Ralf Lübke 1981 in Köln schon einmal an diesen 400 m andauernden Sprint herangewagt. Das Wagnis wurde zu einem 400 m dauernden Alptraum, und er mußte seiner Mutter versprechen, nie wieder auf dieser Strecke anzutreten. Ein Versprechen, das mittlerweile nicht mehr einzuhalten ist. Auch, weil Erwin Skamrahl über ihn sagt: „Ein 400-m-Läufer muß Angst vor seiner Strecke haben, sie erkennen und damit fertig werden. Lübke hat diese Angst. Schon deshalb wird er einmal ein ganz Großer.“



Umarmung schon kurz hinter dem Zielstrich: Erwin Skamrahl (links), Ralf Lübke, dazwischen Harald Schmid. FOTO: BONGARTS

Hürden-Rekord, aber noch viel Abstand zur Weltspitze

In Moskau muß man eine solche Zeit laufen – das zählt. Aber so?“ Ulrike Denk schien gar nicht begeistert. In 12,84 Sekunden hatte die 21 Jahre alte Biologie-Studentin die 100-m-Hürden-Strecke durcheilt, das war schließlich deutscher Rekord und immerhin Platz sechs in der Weltjahres-Bestenliste. Eine ordentliche Hausnummer nennen die Leichtathleten so etwas. Doch Ulrike Denk wiegelte ab: „Man kann nicht sagen, daß ich den Ostblock im Hürdensprint bereits eingeholt habe.“

Was stimmt und zugleich bedeutet, daß Ulrike Denk trotz dieser Steigerung nicht die geringsten Chancen hat, beim Weltcup-Finale im November in Canberra (Australien) in die Europa-Auswahl berufen werden zu können. Das ist nun einmal die Situation. Was zugleich aufzeigt, wie hoch der internationale Standard derzeit im Frauen-Hürdensprint ist und warum der Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV) diese Disziplin eine Schwachstelle nennt.

Ulrike Denk, die Fossilien sammelt, die gern daheim in Bornheim bei Bonn mit ihrem schwarzen Pudel lange Spaziergänge unternimmt, kann nun für einen Aufschwung über den Hürden sorgen. Talent dafür hat sie, erblich vorbelastet ist sie auch. Ihr Vater und zugleich ihr Trainer, der Bonner Didaktik-Professor Heinz Denk, war einst ein hervorragender Dreispringer. Die Mutter belegte (damals noch unter ihrem Mädchennamen Renate Krämer) bei den Europameisterschaften 1954 in Bern den achten Platz im Hochsprung. Die Tochter, einst Kunstturnerin, ist nun auf dem besten Wege zur international renommierten Hürdenläuferin. Dazu hat sich die ehemalige Sprinterin entschlossen, „denn wenn Hürden zwischen Start und Ziel stehen, ist alles viel spannender“.

Platz sechs in der aktuellen Weltrangliste schaffte über 100 m auch die Sindelfingerin Heide-Elke Gaugel. In 11,15 Sekunden hatte sie diese Strekke zurückgelegt und sich bis auf 14 Hundertstelsekunden dem deutschen Rekord von Olympiasiegerin Annegret Richter aus dem Jahre 1976 genähert. Im europäischen Verband gilt sie nun als ernsthafte Kandidatin für einen Startplatz in der Europaauswahl für den Weltcup. Als sie davon erfuhr, schüttelte sie nur den Kopf. „Ich will an so etwas noch nicht denken und am liebsten wäre mir, wenn so etwas jetzt noch gar nicht bekannt würde.“ Was sich aber schon deshalb nicht verhindern läßt, weil die Wartezeit auf Glanzzeiten deutscher Sprinterinnen immerhin neun Jahre gedauert hat.

K. Bl

Europacup treibt die Athleten an, vor allem wieder einmal Harald Schmid

KLAUS BLUME, Stuttgart

Es geht aufwärts mit der deutschen Leichtathletik. So mancher ausländische Beobachter bei den 85. deutschen Meisterschaften im Stuttgarter Neckarstadion rieb sich verdutzt die Augen. Der Prager Leichtathletik-Journalist Jan Popper: „Die deutschen Mannschaften werden in 15 Tagen beim Europacup-Finale in Moskau sowohl bei den Herren als auch bei den Damen ganz deutlich den dritten Platz belegen. Die Tschechoslowakei zum Beispiel, die mit ihrer 400-m-Läuferin Kocembova sowie den Weltmeisterinnen Yarmila Kratochvilova und Helene Fibingerova hinter der DDR und der UdSSR den dritten Platz zu belegen glaubte, wird das Team aus der Bundesrepublik Deutschland nicht schlagen können.“

Eine überaus optimistische Prognose, aber es hat in der Tat im Stuttgarter Neckarstadion einen beträchtlichen Aufschwung gegeben, selbst in den bisher schwachen Disziplinen. Zum Beispiel bei den Hürdensprints, als Ulrike Denk (LG Bayer Leverkusen) mit 12,84 Sekunden deutschen Rekord über 100 m Hürden lief, als der Mannheimer Michael Radzey Meister auf der 110 m Hürden-Strekke in 13,78 Sekunden wurde. Oder da war der hervorragende 400-m-Lauf der Herren, den Europarekordler Erwin Skamrahl in 44,92 Sekunden gewann. Aber es war ja nicht nur Skamrahl, der dabei glänzte. Die Läufer auf den Plätzen danach garantieren für die Fortsetzung einer Tradition im Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV). Sie bürgen für eine 4 x 400-m-Staffel, die in Moskau ein ernsthafter Rivale für die „DDR“ mit dem überragenden Thomas Schönlebe an der Spitze sein kann.

Der ebenfalls in Stuttgart anwesende und auch Siegerehrungen durchführende „DDR“-Verbandspräsident Professor Georg Wiczik sah eine Meisterschaft, die darauf deutete, daß es in Moskau in den DLV-Mannschaften kein Schwachpunkt geben wird. Jedenfalls fast nicht. Im Speerwerfen der Frauen herrscht auch weiterhin Mittelmaß vor, denn Meisterin Beate Peters aus Dortmund wird mit Würfen um 65 m gute fünf Meter hinter der Weltspitze liegen. Und sieht man einmal von der im 1500-m-Lauf bei ihrem 55. deutschen Meistertitel dominierenden Brigitte Kraus ab, so geht es im Mittelstreckenbereich der Damen auch noch nicht allzu zügig voran.

Dennoch: Beachtlich war das Engagement der Athletinnen und Athleten und gerade das war zuvor stets vermißt worden. DLV-Präsident Eberhard Munzert sagt dazu: „Zu mir sind viele Athleten gekommen und haben gesagt, ich will es hier beweisen. Thomas Wessinghage zum Beispiel sagte: Ich möchte nicht, daß der 1500-m-Lauf hier in Stuttgart in der Versenkung verschwindet. Deshalb habe ich resolut von der Spitze aus das Tempo gemacht.“ Meister wurde zum dritten Mal hintereinander der Wolfsburger Uwe Becker, Wessinghage opferte sich und belegte Platz vier. Der Europameister im 5000-m-Lauf erhielt für seine besonderen Verdienste um die deutsche Leichtathletik den Rudolf-Habig-Preis.

Ein Preis, den wohl eines Tages auch Patriz Ilg, der Welt- und Europameister im 3000-m-Hindernislauf, erhalten wird. Nach einjähriger Pause, erzwungen durch Verletzungen und Krankheit, lief Ilg im Stuttgarter Neckarstadion sein Tempo ganz allein – vom Start bis ins Ziel. Für drei Jahre hat er sich nun vom Dienst als Lehrer freistellen lassen, um nur noch zu Laufen. Das neue Förderungskonzept des Verbandes macht es möglich. In Stuttgart sagte Ilg: „Ich bin zwar kein Typ für angesagte Weltrekorde, aber ich bin überzeugt, die Hindernisstrecke unter acht Minuten laufen zu können. Ich habe zwar eine miserable Technik bei der Überquerung der Hindernisse, was gegenüber einem Flachrennen rund 30 Sekunden Einbuße bringt, doch ich kann es schaffen.“ Zur Erklärung: Der Weltrekord von Henry Rono aus Kenia steht bei 8:05,4 Minuten, und bisher tun sich die besten Hindernisläufer der Welt überaus schwer, annähernd solche Zeiten zu erzielen.

Aber es paßt zu dem, was Verbandspräsident Munzert Engagement und Zielvorstellungen nennt. von 25 000 Zuschauern begeistert gefeiert eröffnete Europameister Harald Schmid den letzten Tag der Meisterschaften im 400-m-Hürdenlauf mit der neuen europäischen Jahresbestzeit von 48,02 Sekunden. Das bedeutet zugleich den zweiten Platz in der aktuellen Weltrangliste. Munzert sagt: „Viele Athleten sind dermaßen motiviert, daß in den Europa-Auswahlmannschaften für den Weltcup wahrscheinlich eine ganze Reihe deutscher Athleten stehen werden.“ Einer von diesen Athleten kann durchaus der Wattenscheider Hammerwerfer Christoph Sahner sein, der schon den ganzen Winter über mit dem zurückgetretenen früheren Weltrekordler Karl-Hans Riehm intensiv im Training zusammenarbeitete. Eine hervorragende Gemeinschaft bilden diese beiden, denn Sahner gehört mittlerweile zur absoluten Weltspitze. In Stuttgart riß er die Zuschauer zu Beifallsstürmen hin, als er das Hammerwerfen im letzten Versuch mit einem Wurf von 79,90 Metern gewann. Die 80 m Marke hat Sahner 14 Tage vor dem Europapokalfinale in Moskau noch nicht wieder geschafft – doch in den nächsten zwei Wochen geht es auch für ihn hauptsächlich darum, diese Leistungen zu stabilisieren, um im Falle der Herausforderung dann ganz weit werfen zu können.

„DDR“: Knapp am Weltrekord

Ein Leistungsfeuerwerk brannte die europäische Leichtathletik-Elite am Wochenende ab. Heike Drechsler-Daute aus Jena blieb bei einem Meeting in Dresden mit 7,33 m im Weitsprung nur zehn Zentimeter unter dem Weltrekord der Rumänin Cusmir. Mit 21,90 Sekunden stellte Marita Koch im 200-m-Lauf eine neue Weltjahresbestzeit auf. Der Karl-Marx-Städter Jörg Elbe übertraf als vierter „DDR“-Springer die 17-m-Marke im Dreisprung (17,30 m). Bei den UdSSR-Meisterschaften in Moskau unterboten drei Läuferinnen die bisherige Weltjahresbestzeit über 100 m Hürden, allen voran Vera Akimowa in 12,59 Sekunden. Alle Medaillengewinnerinnen im Weitsprung übertrafen sieben Meter; es siegte Jelena Kokonowa mit 7,12 m, 39 cm weiter als die deutsche Meisterin Sabine Braun.

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Bayreuth – TB Berlin	3:0	(1:0)
Aachen – BW Berlin	1:1	(1:1)
Karlsruhe – Kassel	1:2	(1:0)
Hertha BSC – Solingen	1:1	(0:1)
Freiburg – Stuttgart	1:1	(1:0)
Aschaffenb. – Oberhausen	0:1	(0:0)
Duisburg – Homburg	1:0	(0:0)
Darmstadt – Bielefeld	4:1	(2:0)
Wattenscheid – Köln	2:6	(0:3)
Osnabrück – Braunschweig	3:3	(1:2)

DIE TABELLE

1.Köln	1	1	0	0	6:2	2:0
2.Darmstadt	1	1	0	0	4:1	2:0
3.Bayreuth	1	1	0	0	3:0	2:0
4.Kassel	1	1	0	0	2:1	2:0
5.Oberhausen	1	1	0	0	1:0	2:0
6.Duisburg	1	1	0	0	1:0	2:0
7.Osnabrück	1	0	1	0	3:3	1:1
8.Braunschweig	1	0	1	0	3:3	1:1
9.Aachen	1	0	1	0	1:1	1:1
10.BW Berlin	1	0	1	0	1:1	1:1
11.Hertha BSC	1	0	1	0	1:1	1:1
12.Solingen	1	0	1	0	1:1	1:1
13.Freiburg	1	0	1	0	1:1	1:1
14.Stuttgart	1	0	1	0	1:1	1:1
15.Karlsruhe	1	0	0	1	1:2	0:2
16.Aschaffenb.	1	0	0	1	0:1	0:2
17.Homburg	1	0	0	1	0:1	0:2
18.Bielefeld	1	0	0	1	1:4	0:2
19.TB Berlin	1	0	0	1	0:3	0:2
20.Wattenscheid	1	0	0	1	2:6	0:2

DIE VORSCHAU

Dienstag, 6.8., 19.30 Uhr: BW Berlin – Bayreuth; **20 Uhr:** Braunschweig – Aschaffenburg, Oberhausen – Freiburg, Solingen – Aachen. – **Mittwoch, 7.8., 18.30 Uhr:** TB Berlin – Karlsruhe, Homburg – Osnabrück, Stuttgart – Hertha BSC, Kassel – Wattenscheid; **19.30 Uhr:** Köln – Darmstadt, Bielefeld – Duisburg.

Krasser Fehlstart der Bundesliga-Absteiger

Roggensack: Ich dachte, ich wäre im Zirkus

sid, **Düsseldorf**

Zum Saison-Auftakt der Zweiten Fußball-Bundesliga gab es gleich mehrere Überraschungen – der Fehlstart der Bundesliga-Absteiger, schon fünf rote Karten und mit Fortuna Köln einen ersten Tabellenführer, den niemand erwartete. Hannes Linßen, Trainer von Fortuna Köln, fand selbst auch keine Erklärung. „Ich bin erstaunt über die geschlossene Mannschaftsleistung," sagte er nach dem 6:2-Erfolg bei Wattenscheid 09, zu dem Bernd Grabosch drei Treffer beisteuerte.

Die verschuldeten Bundesliga-Absteiger Karlsruher SC (2,5 Millionen Mark) und Arminia Bielefeld (3,5 Millionen), die schon allein aus wirtschaftlichen Gründen den sofortigen Wiederaufstieg anstreben, mußten feststellen, welch rauher Wind in der Zweiten Liga bläst. Karlsruhe wurde bei der 1:2-Heimniederlage gegen Kassel drastisch vor Augen geführt, daß der Weg zurück in die Bundesliga sehr dornenreich sein wird. Bielefeld mußte beim 1:4 in Darmstadt erneut einen Rückschlag hinnehmen.

Lediglich Eintracht Braunschweig, von den Experten und der Konkurrenz zu den Favoriten gezählt, konnte durch ein 3:3 beim Aufsteiger VfL Osnabrück die Ehre der Bundesliga-Absteiger retten. 14 000 Besucher wollten dieses Spiel sehen, insgesamt erlebten den Saisonstart 68 000 Zuschauer live in den Stadien mit.

Lothar Buchmann, Trainer des Karlsruher SC, klagte nach der Pleite gegen Kassel: „Diese Niederlage erschwert den Neuaufbau, weil mit Sicherheit' nicht die nötige Geduld aufgebracht wird. Das Publikum erwartet von uns Siege, Niederlagen dürfen wir uns nicht erlauben." Die 12 000 Zuschauer im Wildparkstadion jedenfalls wurden erst einmal verprellt.

Auch Gerd Roggensack, Trainer von Arminia Bielefeld, gab einen düsteren Ausblick: „Es wird ein schwerer Weg, sich in dieser Klasse zurechtzufinden, so kommen wir nicht aus der Talsohle heraus. Das war mehr als ein klassischer Fehlstart." Enttäuscht zeigte sich Roggensack vor allem über die lasche Einstellung seiner Spieler: „Manchmal dachte ich, ich wäre im Zirkus. Es wird Konsequenzen geben, ein solches Verhalten kann ich nicht durchgehen lassen. Wenn die Spieler den Ärger haben wollen, können sie ihn kriegen."

SEGELN / Englischer Doppelsieg beim Channel Race über 217 Seemeilen

Deutsche in der Gesamtwertung vorn Die „Outsider" segelt auf Platz zwei

INGA GRIESE, **Cowes**

Mit einem Doppelsieg der englischen Yachten „Jade" und „Panda" endete das über 217 Seemeilen führende Channel Race von Cowes bis zur französischen Küste und zurück, die dritte von fünf Wettfahrten zum Admiral's Cup der Hochseesegler. Trotzdem sind die deutschen Hochseesegler auf dem besten Wege, den Admiral's Cup zu verteidigen.

Die „Outsider" (Tilmar Hansen, Kiel), die „Rubin" (Hans-Otto Schümann, Hamburg) und die „Diva" (Peter Westphal-Langloh, Bremen) führen mit 907 Punkten in der Mannschaftswertung vor Großbritannien (891) und Neuseeland (855). Als Drittschnellste im Channel Race hat die „Outsider" weiterhin alle Chancen auf den Sieg in der Einzelwertung. Die „Rubin" belegt Platz sechs.

Alle Segler waren zwar total erschöpft, klitschnaß und salzverkrustet, aber heil von der Fahrt zurückgekehrt. Windstärken bis auf zehn zunehmend hatten das Rennen für die 54 Yachten aus 18 Nationen zu einer Tour ins Ungewisse werden lassen. Insgesamt zwölf Boote gaben vorzeitig auf.

Die größte Sorge der deutschen Segler galt der Frage, ob das Material, das bis an die Grenzen der Belastbarkeit ausgereizt ist, im Rennen halten würde. Bei der „Diva" hielt es nicht. Bereits unmittelbar nach dem Start riß auf der größten Yacht im deutschen Team das Großsegel. In der Endplazierung reichte es nur für den 27. Platz.

Am englischen Team zeigt sich ganz deutlich die Dominanz der Eintonner beim diesjährigen Admiral's Cup. Größere Yachten waren kaum schneller. Da den kleineren Eintonnern zusätzlich Zeit vergütet wurde, lagen sie immer vorne, so zum Beispiel auf den ersten fünf Plätzen der Einzelwertung. Diskutiert wird nun, ob die Formel für eine Zeitgutschrift veraltet ist oder ob man den Cup vielleicht nur noch für Eintonner ausschreiben sollte.

Die Erfahrung, daß die Engländer in diesem Jahr sehr stark sind, mußte auch die „Outsider" auf dem Channel Race machen. Bis zu den letzten 20 Seemeilen lag die Yacht des Kieler Kaufmanns Tilmar Hansen, die von dem Starboot-Silbermedaillengewinner Achim Griese (Hamburg) gesteuert wird, als erster Eintonner zwischen den großen Yachten nach berechneter Zeit in Führung.

Auf dem Halbwind-Anliegerkurs zurück nach Cowes konnten „Jade" und „Panda" ihre besseren Gleiteigenschaften ausnutzen und überholten die „Outsider". Zwar hat die „Outsider" bessere Allroundeigenschaften, doch auf dem speziellen Kurs sind die sehr einseitig ausgelegten englischen Yachten im Vorteil. Hinzu kommt die gute Revierkenntnis. Enorme Strömungen machen taktische Manöver oft zunichte.

Dennoch hat die „Outsider", die in der Einzelwertung auf Platz zwei hinter der dänischen Yacht „Euro" liegt, für Bewunderung gesorgt. Denn zwei Stunden nach dem Start lag die Yacht an den Neddles, wo der Solent in den englischen Kanal übergeht und sich die Crews gewaltiger Dünung und Windstärken bis zu über 45 Knoten gegenübersahen, auf dem fünften Platz des gesamten Feldes. Hier focht der Eintonner einen harten Kampf mit der schwedischen „Carat", die fast neun Fuß mehr vermißt.

Für morgen ist der Start zur vorletzten Regatta über 30 Seemeilen angesetzt. Das 605 Seemeilen lange Abschlußrennen beginnt am Freitag.

NACHRICHTEN

Fast ein Weltrekord

Montreal (sid) – Alex Baumann, Doppel-Olympiasieger von Los Angeles, erreichte bei den kanadischen Schwimm-Meisterschaften über 200 m Lagen das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten. Vor heimischem Publikum stellte er mit 2:02,25 Minuten eine neue Weltjahresbestmarke auf und blieb damit nur 83 Hundertstel über seinem eigenen Weltrekord.

Kohde im Endspiel

Manhattan Beach (dpa/UPI) – Im kalifornischen Manhattan Beach besiegte Claudia Kohde nach der an Nummer eins gesetzten Hana Mandlikova aus der CSSR (7:6, 7:5) auch die Kanadierin Carling Bassett (6:4, 6:4). Die Saarbrückerin trifft im Finale des mit 250 000 Dollar dotierten Tennisturniers auf die Amerikanerin Pam Shriver.

Fillol will nach Europa

Rio de Janeiro (sid) – Argentiniens National-Torwart Ibaldo Fillol (35) wird möglicherweise vom brasilianischen Fußball-Klub Flamengo Rio de Janeiro zum spanischen Erstliga-Verein Atletico Madrid wechseln. Fillol, Mitglied der Weltmeister-Elf von 1978, ist mit den Spaniern bereits über einen Zwei-Jahres-Vertrag einig. Nach mäßigen Ergebnissen in der jeweiligen Landesmeisterschaft sind der ehemalige brasilianische Fußball-Nationaltrainer Mario Zagala (Flamengo Rio de Janeiro) und Argentiniens früherer Chefcoach Juan Carlos Lorenzo (San Lorenzo de Almagro) als Vereinstrainer zurückgetreten.

Guter Start für Reinders

Bordeaux (dpa) – Beim Meisterschaftsspiel gegen Nancy schoß Uwe Reinders das entscheidende Tor zum 1:0 für den französischen Fußball-Meister Girondins Bordeaux. Der ehemalige Nationalspieler aus Bremen war zu Saisonbeginn nach Frankreich gewechselt.

Nur zur Probe

Kaiserslautern (sid) – Der ehemalige Fußball-Nationalspieler Rüdiger Abramczik absolviert ein Probetraining beim 1. FC Kaiserslautern. Der 29jährige frühere Bundesligaspieler, zuletzt beim türkischen Pokalsieger Galatasaray Istanbul unter Vertrag, soll nach Aussage von Kaiserslauterns Trainer Hannes Bongartz allerdings nicht kurzfristig verpflichtet werden.

Wieder im Heysel-Stadion

Brüssel (dpa/UPI) – Das Heysel-Stadion in Brüssel wird für das Ivo-van-Damme-Sportfest am 30. August wieder freigegeben. Ende Mai starben hier bei Ausschreitungen vor dem Fußball-Europacup-Finale zwischen Juventus Turin und dem FC Liverpool 38 Zuschauer. Im Rahmen einer „Goodwill-Tour" besuchten zwanzig Juventus-Anhänger am Wochenende den Liverpooler Fußballklub.

Keine Chance

Westerland (sid) – Im dritten von vier Testspielen gegen die UdSSR mußte die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen ihre dritte Niederlage hinnehmen. Vor 800 Zuschauern in Westerland auf Sylt endete die Begegnung mit 0:3 (6:15, 7:15, 8:15).

1. FC Köln – HSV 5:1

Lüttich (sid) – Der 1. FC Köln belegte beim internationalen Fußball-Turnier in Lüttich den dritten Platz. Im „kleinen Finale" besiegten die Rheinländer den Hamburger SV mit 5:1 (3:0). Unter den Schützlingen von Trainer Hannes Löhr ragten vor allem der zweimalige Torschütze Pierre Littbarski und der Israeli David Pisanti heraus.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

LEICHTATHLETIK

85. Deutsche Meisterschaften in Stuttgart, erster Tag, Finale: Männer: 100 m (0,4 m/Sek. Rückenwind): 1. Haas (Fürth) 10,20 Sek. (DLV-Jahresbestzeit), 2. Heer (Wattenscheid) 10,29, 3. Sewald (Fürth) 10,34. – 10 000 m: 1. Herle (Waldkraiburg) 28:17,88 Min., 2. Orthmann (Wehbach) 28:52,34, 3. Scheytt (Sindelfingen) 28:53,08. – 20 km Gehen: 1. Schwarz 1:28:37 Std., 2. Wiedemann (beide Fürth) 1:29:59, 3. Degener (Wolfsburg) 1:30:08. – Zweiter Tag: 400 m: 1. Skamrahl (Groß Ilsede) 44,92 Sek. (DLV-Jahresbestzeit), 2. Lübke (Leverkusen) 45,06, 3. Schmid (Gelnhausen) 45,44. – 1500 m: 1. Becker (Wolfsburg) 3:39,65 Min., 2. Grothe (Waiblingen) 3:40,42, 3. Olbrich (Sindelfingen) 3:40,72. – 4 x 100 m: 1. Wattenscheid (Bastians, Zaske, Geer, Westhagemann) 39,74 Sek. 2. Kornwestheim 40,18, 3. Hannover 40,54. – 3000 m Hindernis: 1. Ilg (Fürth) 8:20,47 Min. (DLV-Jahresbestzeit), 2. Schwarz (Gauting-Stockdorf) 8:37,47, 3. Dahm (Leverkusen) 8:43,43. – 110 m Hürden: 1. Radzey (Mannheim) 13,78 Sek., 2. Schoch (Kornwestheim) 13,89, 3. Wenz (Mainz) 13,90. – Hochsprung: 1. Mögenburg 2,28 m, 2. Thränhardt (beide Köln) 2,28, 3. Schneider-Laub 2,23. – Stabhoch: 1. Winkler (Bonn) 5,55 m (DLV-Jahresbestleistung), 2. Volmer (Wattenscheid) 5,50, 3. Schmidt (München) 5,30. – Dreisprung: 1. Jaros (Düsseldorf) 16,98 m, 2. Zinser (Kornwestheim) 16,50, 3. Knabe (Wattenscheid) 16,37. – Diskus: 1. Wagner (Mainz) 64,08, 2. Danneberg (Wedel/Pinneberg) 63,02, 3. Hannekcker (Ingolstadt) 61,18. – **Frauen:** Erster Tag: 100 m (0,7 m/Sek. Rückenwind): 1. Gaugel (Sindelfingen) 11,15 Sek. (DLV-Jahresbestzeit), 2. Thimm (Wattenscheid) 11,31, 3. März (Ingolstadt) 11,48. – 10 000 m: 1. Teske (Darmstadt) 32:53,28 Min., 2. Wessinghage (Koblenz) 33:05,27, 3. Jaromzy (Eutin) 33:35,39. – Zweiter Tag: 400 m: 1. Kinzel (Hamm) 51,68 Sek. (DLV-Jahresbestzeit), 2. Schulte-Mattler (Vörde) 52,53, 3. Sommer (Fürth) 52,73. – 1500 m: 1. Kraus (Köln) 4:08,72 Min. (DLV-Jahresbestzeit), 2. Schmidt (Paderborn) 4:13,62, 3. Borgschulze (Erkenschwick) 4:14,88. – 4 x 100 m: 1. Leverkusen (Oker/Stöckmann/Betz, Braun) 44,43 Sek. (DLV-Jahresbestzeit), 2. Berlin 45,13, 3. Fürth 45,42. – 100 m Hürden: (1,1 m/Sek. Rückenwind): 1. Denk (Leverkusen) 12,84 (DLV-Rekord), 2. Filsinger (Mannheim) 13,15, 3. Oker (Leverkusen) 13,18. – Weitsprung: 1. Braum (Leverkusen) 6,73 m (DLV-Jahresbestleistung), 2. Buballa (Berlin) 6,70, 3. Everts (Uerdingen/Dormagen). – Speer: 1. Peters (Dortmund) 64,14, 2. Alizadeh (Feuerbach) 58,66, 3. Graune (Köln) 57,40. – Diskus: 1. Galler (Leverkusen) 61,24, 2. Losch (Fürth) 61,02, 3. Gutewort (Ingolstadt) 59,62.

FUSSBALL

Intertoto-Runde, sechster und letzter Spieltag: Gruppe 1: Jena – Bremen 2:2, Antwerpen – Malmö FF 1:0. – Gruppe 2: Enschede – Erfurt 1:0. – Gruppe 3: Posen – Bröndby Kopenhagen 5:1, Wacker Wien – IFK Göteborg 2:1. – Gruppe 4: Stockholm – Szekesfehervar 3:0. – Gruppe 5: Stavanger – Aue 0:1. – Gruppe 6: Danzig – FC Zürich 1:0, Prag – BK Kopenhagen 6:2. – Gruppe 7: Aarhus – Zalaegerszeg 4:4. – Gruppe 9: Sofia – Vejle 1:3. – Gruppe 10: Eisenstadt – Hammarby 4:1, Ujpest Budapest – Oslo 3:0. – Gruppe 11: Kristiansand – Burgas 1:0. – **Turnier in Lüttich:** Standard Lüttich – FC Lüttich 3:3 (4:2 im Elfmeterschießen); Spiel um Platz 3: Köln – Hamburg 5:1. – **Freundschaftsspiele:** Schalke – Dortmund 1:3, Saarbrücken – Bohemians Prag 1:1, Verl – Düsseldorf 1:5, Mainz – Uerdingen 4:2, Bochum – Galatasaray Istanbul 2:1. – **Bundesliga,** erster Spieltag, Freitag, 9. August, 20 Uhr: Schalke – Bremen (Vorjahr 2:2), Samstag, 10. August, 15.30 Uhr: Düsseldorf – Mannheim (1:1), Nürnberg – Bochum (–:–), Köln – Frankfurt (2:0), Hamburg – Kaiserslautern (3:2), Saarbrücken – Dortmund (–:–), Hannover – Leverkusen (–:–), Stuttgart – Mönchengladbach (2:3), Uerdingen – München (1:3).

GOLF

Deutsche Senioren-Mannschaftsmeisterschaft, Endrunde in Kronberg: 1. Dortmund 221 Schläge über Par, 2. Köln-Refrath (Titelverteidiger) 228, 3. München 246, 4. Bonn-Bad Godesberg 260, 5. Bad Wildungen 266, 6. Berlin-Wannsee 277. – Gewertet wurden die besten drei von vier Vierern sowie zweimal die besten sechs von acht Einzeln.

TENNIS

Damenturnier in Manhattan Beach/Kalifornien, Viertelfinale: Kohde (Deutschland) – Mandlikova (CSSR) 7:6, 7:5, Bassett (Kanada) – Pfaff (Deutschland) 4:6, 6:3, 6:2, Garrison (USA) – Bunge (Deutschland) 1:6, 6:3, 6:4, Shriver – Herr (beide USA) 6:1, 6:3. – **Halbfinale:** Kohde – Bassett 6:4, 6:4, Shriver – Garrison 7:6, 6:4. **Turnier** in Stowe/Vermont, Halbfinale: Connors – Gilbert (beide USA) 7:6, 2:6, 7:6, Maxer – Gullikson (beide USA) 6:2, 6:4. – **Daviscup,** Erste Divison, Viertelfinale: In Sydney: Australien – Paraguay 3:2. – McNamee – Gonzales 3:6, 6:0, 6:3, 6:1, Fitzgerald – Pecci 2:6, 3:6, 6:1, 4:6, McNamee/Edmondson – Gonzales/Pecci 3:6, 10:8, 3:6, 6:1, 3:6, McNamee – Pecci 6:3, 7:5, 6:2, 9:7, Fitzgerald – Gonzales 6:3, 9:7, 7:5. – In Bangalore: Indien – Schweden 1:4. – V. Amritraj – Jarryd 6:3, 5:7, 6:2, 3:6, 2:6, Krishnan – Wilander 3:6, 3:6, 2:6, V. Amritraj/A. Amritraj – Jarryd/Edberg 19:21, 6:2, 3:6, 4:6, Krishnan – Jarryd 3:6, 6:4, 1:6. – In Hamburg: Deutschland – USA 2:1. – Becker – Teltscher 6:2, 6:2, 6:3, Schwaier – Krickstein 2:6, 6:1, 2:6, 6:1, 8:6, Becker/Maurer – Flach/Seguso 2:6, 8:6, 1:6, 6:4, 5:7. – In Guayaquil: Ekuador – CSSR 0:3. – Gomez – Lendl 3:5 Gomez wegen Verletzung aufgegeben, Viver – Mecir 0:6, 1:6, 3:6, Ycaza/Aquirre – Lendl/Smid 5:7, 4:6, 4:6.

SEGELFLIEGEN

WM in Rieti: Offene Klasse, Dreiecksflug von 750,9 km: 1. Renner (Australien) 101,1 km/Std. = 1000 Punkte, 2. Lynskey (Neuseeland) 99,3=983, 3. Gantenbrink 97,8=968, 4. Holighaus (beide Deutschland) 96,6=956. – Gesamtstand: 1. Lynskey 5312 Punkte, 2. Renner 5250, 3. Gantenbrink 5220, . . .7. Holighaus 4866. – 15 km-Klasse, Dreiecksflug von 575,3 km: 1. Goudriaan (Südafrika) 97,4=1000, 2. Wells (England) 95,2=974, 3. Jacobs (USA) 94,9=970, . . .20. Meuser (Deutschland) 84,7=848. – Gesamtstand: 1. Jacobs 5703, 2. Kuusisto (Finnland) 5344, 3. Musters (Holland) 5262. – Standardklasse, Dreiecksflug von 430,3 km: 1. Back (Deutschland) 106,9=1000, 2. Kjalström (Schweden) 106,8=999, 3. Kuitinen (Finnland) 106,6=995, . . .5. Lackner (Deutschland) 103,7=947. – Gesamtstand: 1. Leutenegger (Schweiz) 5393, 2. Lackner 5354, 3. Brilladori (Italien) 5262, . . .7. Back 5085.

MOTOR

Deutsche Sportwagen-Meisterschaft, zwei Durchgänge: 1. Durchgang (14 Runden=63,588 km): 1. Mass (Monaco) Porsche 956 21:23,228 Min., 2. Brun (Schweiz) Porsche 956 22:12,236, 3. Kroesemeier (Holland) Porsche 956 22:36,823, 4. Lechner (Österreich) March-Ford 22:50,272, eine Rd. zur. 5. Konrad Ford Zakspeed, 6. Stuck (beide Deutschland) Porsche 956. – 2. Durchgang (zwölf Runden = 54,504 km): 1. Mass 18:04,571, 2. Stuck 18:04,961, 3. Brun 18:50,371, 4. John Winter (Deutschland) Porsche 956 19:23,027, 5. Kroesemeier 19:25,647, 6. Lechner 19:26,028. – DM-Stand nach acht von zehn Läufen: 1. Stuck 109 Punkte, 2. Mass 105, 3. Lechner 62, 4. Niedzwiedz (Unna) Ford Zakspeed 61, 5. Winter 55,5, 6. Kroesemeier 30.

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. R.: 1. Etage (D.K. Richardson), 2. Contrast, 3. Carolus Rex, Toto: 28/11, 15, 11, ZW: 184, DW: 448, 2. R.: 1. Agiros (K. Woodburn), 2. Bolschoj, 3. Filou Dancer's, Toto: 52/19, 22, 20, ZW: 368, DW: 1710, 3. R.: 1. Santiago (G. Catrini), 2. Armenienne, 3. Ander, Toto: 220/58, 19, 16, ZW: 1404, DW: 17 332, 4. R.: 1. Opella (P. Schade), 2. Happyness, 3. Rene, Toto: 140/34, 22, 12, ZW: 1124, DW: 3532, 5. R.: 1. Lillebonne (H. Horwart), 2. Rose Amore, 3. Isartaler, Toto: 152/58, 38, 26, ZW: 1084, DW: 29 192, 6. R.: 1. Agimo (R. Suerland), 2. Hydros, 3. Taft, Toto: 68/14, 12, 11, ZW: 264, DW: 468, 7. R.: 1. Traumstar (R. Ording), 2. Auflage, 3. Märzgraf, Toto: 60/18, 19, 26, ZW: 404, DW: 2668, 8. R.: 1. Alpenherrin (E. Schindler), 2. Superbe, 3. Almansor, Toto: 144/30, 30, 74, ZW: 1068, DW: 7324, 9. R.: 1. Vendore (G. Bocskai), 2. Libertas, 3. Waldbuche, Toto: 88/26, 38, 34, ZW: 1568, DW: 81 576, 10. R.: 1. Pikante (A. Schütz), 2. Chilas, 3. Tresco, Toto: 108/34, 58, 114, ZW: 904, DW: 32 212.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 2, 21, 23, 30, 38, Zusatzzahl: 10. – **Spiel 77:** 6 2 8 5 2 7 0. – **Toto, Elferwette:** 0, 0, 2, 1, 1, 2, 0, 2, 0, 1, 0. (Ohne Gewähr).

GALOPP

Sangster und die Geschäfte

KLAUS GÖNTZSCHE, **Köln**

Robert Sangster (49) baut einen Rennstall in Deutschland auf. Als diese Nachricht vor knapp zwei Jahren publik wurde, reagierte man im deutschen Galopprennsport reserviert, eher furchtsam. Sangster hatte es in 20 Jahren geschafft, einer der erfolgreichsten Rennstallbesitzer der Welt zu werden. Zwei Pferde des Eigentümers der Vernons-Toto-Gesellschaft gewannen dreimal den Arc in Paris-Longchamps. Sangster kaufte laufend auf Auktionen in aller Welt Pferde zu schwindelerregenden Kursen, zuletzt noch am 24. Juli 1985 in Keenland (USA) einen ungeprüften Jährling für 13,1 Millionen Dollar.

Drei Pferde hat Sangster in den Rennstall von Bruno Schütz nach Köln geschickt: Arctic Winter, Lusting und Lace Mantilla. Die Bilanz ist bislang ernüchternd. 1984 bei neun Starts ein Sieg und die lächerliche Gewinnsumme von 6150 Mark. Sangster ist allerdings auch nicht von selbst auf den Gedanken gekommen, eine Filiale seines weltumspannenden Imperiums ausgerechnet in Deutschland aufzubauen. Rüdiger Alles (39), Chef der Internationalen Vollblutagentur in Hoisten bei Neuss, hat eine Art Rundschreiben an einige führende englische Rennstallbesitzer geschickt – Sangster reagierte als einziger. Alles: „Er hat auch schon gesehen, daß es nicht ganz so einfach ist, hier Rennen zu gewinnen."

Jetzt hat Alles trotz der bisher fehlenden Erfolge aber wieder ein Geschäft mit dem Mann von der Ile of Man vermittelt. Die zweijährige Stute Bolivia aus dem Kölner Gestüt Bona wurde für 200 000 Dollar verkauft, sie bleibt aber bis zum Ende der Saison bei Heinz Jentzsch in Köln im Training. Gestern startete sie als Favoritin im Oppenheim-Rennen (das Ergebnis war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt).

800 Pfund bezahlte Sangster für Chalk Stream, sein erstes Pferd. Dann stieg er groß ein, riskierte viel und gestand später, als sich die Erfolge stabilisierten: „Bei meiner Bank durfte ich mich lange Zeit kaum sehen lassen."

SCHWIMMEN

Protest erfolgreich

sid/dpa, **Sofia**

Den ersten Sieg hatte die Delegation des Deutschen Schwimmverbandes (DSV) schon errungen, bevor die Schwimm-Europameisterschaften in Sofia gestern morgen mit dem Turmspringen der Frauen eröffnet wurden. Gemeinsam mit dem Schwimmverband der „DDR" (DSSV), hatte der DSV Erfolg mit einem Protest gegen die geplante Durchführung der Doping-Kontrollen. Entgegen allen internationalen Regeln wollten die Organisatoren ein rein bulgarisches Doping-Labor installieren und jeweils die beiden Erstplazierten eines jeden Wettbewerbs sowie einen dritten, per Los bestimmten, Endlaufteilnehmer überprüfen. Bei dieser Regelung war zu befürchten, daß Olympiasieger Michael Groß (Offenbach) sechs Doping-Proben hätte abliefern müssen. Nach den hohen Belastungen im Wettkampf wird die erforderliche Urin-Abgabe von den Sportlern allgemein als unangenehm empfunden. Als Folge des deutschen Protestes werden nun alle Testpersonen per Los ermittelt. Die Oberaufsicht werden der österreichische Professor Ludwig Prokop und der sowjetische Mediziner Firsow übernehmen. Die Analysen werden in einem Moskauer Lobor erstellt.

Doch mit der gewünschten Doping-Regelung sind für die deutsche Mannschaft noch längst nicht alle Probleme beseitigt. „Es gibt soviel Schwierigkeiten, wie ich sie noch nie erlebt habe", beklagte DSV-Präsident Harm Beyer. So war das Becken um zwei Zentimeter zu lang und mußte mit Matten verkürzt werden, die Zeitnahme funktionierte nicht, Massagebänke fehlten, der Belag auf dem Sprungturm war rutschig, lange Nägel ragten gefährlich heraus und die Betten im Hotel sind zu kurz. Trotzdem werden von Rekordschwimmer Michael Groß neue Glanzleistungen erwartet. „Ausdauermäßig ist er stärker als im Vorjahr", behauptet sein Trainer Hartmut Oeleker. Ab morgen kann Michael Groß den Beweis antreten. Sein erster Wettkampf: 200 m Freistil.

RALLYE

Peugeot vor dem Titel

dpa, **Cordoba**

Timo Salonen und Peugeot sind die Titel bei der Rallye-Weltmeisterschaft 1985 kaum noch zu nehmen. „Jetzt müssen wir uns wohl wirklich darauf einstellen, daß wir in diesem Jahr Weltmeister werden", flachste der 33 Jahre alte Finne im Ziel der Rallye Argentinien in Cordoba, wo er mit seinem Beifahrer Seppo Harjanne auf einem Peugeot 205 Turbo bereits seinen vierten WM-Sieg dieser Saison feierte. So viele Erfolge hatte er bislang in seiner ganzen Karriere nicht.

Salonens Vorsprung auf den Schweden Stig Blomqvist ist kaum noch aufzuholen. Peugeot reicht in den drei ausstehenden Marken-WM-Läufen dieses Jahres bereits ein sechster Platz zum Titelgewinn. Peugeot-Teamchef Jean Todt: „Das wird wohl zu schaffen sein."

Hinter den Siegern kamen bei diesem 2700 km langen achten WM-Lauf die Österreicher Wilfried Wiedner und Franz Zehetner auf Audi Quattro bei ihrer ersten Weltmeisterschafts-Rallye überraschend als Zweite ins Ziel. Nach 23 Sonderprüfungen rangierten sie klar vor Carlos Reutemann, dem ehemaligen Formel-1-Piloten, der in seiner Heimat mit dem französischen Beifahrer Jean-François Fauchille auf Peugeot 205 Turbo Dritter wurde.

Für das Audi-Werksteam war Argentinien in diesem Jahr keine Reise wert. Weltmeister Blomqvist mußte den erstmals bei der WM eingesetzten weiterentwickelten Audi Sport Quattro bereits nach der 8. Sonderprüfung mit einem Motorschaden abstellen. Bis dahin hatte er Salonen einen harten Kampf um die Spitze geliefert.

Trotz dieses Ausfalls war der Audi-Sportchef mit dem Debüt seines neuen Autos zufrieden: „Das Fahrverhalten war nicht nur in den schnellen Passagen gut. Wir können optimistisch in die Zukunft blicken."

Der zum Auftakt der Argentinien-Rallye schwer verunglückte Peugeot-Werkspilot Ari Vatanen und sein Beifahrer Terry Harryman – sie hatten sich unter anderem einen Bruch des Lenden- bzw. des Halswirbels zugezogen – wurden in Spezialkliniken nach Paris und Belfast geflogen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geittel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 39 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Pankraz, das Schöne und der Laubenvogel

Die neuere Verhaltensforschung hat sich angewöhnt, ziemlich ungeniert vom Tier auf den Menschen zu schließen. „Wie tierisch ist der Mensch?" lautet ihre Forschungsmaxime, und sie gibt sich die größte Mühe, auch noch den letzten Rest bisher als typisch menschlich angesehener Verhaltensweisen auf tierische „Vorläufer" zurückzuführen. Jetzt endlich hat einmal einer den Spieß umgedreht. „Wie menschlich sind Tiere?" fragt Vitus B. Dröscher im Titel seines neuen Buches (dtv-Band 10442) und schließt seinerseits vom Menschen auf das Tier.

Wahrscheinlich wird es darob in der Branche ein kritisches Bohai geben. Macht sich Dröscher nicht der Ursünde unzulässiger „Anthropomorphisierung" schuldig? Schreckt ihn nicht die Lächerlichkeit, der sich Altväterchen Brehm aussetzte, da er in seinem „Tierleben" ohne Skrupel von der „dummen Gans", vom „schlauen Fuchs", vom „blutdürstigen Wiesel" oder von der „diebischen Elster" sprach? Will Dröscher etwa wissenschaftliche Beglaubigungsschreiben für jene albernen Fernsehserien mit Lassie, Flipper oder Bambi ausstellen, in denen Tiere zu „Menschen wie du und ich" aufgemotzt werden?

Nun, von alledem kann natürlich nicht die Rede sein. Dröscher selbst macht sich in seinem Buch (mit Maßen) über die Anthropomorphisierungen des „Tierlebens", der „Biene Maja" oder der „Daktari"-Serien lustig. Mit der gleichen Herablassung freilich setzt er sich über die Robotertheorien hinweg, in denen die Tiere als bloße Automaten erscheinen, als Pawlowsche Hunde, die ohne Rest in dem Schema von Signal und Reflex aufgehen. Auch Tiere, so Dröschers Fazit, haben eine Seele, zumindest eine „Sinnenseele", ein komplexes Innenleben voller Gemütsregungen und mit einem sicheren Gefühl, wenn nicht für das Wahre und Gute, so doch für das Schöne, für Proportion, Symmetrie, Goldenen Schnitt und feinste Farbabstufungen.

Dröscher wartet wieder mit hochinteressanten Beispielen aus der Forschung auf, um seine Behauptungen zu stützen. Malende Schimpansen, so erfahren wir zum Beispiel, bekommen Tobsuchtsanfälle, wenn man sie nötigen will, weiterzumalen, obwohl sie selbst ihr Gemälde für fertig und vollendet halten. „Wie jeder echte Künstler, so malen die Affen, ohne dafür belohnt zu werden, aus purer Freude an ihrer Tätigkeit. Einmal, als es der Professor doch mit Bezahlung durch Futter versuchte, waren die Ergebnisse niederschmetternd. Die Tier malten mit buchstäblich affenartiger Geschwindigkeit innerhalb von jeweils wenigen Minuten Bild auf Bild, um die schlimmsten Schmierereien schnell gegen Bananen umzusetzen. Das ist Kunst am Bau auf Schimpansisch."

Singende Vögel pflegen ihre Kadenzen auf rhythmische Signale aus der Umwelt abzustimmen. Südostasiatische Schamadrosseln, die über ein reiches, rhythmisch streng festgelegtes Melodienrepertoire verfügen, reagierten auf ein Metronom, das man in ihrer Nähe plazierte, indem sie die Melodie exakt nach dem Takt des Instruments auswählten. „Wurde die Taktgeschwindigkeit des Metronoms gesteigert, gelangte die Schamadrossel an einem bestimmten Punkt zu der ‚Ansicht', das gerade von ihr vorgetragene Motiv lasse sich nun aber wirklich nicht weiter beschleunigen, und wechselte zu einer anderen, passenden Melodie hinüber."

Konträr reagieren offenbar australische Liebeslaubenvögel. „Einmal pfuschten Forscher einem Kragenlaubvogel ins Handwerk. Dieser hatte seinen Bau zu 92 Prozent mit grauweißen Steinen und zu acht Prozent mit grünen Steinen geschmückt. Hier streuten die Wissenschaftler eine Handvoll grüner Steine hinzu, weil das nach ihrer Meinung noch schöner aussah. Der Vogel war jedoch anderer ‚Ansicht' und entfernte all die grünen Steine sofort wieder."

Leicht könnte man die ästhetischen Arrangements der Schimpansen, Schamadrosseln und Liebeslaubenvögel als vorgegebene, bewußtlos vollstreckte Verhaltensraster abtun. Aber Dröscher schließt, wie gesagt, für diesmal vom Menschen auf das Tier. Er bedenkt die Tiefe der Genugtuung, die gelungene ästhetische Abenteuer in uns auslösen, und er sieht keinen Grund, dem Tier, das ästhetisch ganz genauso reagiert, eine vergleichbare Gefühlstiefe abzusprechen. Der Hund, der seinen Herrn stürmisch begrüßt, spult kein vorgegebenes Reflexprogramm ab, sondern er freut sich einfach, und Freude ist, ganz abgesehen davon, welche biochemischen Reaktionen dabei ablaufen, zunächst einmal ein machtvolles Gefühl, eine Seelenregung, über die nur der verfügt, der wirklich eine Seele hat.

Physiologisch betrachtet wurzeln die Gefühle im Hirnstamm, einem biologisch sehr alten Hirnteil, den wir mit zahllosen Tiergattungen gemeinsam haben. Dennoch kommt es kaum einem Ethiker in den Sinn, verächtlich von der Welt der Gefühle zu sprechen oder sie total von der Welt der Großhirnrinde, der Welt der Abstraktionen und des rationalen Denkens abzukoppeln. Ein Mensch ohne starke Gefühle gilt als „Fisch". Mag er theoretisch auch noch so exakt verfahren – seine ethische Qualität bleibt umstritten, da ethische Bewährung erst im Zusammenprall von Gefühl und Kalkül geschehen kann. Wobei man dem Gefühl im allgemeinen sogar das „Prä" einräumt: Starke positive Gefühle wie Liebe, Treue usw. gelten von vornherein als ethisch wertvoll; sie können von der Ratio zwar geprüft, aber nicht weiter zum Guten hin modifiziert werden.

Das würde bedeuten, daß gerade unsere besten, unsere „spezifisch menschlichen" Qualitäten – wie das seinerzeit schon der wackere Edgar Dacqué vermutet hat – aus uralten mentalen Regionen stammen, daß „spezifisch Menschliches" sehr tief in der lebenden Kreatur angelegt sein muß. Ein Grund mehr, mit dieser lebenden Kreatur in all ihren Erscheinungsformen respektvoll und brüderlich umzugehen und ihr die menschliche Hybris nach Möglichkeit vom Leibe zu halten.

Pankraz

Platten-Edition mit Neuer Musik aus Österreich

Der Salon des Dr. Schön

Die Förderung neuer musikalischer Gedanken war früher Landesherren-Aufgabe; mehr und mehr erinnern sich nun die nationalen Musikräte (oder vergleichbare Komponistenverbände) dieser Mäzenatenpflicht, wobei es kleinere Länder naturgemäß leichter haben – sie sind überschaubarer in ihrer musikalischen Szene. So liegen etwa aus der Tschechoslowakei oder aus Holland Schallplattendokumentationen ihrer Neuen Musik schon seit langem vor, aber auch in Deutschland war man neuerdings nicht mehr untätig – freilich ist solches immer ein Unternehmen, welches sich über Jahre erstreckt.

Ähnlich auch im Nachbarland Österreich: Langsam, aber planmäßig wurden hier Werke von Hans Erich Apostel, Marcel Rubin, Erich Marckhl, Karl-Heinz Füssl, Helmut Eder, zeitgenössische Chorkomponisten und Hanns Jelineks Zwölftonwerk vorgestellt, und eine niederösterreichische Publikation befaßte sich speziell mit den jungen Komponisten Herbert Lauermann und Werner Schulze.

Jetzt legt der Österreichische Musikrat wiederum drei neue Platten vor: Werke des 1916 in Linz geborenen Helmut Eder leisten ihren eigenen Beitrag zu einer zeitgemäßen Neoromantik auf persönliche Weise. Roman Haubenstock-Ramati, eigentlich polnischer Komponist, aber noch im seinerzeit k. u. k. Krakau geboren und jetzt in Wien lehrend, ist dagegen einem avantgardistisch-pointillistischen Stil in voller Konsequenz treu geblieben. Hier hört man in ORF-Mitschnitten seine „Tableaux 3" unter Michael Gielen, seine „Symphonie de Timbres" unter Cristobal Halffter und seine „Sequences für Violine und Orchester" mit Ivry Gitlis unter Milan Horvat sowie seinen Sprechgesang „Credentials" von 1961 mit William Pearson vom bekannten Ensemble „die reihe" unter Friedrich Cerha.

Dieser Dirigent und Komponist ist der Autor der dritten Platte: Seine Oper „Baal" wird in einem Mitschnitt von den Salzburger Festspielen 1981 dokumentiert. Die Titelrolle sang Theo Adam, die Leitung hatte Christoph von Dohnanyi. Cerha, der ja Alban Bergs „Lulu" komplettierte, bewegte sich mit „Baal" letztlich so ungebrochen in den Traditionen der Zweiten Wiener Schule und ihres Sprechgesanges, daß es angewandt auf diesen Stoff zum Verwundern ist.

Gerade in diesem Brechtstück hört man ja noch (fern aller späteren Lehrhaftigkeit) den Neobarbarismus der 20er Jahre rumoren, man würde an Hindemiths gewalttätige frühe Stükke denken, an Strawinskys „Sacre" oder Kreneks „Johnny spielt auf" – nichts von alledem drang in Cerhas Partitur. Der „Ichtyosaurus" Baal bewegt sich sozusagen in einem Salon des Dr. Schön, der nicht einmal Risse zeigt – die Zehner Jahre triumphieren über die Zwanziger. Tu felix Austria!

DETLEF GOJOWY

Helmut Eder: Suite mit Intermezzo op. 71; Bläser des Philharm. Orchesters Berlin / Pièce de concert: Wiener Kammerorchester, Ltg. Philippe Entremont / Konzert für Violine und Orchester; Ernst Kovacic, Symphonieorch. des Bayer. Rundfunks, Ltg. Lothar Zagrosek. Amadeo 415 315-1 – Roman Haubenstock-Ramati: Tableaux 3; Les Symphonies de Timbres, Sequences für Violine und Orchester, alles ORF-Sinfonieorchester, Amadeo 415 314-1 – Friedrich Cerha: Baal. 3 LP Amadeo 415 266-1.

Schlesien als Brennpunkt deutscher Entwicklungen zwischen 1815 und 1848 – Zu einer Tagung in Goslar

Im Eulengebirge sah Marx Morgenrot

Über Schlesien, seine Geschichte und Kultur, ist wohl noch nie so emsig geforscht worden wie in den vier Jahrzehnten seit Kriegsende, nachdem die Schlesier aus ihrer Heimat vertrieben worden waren. Schönstes Zeugnis dieser ständigen Bemühung um eine deutsche Provinz, die der 1792 von Weimar nach Tarnowitz reisende Goethe „ein zehnfach interessantes Land" nannte, sind die „Wissenschaftlichen Studientagungen" der Würzburger Stiftung „Kulturwerk Schlesien", deren 27. jetzt in Goslar stattfand.

Die Grenzen des diesmal zu behandelnden Zeitraums, „Schlesien 1815 bis 1848", waren aus gutem Grund recht eng gezogen, ging es doch um die von entscheidenden politischen und sozialen Erschütterungen erfüllte Epoche des Umbruchs zwischen dem Wiener Kongreß und der Märzrevolution. In dreizehn Vorträgen und in einem literaturwissenschaftlichen Seminar sollte untersucht werden, in welchem Ausmaß Schlesien von diesen „gesamtdeutschen" Vorgängen betroffen war. Werner Bein stellte deshalb in seinem Einleitungsvortrag den schlesischen Vormärz ganz in den Kontext preußischer Geschichte seit dem Frieden von Tilsit im Jahre 1807.





Im „Jungen Deutschland" einer der führenden Köpfe: Der Schriftsteller und Theaterleiter Heinrich Laube aus Sprottau in Schlesien FOTO: KEYSTONE

Der preußische Staat, 1815 um die Rheinprovinz und Westfalen erweitert, verlagerte damals sein Schwergewicht nach Westen, Schlesien geriet an die Peripherie. Während Breslau, neben Königsberg, zum Zentrum der liberalen Opposition wurde, deren Sprachrohr die in Leipzig gedruckten „Sächsischen Vaterlandsblätter" waren, verschärften sich auf dem Lande die sozialen Spannungen, die schließlich im Weberaufstand 1844 in politische Aktionen umschlug.

Dieser berühmte Aufstand der Heimarbeiter in Langenbielau und Peterswaldau, den Gerhart Hauptmann in seinem Drama „Die Weber" aufgriff, war, wie Wolfgang Kessler referierte, „weit eher Hungerrevolte als Maschinensturm". Ihn als Beginn der Arbeiterbewegung in Deutschland zu deuten, war Karl Marx vorbehalten, der im fernen Pariser Exil auf die deutsche Revolution hoffte und im schlesischen Eulengebirge schon die sozialistische Morgenröte heraufdämmern sah.

Da hatte der Breslauer Journalist Wilhelm Wolff (1809 bis 1864), dem das Referat Hans Stephans galt, den schärferen Blick für die Wirklichkeit, wie in seinem Buch „Das Elend der schlesischen Weber" (1844) nachzulesen ist. Auch in ärztlichen Gutachten, wie dem des von Berlin nach Oberschlesien entsandten Rudolf Virchow, in Streitschriften, Lebenserinnerungen und Romanen wurde – Nikolaus Gussone konnte es an ausgewählten Texten nachweisen – die von Armut, Hunger, Krankheit, Trunksucht bestimmte Not unterster Bevölkerungsschichten drastisch dargestellt.

Wie weit die preußische Wirtschaftspolitik für diese Zustände verantwortlich zu machen ist, analysierte in einem glänzenden Vortrag der Göttinger Wirtschaftshistoriker Wilhelm Treue. Schlesien war nach 1815 nicht mehr *die* Entwicklungsprovinz Preußens. Das Land war während er französischen Besatzung verarmt und damit für Berlin unergiebig geworden. Der Verfall des Woll- und Tuchmarktes durch die englische Konkurrenz schuf zusätzliche Arbeitslosigkeit. Für die schlesische Landwirtschaft dagegen, die in den Vormärzjahren aufblühte, verlief die Entwicklung nachgerade umgekehrt. Dietmar Stutzer berichtete kenntnisreich über diese „Starprovinz der europäischen Landwirtschaft". Zuckerrüben wurden seit 1801 angebaut, und schon 1811 wurde bei Ohlau eine Raffinerie für Rübenzucker errichtet.

Neben der Sozialgeschichte standen in Goßlar Kirchen- und Kulturgeschichte im Mittelpunkt. So wurden allein in drei Vorträgen die Wandlungen in der katholischen (Joseph Overath), in der evangelischen (Ulrich Hutter) und in der altlutherischen Kirche (Werner Klän), die im Vormärz als Ergebnis preußischer Kirchenpolitik überhaupt erst entstanden war, behandelt. Schlesien drohte vor 1815 dem Katholizismus verlorenzugehen, die Breslauer Universität, wo die „Irrlehren" des Bonner Theologen Georg Hermes verbreitet waren, galt als Hochburg aufklärerischer Theologie. Durch die Restaurationspolitik wurde die Entwicklung abgebremst. Daß die beiden protestantischen Gruppierungen, Lutheraner und Reformierte, sich 1817 auf Wunsch Friedrich Wilhelms III. zur Unierten Kirche zusammenschlossen, war eine politische Notwendigkeit, die das Regieren erleichterte.

Den heftigsten Widerstand fand die Restaurationspolitik freilich in der von Schriftstellern getragenen Bewegung „Junges Deutschland", in der Heinrich Laube (1806 bis 1884) aus Sprottau einer der führenden Köpfe war. Es mußte deshalb befremdend wirken, daß nicht dieser zeitkritische Schlesier, dessen Bild immerhin das Programmheft zierte, im Literaturseminar (Bettina Clausen) behandelt wurde, sondern Leopold Schefer (1748 bis 1862) aus Muskau in der Oberlausitz.

Was Alfred Riemen über den politischen und den entpolitisierten Eichendorff beizutragen wußte, war dagegen ein Gewinn. Riemen konnte so bekannte und in der Liedvertonung bei Männergesangvereinen so beliebte Gedichte wie „Der Jägerabschied" (1810) glaubhaft als antinapoleonische Kampflyrik interpretieren und Eichendorffs Sohn Hermann als Nachlaßverwalter die historische Schuld zuweisen, durch Umdatierungen und Textfälschungen die im Kaiserreich hochwillkommene Stilisierung des oberschlesischen Freiherrn zum bloßen unpolitischen „Dichter der deutschen Volksseele" eingeleitet zu haben.

Einer der letzten Vorträge, der von Günter Vaupel über die Gartenbaukunst Hermann von Pückler-Muskaus (1785 bis 1871), gewann Aktualität dadurch, daß am 30. Oktober der 200. Geburtstag des Oberlausitzer Fürsten zu gedenken ist. 240 Hektar seines 1815 eingerichteten Parks in Muskau an der Neiße liegen heute auf „DDR"-Gebiet, als „Volkspark" gepflegt, auch wenn der einstige „Feudalherr" für die mustergültige Anlage keines Lobes gewürdigt wird; 300 Hektar der Parklandschaft aber liegen am rechten Neiße-Ufer in „Volkspolen", wo sie seit 1945 verwildern und verkommen. Ein nicht sehr überzeugendes Beispiel dafür, wie es mit der Freundschaft unter „Brudervölkern" bestellt ist.

JÖRG BERNHARD BILKE

„Wer hat Angst vor Virginia Woolf?" – Albees betagter Schocker unter August Everding in Bregenz

Von der Tücke eines Skorpions in Netzstrümpfen

Solche ehrfürchtigen Schauer, die vor zwanzig Jahren Edward Albees tragikomische Frage „Wer hat Angst vor Virgina Woolf?" bei Regisseuren, Schauspielern und anderen Psycho-Spezialisten ausgelöst hat, machen heute eher mißtrauisch. Everding: erschüttert, wehtuend getroffen; Ingmar Bergman: ein Requiem für die geopferte Weltseele; Carson McCullers: Leidensgröße eines griechischen Dramas ...

Muß man nach Bregenz fahren, um im Theater am Kornmarkt zu erleben, wie ein Ensemble des Münchner Residenztheaters noch einmal fertig wird mit dieser Schlagwort-Last eines Welterfolgs?

Ich meine, man sollte. Denn entgegen der legendären Star-Besetzung des verfilmten Stücks mit Liz Taylor und Richard Burton zum Beispiel zeigt das weniger weltbekannte Bühnenpaar Nicole Heesters und Martin Benrath (als Martha und George, mit ihrer Lebenslüge, dem imaginären Wunsch-Sohn) weitaus klarer, was so europäisch ist an diesem Albee: der Verzweiflungskampf des Intellekts mit dem Eros.

Daß andererseits der American way of life parodistisch verschandelt wird, daß schließlich ein Strindberg-Inferno (George läßt den Nicht-Sohn sterben) allzu synthetisch hergestellt wird aus lateinischer Totenmesse und den Fetzen eines total abgesoffenen Party-Spiels – das ist in dieser Aufführung durchschaubar als typische US-Zutat. Die jetzt mehr gutmütig hinzunehmen ist, als daß man den Text wie bei der ersten Überraschung unbedingt hochinterpretieren müßte ins Griechische und Christliche.

Das offenbar inzwischen gewachsene Unbehagen an der Mach-Art des amerikanischen Klassikers ist natürlich vergessen, sobald ein real existierender Mensch dafür geradesteht. So wüßte ich nicht, was ich auf Albees knarrenden Brettern auszusetzen hätte an dem scharfen, unheimlich präsenten Zerfleischungs-Spiel Heesters-Benrath, das ja im tieferen Grunde ein ganz trauriges Zusammenspiel zu sein hat.

Er als George: ein sarkastischer Aufhetzer, strotzend vor sportlich genutzter Intelligenz. Mit genau dem nervösen Drive, der hinter dem bösartigen Gesellschaftsklamauk („Wechselt das Bettchen", „Hausfrauenschänderspiel", „Gästefalle") die große Verletzlichkeit verrät. Dieser George wuchtet sich derart in die Szene, daß man sich zunächst wundert, warum er vor Wut gleich eine der unzähligen Flaschen zerschlägt, wenn ihn Martha einen „großen, dikken, fetten Versager" nennt.

Die Heesters gibt ihrer Rolle als Martha die attraktive Tücke eines Skorpions in Netzstrümpfen. Allein ihre angerauhte Stimme setzt den ganzen Schau- und Saufplatz unter Alkohol. Die beiden sind im Streit dermaßen aufeinander eingespielt, daß man im Parkett manchmal zu stören glaubt.

Daß Martha in den sechziger Jahren das Stück mit dem Ausruf „du heiliger Strohsack" (Übersetzer: Pinkas Braun) eröffnet hat und dafür jetzt laut „Scheiße" brüllt, ist übrigens kein Indiz für eine grundsätzliche Verrohung. Im Gegenteil, die Heesters hält sich bei der (demonstrativen) Verführung des jungen Gastes weit entfernt von Albees detaillierten Tips.

Erich Hallhuber und Olivia Grigolli spielen das Paar Nick und Putzi, mit dem der Autor die normierten Lebenslügen einer jüngeren Generation zu treffen versucht. Die Rollen sind weniger dankbar, zumal der Parodie-Ansatz in Amerika liegt und selbst dort als so taufrisch nicht mehr empfunden wird. Die beiden wirken mehr komisch und grotesk als gezielt boshaft. Sehr treffend etwa, wie Nicks Unverständnis für den Außenseiter George hilflos umschlägt ins Beleidigtsein. Und wie er zum Beispiel sagt: „Ich fand es sehr ..." und dann nach längerem Nachdenken, als habe er endlich den differenzierten Ausdruck gefunden, hinzufügt: ... nett!" Dem Putzi-Image (quer Beet lachen, Cognac-Etikette abkratzen, Ausdruckstanz etc.) wird Olivia Grigolli vollauf gerecht.

Everdings Regie (in Jörg Zimmermanns ästhetisch-korrektem Campus-Heim) – die Fortsetzung von Hans Schweikarts solidem psychologischen Realismus mit (hier gebotenen) frecheren Mitteln. Ein durchschlagender Bregenzer Festspiel-Erfolg.

ARMIN EICHHOLZ

Aus deutsch-französischer Kino-Ehe: Molinaros „Dame vom Palast Hotel"

Fluchtpunkt bleibt die Badewanne



Groteske Fluchten: Daniel Auteuil als Lucien in dem Film „Die Dame vom Palast Hotel" FOTO: TIVOLI

Wir wissen es ja schon längst: Es gab im Dritten Reich nicht nur böse, sondern auch eine ganze Menge gute Deutsche. Selbst in Frankreich käme heute niemand mehr ernsthaft auf den Gedanken, das zu bezweifeln. Dennoch legt der 57jährige Franzose Edouard Molinaro in seinem Film „Die Dame vom Palast Hotel", dem ersten Streifen im Rahmen des jungen deutsch-französischen Verleih- und Filmförderungsabkommens, noch einmal den Finger auf alte Wunden. Der Film führt ins Jahr 1944.

Zu Anfang sehen wir, wie in einer Wochenschau, angloamerikanische Truppen in der Normandie landen. Kämpfe toben an der Front, Soldatenstiefel stapfen durch die Nacht. Ein junger Bursche tötet einen Wachmann und flieht. Das alles sah man schon – so und auch besser – in einschlägigen Kriegsfilmen. Nach diesem Vorspiel blendet der Film in seinen Hauptschauplatz hinein, den er in gedämpften Farben einfängt: ein Luxushotel irgendwo in der deutschen Provinz.

Verstaubte Pracht, durch den Krieg leicht ramponiert. In den Salons amüsieren sich deutsche Offiziere, französische Kriegsgefangene verrichten hier Dienst außerhalb des Gefangenenlagers. Claude Brasseur als Gefangener Morland schiebt im Hotel eine angenehm ruhige Kugel als Pianist und Anstreicher. „Anstreichen" freilich fällt nur an, wenn die Hoteldirektorin (Gudrun Landgrebe) ihn fraternisierend auf ein Schäferstündchen in eine ihrer Luxussuiten bittet.

Selten sah man eine so schlecht motivierte, banale Romanze. Gudrun Landgrebe ist wunderschön, doch ihr Part ist denkbar schwach. Und auch Brasseur gewinnt kein Profil. Ein bißchen spannend wird es allenfalls, wenn Morlands junger Bruder Lucien (Daniel Auteuil), ein *enfant terrible*, das ganz schlecht auf die Deutschen zu sprechen ist, seine abenteuerlichen Fluchtversuche startet und den großen Bruder damit in Schwulitäten bringt. Da hilft auch es wenig, daß Morland den „Kleinen" aufklärt: „Die Aufpasser im Lager sind alle ganz in Ordnung, glaub mir, Junge, hier läßt sich leben." Die Aufpasser mögen vielleicht wirklich in Ordnung sein, vor allem aber sind sie ein Haufen ausgewachsener Trottel. Luciens Fluchten geraten zur Groteske. Das Komödientalent geht mit Molinaro durch – er machte sich mit „Ein Käfig voller Narren" und „Die Filzlaus" seinen Namen.

Da zwingt beispielsweise Lucien ein junges deutsches Mädchen dazu, ihn in ihrer Wohnung zu verstecken, um sich dort alsbald – die Hand stets am Abzug des Gewehrkolbens – wohlig in der Badewanne zu rekeln und beim geringsten verdächtigen Laut im Hause splitternackt, aber schwer bewaffnet hochzuschrecken.

Ende gut, alles gut: Lucien gelingt die Flucht im Güterzug nach Paris, nachdem er sich von der Anständigkeit der Deutschen hat überzeugen können. Und Morland entschließt sich, bei seinem deutschen Liebchen zu bleiben, denn die beiden sind, so versucht der Film zu überzeugen, ein nahezu ideales Paar. Qualitätvolle Publikumsfilme für den europäischen Markt will das deutsch-französische Abkommen begünstigen. Der erste Versuch ist nun freilich gründlich danebengegangen.

DORIS BLUM

JOURNAL

Wajda beendet Dreharbeiten in Polen

AFP, Warschau

Andrzej Wajda hat die Dreharbeiten für „Chronik der amourösen Ereignisse" nach dem autobiographischen Roman von Tadeusz Konwicki beendet. Es ist der erste Film, den Wajda seit Dezember 1981, als in Polen Kriegsrecht verhängt wurde, in seinem Heimatland gedreht hat. Der Film soll in Polen zu Beginn des nächsten Jahres in die Kinos kommen. Wajda, der wegen seiner Sympathie für die unabhängige Gewerkschaft „Solidarność" unter politischen Druck geriet, erklärte, er habe bei den Dreharbeiten keine besonderen Schwierigkeiten mit den Behörden gehabt. Als politisch aktuelle Wunschfilme, die er gerne in Polen drehen würde, nannte der Regisseur „einen Film über Lech Walesa, einen über Pater Jerzy Popieluszko und einen über Grzegorz Przemyk".

Bonner Museum will Max Ernst sammeln

lnw, Bonn

Mit der Präsentation zweier Neuerwerbungen von August Macke hat sich die neue Direktorin des Städtischen Kunstmuseums Bonn, Katharina Schmidt, der Öffentlichkeit vorgestellt. Den Ankauf des Aquarells „Drei Frauen beim Spaziergang" und einer Buntstiftzeichnung bezeichnete Frau Schmidt als einen außerordentlichen Glücksfall. Die ehemalige Leiterin der Kunsthalle Baden-Baden kündigte an, daß sie als neuen Schwerpunkt eine Max Ernst-Sammlung hinzugewinnen wolle.

Mit „Vergeßt Mozart" zur Film-Biennale

dpa, Venedig

Bei der Film-Biennale in Venedig vom 26. August bis zum 6. September bewerben sich 24 Filme um den „Goldenen Löwen". Der Beitrag der Bundesrepublik ist „Vergeßt Mozart" von Slavo Luther. Ein zweiter Film mit deutschem Titel ist „Frau Holle" von Juray Jakubisko, eine Gemeinschaftsproduktion von Filmschaffenden aus der Bundesrepublik, der Tschechoslowakei und Italien. Die berühmtesten Regisseure, die sich der von dem Polen Krzysztof Zanussi geleiteten Jury stellen, dürften John Houston und Agnes Varda sein.

Peter Schreier bleibt dem Gesang treu

AP, Berlin

Der Tenor Peter Schreier sieht trotz seiner Erfolge als Dirigent seine künstlerische Hauptaufgabe auch künftig im Opern- und Liedgesang. In einem Interview mit der Ostberliner Zeitschrift „Sonntag" sagte Schreier, er zerbreche sich über seine Perspektiven als Dirigent noch nicht den Kopf, weil er sich als Sänger „noch im Vollbesitz seines Leistungsvermögens" fühle und es deshalb „blanker Unsinn wäre, den Gesang zu reduzieren".

Braunschweig zeigt das Heinrichs-Evangeliar

lni, Braunschweig

Am 24. August wird im Knappensaal der soeben restaurierten Braunschweiger Burg Dankwarderode die niedersächsische Landesausstellung „Stadt im Wandel" eröffnet, die circa drei Monate zu sehen ist. Höhepunkt der Schau ist die Abteilung „Kirchliche Kunst des Mittelalters", die sich um das Evangeliar Heinrichs des Löwen gruppiert, das hier erstmals seit seinem Erwerb der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Neue Heimstatt für Goya-Gemälde

dpa, Madrid

Das Schaffen von Francisco Goya bekommt in Madrid eine neue Heimstatt. Raumnot im Prado hatte in den vergangenen 15 Jahren schon mehrfach Erweiterungspläne entstehen lassen. Jetzt wurde die Regierung mit dem Erwerb des dem Museum gegenüberliegenden Villahermosa-Palastes aktiv. Damit verdoppelt sich die Ausstellungsfläche des Prado auf rund 30 000 Quadratmeter. Es werden aber noch mindestens zwei Jahre vergehen, bis im neuen Palast die Bedingungen für die Aufnahme der 150 Bilder und 480 Zeichnungen Goyas geschaffen worden sind.

Wulf Schadendorf †

lno, Lübeck

Der langjährige Direktor des Lübecker Museums für Kunst- und Kulturgeschichte, Wulf Schadendorf, ist in der Hansestadt im Alter von 58 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. Schadendorf hatte das Museum, zum dem das Holstenturm-Museum, das St. Annen Museum, die Museen Behnhaus und Drägerhaus sowie die Museumskirche St. Katharinen gehören, seit 1974 geleitet. Unter Schadendorfs Leitung war das Museum Drägerhaus mit den Gedenkstätten für die Lübecker Schriftstellerbrüder Thomas und Heinrich Mann konzipiert und eingerichtet worden.

Bestürzung über „Ohnmacht der Justiz“ in Italien

KLAUS RÜHLE, Rom

Italien ist bestürzt. Das Sprengstoffattentat in der landwirtschaftlichen Nationalbank von Mailand bleibt ungesühnt. Das Blutbad vom 12. Dezember 1969, bei dem 17 Menschen umkamen und bei dem weitere 88 Personen verletzt wurden, kann nach dem jüngsten Urteil des Schwurgerichts von Bari keinem der Angeklagten nachgewiesen werden. Sowohl die Neonazis Franco Freda und Giovanni Ventura als auch der Anarchist Pietro Valpreda sind aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden.

Das überraschende und enttäuschende Urteil der Richter von Bari bedeutet, daß die Täter nach vier Prozessen und 16 Jahre nach der Mordtat weiter unbekannt und unbestraft bleiben, obwohl so gut wie alles dafür spricht, daß neofaschistische Terroristen am Werk waren – gedeckt und abgeschirmt durch die damaligen Geheimdienste. Vor dem Kassationsgerichtshof soll nun ein fünfter Prozeß Licht in das Dunkel bringen, nachdem sowohl der Staatsanwalt als auch die Zivilkläger Einspruch gegen das Urteil von Bari eingelegt haben.

Für die italienische Öffentlichkeit ist die offensichtliche Ohnmacht der Justiz gegenüber extremistischen Massenmördern erschreckend, was in den Kommentaren der Massenmedien nach dem Freispruch klar zum Ausdruck kommt.

Am 2. August jährte sich zum fünften Male der Tag, an dem das Sprengstoffattentat im Hauptbahnhof von Bologna ein Blutbad anrichtete. Die Explosion, die einen Teil des von Ferienreisenden übervölkerten Hauptbahnhofs von Bologna zerstörte, forderte 84 Todesopfer und 270 Verletzte. Durch das Attentat wurden das Selbstbedienungsrestaurant und die Wartesäle erster und zweiter Klasse dem Erdboden gleich gemacht. Auch hier sind die Attentäter genauso unbekannt und unbestraft geblieben wie die von Mailand. Und dasselbe gilt für die beiden opferreichen Eisenbahnanschläge auf den „Italikus“-Express und auf den Schnellzug bei Florenz. In der öffentlichen Meinung Italiens verstärkt sich der Eindruck, daß die Unfähigkeit der Justiz, politische Massenmörder zu entlarven, ein Ansporn für weitere Verbrechen dieser Art sein könnte.



Holte eine Windbö den TriStar vom Himmel?

DW. Dallas

Beim Absturz einer amerikanischen Passagiermaschine sind am Freitagabend bei Dallas (US-Bundesstaat Texas) 132 Menschen ums Leben gekommen. 31 Menschen überlebten, als das Großraumflugzeug vom Typ Lockheed L-1011 TriStar der Fluggesellschaft Delta Airlines beim Landeanflug auf den Flughafen Dallas-Fort Worth plötzlich absackte und kurz vor der Landebahn zerschellte (Foto: AFP).

Ein überlebender Passagier berichtete, das Flugzeug sei offenbar in eine Sturmbö geraten und wie im Sturzflug zu Boden gedrückt worden. „Windbö ist eine Möglichkeit“, sagte Patrick Bursley von der Kommission für Verkehrssicherheit. Das Tonband mit den Gesprächen im Cockpit lasse jedoch nicht darauf schließen, daß der Pilot Probleme mit dem Wetter gehabt habe. Das Sturmwarnsystem des Flughafens sei intakt gewesen, und der Kontrollturm habe offenbar keine Sturmwarnung gegeben. Die größte aufgezeichnete Windgeschwindigkeit habe bei 33 Kilometern pro Stunde gelegen.

Aufschlüsse über die mögliche Absturzursache erwarten die Experten von der Auswertung des Flugschreibers, der alle Flugdaten aufzeichnet.

Wenige Minuten vor der geplanten Landung sackte die Maschine plötzlich ab, ein Rad schlug auf den Highway 114 auf – eine vielbefahrene Ausfallstraße von Dallas. Ein Auto wurde zerfetzt, dem Fahrer der Kopf abgerissen. Das Flugzeug hob erneut ab, fing Feuer und schlug gegen einen Wassertank. Die Maschine drehte sich und schlug brennend 275 Meter vor der Landebahn auf.

Das Heckteil, in dem sich die meisten Überlebenden befanden, wurde abgerissen und schleuderte über den Grasboden von dem brennenden Flugzeugkörper weg.

Um plötzlich auftretende Windböen orten zu können, soll auf den Großflughäfen der USA ein Radarfrühwarnsystem installiert werden, dessen Kosten die US-Luftfahrtbehörde auf umgerechnet etwa 1,1 Milliarden Mark beziffert. Das teilte der Sprecher der Bundesluftfahrtbehörde (FAA), Edmond Pinto, mit. Die Gefahr solcher Luftströmungen werde durch 27 andere Flugzeugunfälle seit 1964 deutlich, die auf die mögliche Einwirkung von Windböen zurückgeführt werden.

Die Entwicklungsarbeit an einem wirkungsvollen Doppler-Wetterradarsystem sei geleistet, jetzt müsse Washington 300 bis 400 Millionen Dollar für die Installation bereitstellen. Dann könne die FAA das fortschrittliche System bis 1990 in dem gesamten US-Luftverkehrskontrollnetz einführen.

Auf dem Flughafen Stapleton von Denver (Colorado) sei das neue System mit Erfolg getestet worden.

Weinbauverband für Reduzierung der Anbauflächen

DW. Bonn

Gegen eine Verschärfung des deutschen Weingesetzes wendet sich der Deutsche Weinbauverband. In einem Interview des Südwestfunks sagte Verbandspräsident Reinhard Muth gestern, das bestehende Gesetz biete genug Handhaben, um das Vertrauen in den deutschen Wein zu erhalten oder wieder zu erwerben.

Muth trat auch für eine Reduzierung der Anbauflächen auf gute Lagen und eine Verringerung der Flächenerträge ein. Dies verbessere die Qualität des Weines und reduziere die Notwendigkeit, in schlechten Jahren den Wein beim Ausbau „nachzubessern“. Die Verringerung der Flächenerträge mache sich nicht nur durch eine Qualitätsverbesserung positiv bemerkbar, sondern verhindere auch eine Überforderung der Rebstöcke, die damit weniger anfällig gegen Schädlinge und Witterungseinflüsse seien.

Einer Etikettierung der wichtigsten Wein-Inhaltsstoffe zum Schutz des Verbrauchers mochte Muth nicht zustimmen. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ erklärte er: „Ich glaube, daß dadurch die große Mehrheit der Verbraucher eher verwirrt als wirklich aufgeklärt wird.“ „Wein“, so der Verbandspräsident „ist ein unwahrscheinlich sensibles Produkt.“

Muth sprach sich in dem Interview auch für schärfere Importkontrollen aus. Er forderte, für Auslandsweine, die in der Bundesrepublik abgefüllt werden, müsse das gleiche Kontroll-, Prüfungs- und Überwachungsverfahren wie für deutsche Weine angewandt werden. Er schloß nicht aus, daß der Wein-Skandal zunächst „im Interesse des österreichischen Exports und offenbar im Interesse des deutschen Weinimports vertuscht worden“ sei. Hierzulande seien nur Importkellereien betroffen, nicht die Weinbauern.

Insgesamt gesehen handele es sich dabei „um einen österreichischen Skandal“. So sei bekannt, daß es früher in der Alpenrepublik keine süßen Weine gegeben habe. Die Österreicher hätten sich dann mit billigeren Verschnitten auf den die Süße liebenden deutschen Massenmarkt eingerichtet. Muth benannte das so: „Dieser Markt war darauf eingerichtet, die soziale Spätlese zu verkaufen.“

Deutscher Tanker verursacht Ölpest im Kattegat

AP, Aalborg

Die bislang größte Ölverschmutzung in dänischen Gewässern verursachte am Freitag der Bremer Tanker „Jan“ im Kattegat. Der mit mehr als 3000 Tonnen Öl beladene Tanker schlug leck, als er wegen eines Schraubenschadens in der Aalborg-Bucht einen Leuchtturm rammte. Wie die dänischen Umweltschutzbehörden in Aalborg mitteilten, ereignete sich das Unglück unmittelbar vor der Einfahrt zum Limfjord. Das auslaufende Öl trieb am Samstag langsam nach Norden in Richtung auf das Naturschutzgebiet um die Insel Läsö zu, wo unter anderem seltene Wasservögel beheimatet sind. Das schlechte Wetter behinderte bis jetzt die Bergungsarbeiten.

Reisebus beschossen

dpa, Düsseldorf

Ein Reisebus, der vollbesetzt mit Fans des FC Homburg auf der Rückfahrt vom Bundesligaspiel gegen den MSV Duisburg war, ist am Samstag nachmittag von Fans des MSV auf der Autobahn bei Mühlheim mit kiloschweren Steinen beworfen und mit Leuchtspurmunition beschossen worden. Drei große Scheiben des Busses gingen zu Bruch. Ein 16jähriger Fußballanhänger aus Homburg mußte mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Zwei andere Jugendliche wurden ebenfalls verletzt.

Anklage erhoben

F. D. Berlin

Gegen die mutmaßlichen Mörder des Chefs der Berliner Grundkreditbank, Ulrich Jancke, hat jetzt die Berliner Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. Sechs junge Männer im Alter von 19 bis 32 Jahren werden beschuldigt, den Bankier in der Silvesternacht 1984 mit einem Kopfschuß vor dessen Villa getötet zu haben, um ihn auszurauben. Den Männern werden zahlreiche weitere Gewaltverbrechen zur Last gelegt, darunter ein versuchter Mord an einem Berliner Polizisten im Jahr 1980 und der Mord an einer 78jährigen Rentnerin im November 1983.

Sprengstoff-Anschlag

dpa, Gütersloh

Auf zwei Streifenwagen, die vor der Polizeistation im ostwestfälischen Halle (Kreis Gütersloh) geparkt waren, wurde in der Nacht zum Sonntag ein Sprengstoffanschlag verübt. Menschen kamen nicht zu Schaden. Untersuchungen von Experten des Landeskriminalamtes ergaben, daß die granatenähnliche Hülse des Sprengsatzes und der Abzug-Zünder vermutlich aus Bundeswehrbeständer. stammten.

Wrack entdeckt

AP, Tokio

Nach mehrwöchiger Suche hat eine japanische Bergungsfirma jetzt das Wrack des japanischen Schlachtschiffes „Yamato“ entdeckt, das am 7. April 1945 von amerikanischen Marinefliegern versenkt worden war. Das Wrack liegt etwa 200 Kilometer südlich der japanischen Insel Kiuschu in 340 Metern Tiefe. Die „Yamato“ war das größte Schlachtschiff, das je auf Kiel gelegt wurde.

Mission verlängert

rtr, Cape Canaveral

Die Mission der amerikanischen Raumfähre „Challenger“ ist um einen Tag verlängert worden. Sie wird mit ihrer siebenköpfigen Besatzung morgen auf dem Luftwaffenstützpunkt Edwards in Kalifornien landen. Die Astronauten werden bis dahin eine nach anfänglichen Problemen reparierte Plattform zur Ausrichtung von Teleskopen testen.

Höchste Entschädigung

dpa, New York

2,5 Milliarden Dollar Schadenersatz hat die amerikanische Manville Corporation, einst der größte Asbest-Produzent der Welt und seit rund 15 Jahren in Tausende von Prozessen mit Asbest-Opfern verstrickt, den von der Faser Geschädigten angeboten. Die Offerte ist die höchste, die je von einem amerikanischen Unternehmen zur Beilegung juristischer Auseinandersetzungen gemacht wurde. Arbeiter beziehungsweise Hinterbliebene hatten geklagt, nachdem schwere Lungenerkrankungen und Krebs aufgetreten waren.

Urteil zu „Bigamie“

AFP, Paris

Ein Gericht in Frankreich sprach der Geliebten und der Ehefrau eines tödlich verunglückten Journalisten die gleiche Entschädigungssumme aus einer Versicherung zu. Beide Frauen hatten vor Gericht die Tatsache anerkannt, daß der Verunglückte praktisch zwei gleichrangige Haushalte mit zwei Partnerinnen unterhalten und mit beiden Kinder gehabt habe.

Irrtum zu spät bemerkt

Zugunglück in Frankreich / Menschliches Versagen?

H. WEISSENBERGER, Paris

Menschliches Versagen und eine veraltete Signaltechnik sind vermutlich schuld am Zusammenstoß zweier Züge, bei dem am Samstag in Südfrankreich nach letzten Angaben 35 Personen ums Leben kamen und etwa 50 verletzt wurden. Zwei von ihnen schwebten gestern noch in Lebensgefahr. Yves Saliens (37), stellvertretender Bahnhofsvorsteher in dem winzigen Bahnhof Assier bei Figeac, hatte versehentlich dem Nahverkehrszug Rodez–Brives das Abfahrtssignal gegeben, obwohl der Schnellzug aus Paris, der zwölf Minuten Verspätung hatte, noch nicht eingetroffen war.

Kurze Zeit später stießen die beiden Züge bei dem Dorf Flaujac-Gare auf einer eingleisigen, nicht automatisch gesicherten Strecke zusammen. Im Schnellzug aus Paris befanden sich etwa 200 Passagiere, vor allem Urlauber, im anderen Zug rund 100. Da die Strecke bei Flaujac-Gare in einer leichten Krümmung verläuft, konnten sich die beiden Zugführer erst im letzten Augenblick sehen. Auf dieser Strecke fahren die Züge gewöhnlich mit 90 bis 110 Stundenkilometern. Nur der Zugführer des Zugs Rodez–Brives versuchte noch eine Notbremsung. Die beiden Triebwagen, in denen die meisten Reisenden saßen, verkeilten sich ineinander und gingen in Flammen auf.

Saliens hatte übersehen, daß nach einer Fahrplanänderung seit dem 20. Juli die beiden Züge sich nicht mehr im Nachbarbahnhof Grammat, sondern im Bahnhof Assier kreuzten. In den beiden Bahnhöfen ist die Strecke jeweils zweigleisig ausgebaut.

Ein Bauer aus Flaujac, Pierre Pinquie, der 200 Meter von der Unfallstelle auf seinem Feld arbeitete, berichtete: „Der Anblick war unerträglich. In einem Umkreis von 50 Metern hingen Leichenteile in den Ästen der Bäume. Reisende waren aus den umgestürzten Waggons geschleudert worden, andere verbrannten. Die Leute liefen schreiend in alle Richtungen und riefen nach ihren Angehörigen.“

Bis gestern nachmittag hatten die Bergungstrupps 29 Leichen geborgen. In den Trümmern der Züge befanden sich jedoch noch mindestens fünf Leichen, an die die Retter nicht herankamen. Die staatliche französische Eisenbahngesellschaft SNCF schaffte gestern noch einen 80-Tonnen-Kran an die Unfallstelle, der die Trümmerteile heben sollte.

Der Aushilfs-Bahnhofsvorsteher Saliens erklärte gegenüber der Polizei, er habe seinen Irrtum Sekunden nach der Abfahrt des Nahverkehrsschnellzugs aus seinem Bahnhof bemerkt. Er habe noch versucht, telefonisch den Nachbarbahnhof Grammat zu erreichen, dort antwortete jedoch niemand. Damit war der Zusammenstoß unvermeidlich. (SAD)

LEUTE HEUTE

Schwerelose Phantasie

In ihrer knappen Freizeit an Bord werden die drei europäischen Astronauten, die voraussichtlich am 30. Oktober mit „Spacelab“ in den Weltraum starten werden, nicht nur Bücher lesen und Kassetten hören; sie wollen ihrer Phantasie zum Nutzen der Wissenschaft freien Lauf lassen. So war am Wochenende auf dem Treffen der Vereinigung (west)europäischer Astronauten (AEA) in Berlin zu vernehmen, daß beispielsweise **Reinhard Furrer** seine schwerelosen „Turnübungen“ und die seiner Kollegen **Ernst Messerschmid**, **Wubbo Ockels** und der fünf Amerikaner auf einen Film bannen will, der als Lehrmittel für den Unterricht an Universitäten gezeigt werden soll. Zum Pflichtprogramm der Astronauten gehören hingegen inzwischen 76 Experimente, an denen etwa 20 deutsche Forschungsinstitute beteiligt sind. Die deutsche Weltraum-Mission, die unter dem Namen „D 1“ läuft, hat auch ein inzwischen „alter Hase“ im Weltraum gelobt: **Ulf Merbold**, der Ende 1983 am ersten erfolgreichen Spacelab-Flug teilnahm und die „D-1-Mission“ betreut, hob die großen Leistungen der europäischen und deutschen Raumfahrtwissenschaft im internationalen Vergleich hervor: Die Bundesrepublik Deutschland habe mit ihren Partnern mit „Spacelab“ immerhin ein komplettes Weltraumlabor entwickelt.

Ein Gericht soll die Identität des „wahren Heino“ klären

F. DIEDERICHS, Berlin

Am Samstag sang Heino in Berlin, einen Tag später in Hamburg. Dem Publikum kündigte er vor seinen Auftritten an: „Ich, der wahre Heino, werde singen wie immer: Karamba Karacho, Blauer Enzian und wie das Zeugs alles heißt.“ Die jüngeren und älteren Damen in den ersten Reihen, begeistert von der Sangeskunst des deutschen Volksliedbarden und dessen schlohweißem Haupthaar, applaudierten begeistert. Doch zu dieser Zeit schmollte ein anderer Heino – mit Wohnsitz in Bad Münstereifel.

Seit kurzer Zeit gibt es zwei Heinos, beide mit weißem Haar, beide mit dunkler Sonnenbrille. Und jeder von beiden behauptet, er allein sei der einzige richtige Heino. Der Streit um die wahre Identität wird im September ein Berliner Gericht beschäftigen. Denn der eine, Heino aus Münstereifel, mit bürgerlichem Namen Heinz-Georg Kramm, untersagte dem anderen per einstweiliger Verfügung und Androhung einer Ordnungsstrafe von bis zu 500 000 Mark, den Namen Heino zu führen. Was diesen jedoch nicht anficht: Er sei schließlich der „wahre Heino“, der andere nur ein Double. Das Gericht, so meint er, werde ihm schon recht geben; notfalls müsse halt der Perückentest gemacht werden. Er, der „wahre Heino“, habe garantiert echte Haare, der andere trage wahrscheinlich ein Toupet.

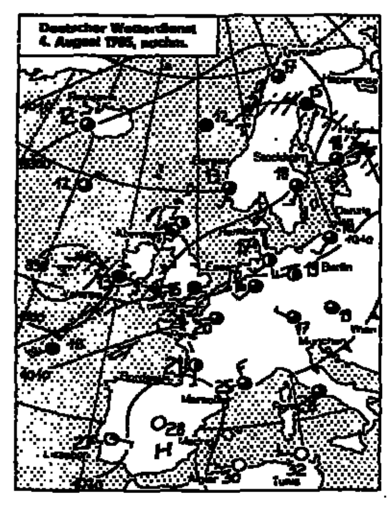
Auch der „wahre Heino“ mit Wohnsitz in Berlin-Kreuzberg verfügt über einen bürgerlichen Namen: Norbert Hähnel, gelernter Drucker und Besitzer eines Schallplattengeschäfts mit dem Namen „Der Scheißladen“. Hier kam er auf die Idee mit der Heino-Nummer: Mit weißblondem Haar und Sonnenbrille stand er vor seinen Freunden, die Punk-Musik erwarteten. Als dann jedoch „La Montanara“ vom Tonband ablief, tobte die alternative Szene. Und die Band „Tote Hosen“ nahm den „wahren Heino“ sogar mit auf Tournee. Prompt stand auf den Plakaten: „Ein Abend mit Heino und anderen“.

Der „wahre Heino“ aus Berlin versäumt bei keiner Gelegenheit, seinen Fans die wirklichen Hintergründe des doppelten Heino zu schildern: In Südafrika habe er während einer Tournee eine Negerkapelle getroffen. Mit denen wollte er eine Platte machen. Doch das hätte seine Plattenfirma aus Imagegründen verboten.

Heino aus Berlin: „Ich bin deshalb nach Kreuzberg gegangen und habe mich von meiner Frau getrennt. Und die hat dann diesen gelernten Bäcker aus Bad Münstereifel als Double engagiert. Das hat die Presse aber immer verschwiegen.“ EMI Elektrola, Plattenfirma des anderen Heino (aus Münstereifel) zum Problem „wahrer Heino“: „Unser Heino hat es nicht nötig, sich so zu bezeichnen.“

WETTER: Sturmtief

Wetterlage: Ein von Irland nach Südskandinavien ziehendes Sturmtief führt wolkenreiche Atlantikluft nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:
Im Norden Übergang zu wechselnder Bewölkung und mehrfach Schauer oder Gewitter. Höchsttemperaturen 15 bis 19, Tiefstwerte nachts um 12 Grad. Frischer bis starker Südwestwind. Im Süden anfangs noch gebietsweise sonnig, später Übergang zu anhaltendem Regen. Tageshöchsttemperaturen 18 bis 22, Tiefstwerte nachts um 13 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus Südost bis Südwest.

Weitere Aussichten:
Kühles, wechselhaftes Schauerwetter.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	19°	Kairo	32°
Bonn	17°	Kopenh.	17°
Dresden	20°	Las Palmas	24°
Essen	16°	London	15°
Frankfurt	18°	Madrid	26°
Hamburg	17°	Mailand	26°
List/Sylt	16°	Mallorca	31°
München	17°	Moskau	22°
Stuttgart	18°	Nizza	26°
Algier	30°	Oslo	18°
Amsterdam	16°	Paris	29°
Athen	32°	Prag	18°
Barcelona	28°	Rom	28°
Brüssel	17°	Stockholm	18°
Budapest	24°	Tel Aviv	32°
Bukarest	23°	Tunis	32°
Helsinki	13°	Wien	19°
Istanbul	25°	Zürich	19°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.53 Uhr, Untergang: 21.02 Uhr; Mondaufgang: 23.13 Uhr, Untergang: 11.58 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ausverkauf oder Die Geldnöte des Rockefeller-Clans

Von A. v. KRUSENSTIERN

Kein Witz: Die Rockefellers brauchen Geld. Die Familie ist in fünf Generationen so zahlreich geworden, und ihr Einkommen ist so geschrumpft, daß sie den größten Teil ihres Grundbesitzes verkaufen will, um wieder flüssig zu werden.

Die Amerikaner waren zunächst ungläubig, als sie von den Geldnöten der Rockefellers hörten. Für sie – wie für die meisten Menschen in der Welt – ist der Name Rockefeller immer noch gleichgedeutend mit immensem Reichtum. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Wie das „Wall Street Journal“ berichtete, beschweren viele Familienmitglieder sich über Geldknappheit und suchen nach Mitteln und Wegen, um ihr Einkommen zu erhöhen. Zwar behauptet keines der Familienmitglieder, arm zu sein, aber viele von ihnen fühlen sich finanziell eingeengt.

Der größte Teil des Familienvermögens ist im Rockefeller Center in New York angelegt, einem riesigen Komplex von Büro-Wolkenkratzern im Herzen Manhattans. Das Rockefeller Center umfaßt acht Straßenblocks und hat einen geschätzten Wert von 1,6 Milliarden Dollar – das sind nicht weniger als 4,5 Milliarden Mark. Es ist vermutlich der wertvollste zusammenhängende Haus- und Grundbesitz der Welt.

Aber so unglaublich es klingt: Der Profit, den das Rockefeller Center für die Familie abwirft, ist nach Ermittlungen des „Wall Street Journal“ geradezu lächerlich. Die angesehene Finanzzeitung schätzt die Rendite auf ganze 20 Millionen Dollar im Jahr, das ist etwas mehr als ein Prozent.

250 000 Dollar im Jahr

Auf jeden der 79 lebenden Nachkommen von John D. Rockefeller entfallen damit rund 250 000 Dollar im Jahr. Das ist gewiß kein Pappenstil, aber nach Abzug aller Steuern bleibt nicht viel mehr übrig, als mancher Angestellter der Stadtverwaltung von New York verdient. Da ist es kein Wunder, daß die Rockefellers murren.

Daß seine Nachkommen nach fünf Generationen (relativ) arm sein würden, hätte der alte John D. Rockefeller, der von 1839 bis 1937 lebte und das Familienvermögen begründete, sich sicher nicht träumen lassen. Er fing mit nichts an, gründete die Standard Oil Co., und hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg ein damals beinahe unvorstellbares Vermögen von 900 Millionen Dollar angehäuft – das entspricht etwa neun Milliarden Dollar nach heutigem Kurs.

Sein Sohn John D. Rockefeller jr. brachte das Vermögen in fünf Trusts unter, die damit Anfang der dreißiger Jahre den Bau des Rockefeller Centers finanzierten, in dem heute noch der größte Teil des Familienvermögens festgelegt ist.

Gegen den Widerstand ihrer professionellen Vermögensverwalter, die mit dem verbleibenden Vermögen einen modernen Mischkonzern schaffen wollen, haben die Familienangehörigen durchgesetzt, daß 60 Prozent der Anteile am Rockefeller Center verkauft werden. Sie hoffen auf diese Weise rund eine Milliarde Dollar flüssig machen zu können.

Sie wollen dieses Geld so anlegen, daß es mehr einbringt als bisher und höhere Gewinnausschüttungen an die Familienmitglieder möglich werden. Die Verkaufspläne haben die Unterstützung des gegenwärtigen Familienoberhauptes David Rockefeller, der lange Chef der Chase Manhattan Bank war und jetzt im Ruhestand lebt.

Wie das „Wall Street Journal“ herausfand, haben die Rockefellers schon vor Jahren sechs Prozent vom Rockefeller Center verkauft, um zu Geld zu kommen. Käufer waren die italienische Industriellen-Familie Agnelli (Fiat) und der Texas-Rancher Belton Kleberg Johnson.

Die meisten Angehörigen der vierten und fünften Nachkommengeneration des alten John D. Rockefeller interessieren sich nicht für Geschäfte. Sie haben die unterschiedlichsten Berufe. Einer von ihnen ist Theologe, ein anderer macht Filme, ein dritter ist Maler.

In Humus verwandelt

In Boston sitzt eine Rockefeller-Erbin, deren Lebenswerk die Popularisierung einer in Schweden entwickelten organischen Toilette ist. Diese Toilette kommt ohne Wasser aus, da in ihr fleißige Bakterien angesiedelt werden, die in emsiger Arbeit die Abfallprodukte des menschlichen Körpers in nützlichen Humus verwandeln. Geld stinkt nicht – ein Grundsatz, der sicher auch dem alten Rockefeller nicht fremd war. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Es gab insgesamt 7028 Ritterkreuzträger, aber in deutschen Sammlungen befinden sich 55 000 Ritterkreuze, und jeder Sammler glaubt, er hat ein echtes“ – Konrad Kujau, Fälscher der „Hitler-Tagebücher“, im Sender Freies Berlin.